

www.hamburg.de/basfi

**Tätigkeitsbericht
des Versorgungsamtes Hamburg
für das Jahr 2012**

Impressum

Herausgeber:

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Versorgungsamt Hamburg
Adolph-Schönfelder-Straße 5, 22083 Hamburg

Redaktion: Marc Franke, Annelie Uhlig, Ronald Niebuhr
Telefon: 040 - 428 63 -7103 / 7102 / 7157
Fax: 040 - 4279 61 -003 / 098 / 136
E-Mail: versorgungsamt.hamburg@basfi.hamburg.de

Druck: Zentrale Vervielfältigung BASFI
Auflage: 1. Auflage, 250 Stück, November 2013

Bezug: Diese Broschüre ist kostenlos erhältlich und zu bestellen bei der
Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Hamburger Straße 47
22083 Hamburg
Telefon: 428 63 - 7778
E-Mail: publikationen@basfi.hamburg.de

Im Internet finden Sie die Broschüre unter www.hamburg.de/versorgungsamt

<http://www.hamburg.de/basfi>

Anmerkung zur Verteilung:

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen und Wahlwerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bürgerschafts-, Bundestags- und Europawahlen sowie die Wahlen zur Bezirksversammlung.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, wann, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Druckschrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Vorwort	3
Organigramme	4
<ul style="list-style-type: none">• Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration• Amt für Familie• Versorgungsamt Hamburg	
Anschrift sowie Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner	7
Steuerung und Service	9
Soziale Entschädigungen	11
Feststellungen nach dem Schwerbehindertenrecht	24
Ärztlicher Dienst	27
Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten	29
Statistik 2012	Gelbe Seiten

Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser,

vor Ihnen liegt der Tätigkeitsbericht des Versorgungsamtes Hamburg für das Jahr 2012.

Auch das Jahr 2012 war wieder geprägt von vielen Herausforderungen. So haben wir neue Aufgaben übernommen und es ist uns gelungen, in einer Reihe von Arbeitsfeldern unsere Modernisierung weiter voranzubringen. Dies betrifft die Umstellung unseres Zahlungsverkehrs auf SEPA sowie die Erweiterung unseres erfolgreichen Schweb.NET-Verfahrens.

Zu den neuen Aufgaben, die wir übernommen haben, gehört u.a. die Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder, die zum 01.01.2012 ihre Arbeit aufgenommen hat. Außerdem bieten wir seit dem 13.12.2012 in Zusammenarbeit mit dem Universitätsklinikum Eppendorf und der Asklepios Klinik Nord eine Traumaambulanz bzw. eine Soforthilfe für traumatisierte Opfer von Gewalttaten an, die eine schnelle psychologische Versorgung von Opfern von Gewalttaten sicherstellen und Langzeitfolgen vermindern soll.

Der vorliegende Tätigkeitsbericht dokumentiert dies und weitere Aufgaben, die unser Jahr 2012 geprägt haben.

Weiterhin sind wir mit den großen Vorhaben auf Bundesebene beschäftigt, wie der Abgabe

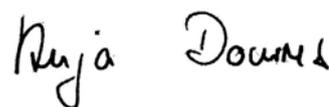
der Bearbeitung der SVG-Fälle an den Bund, der Vereinbarung mit dem Bundesausgleichsamt bis spätestens Ende 2013 Entscheidungen in den noch offenen Fällen des Ausgleichsamtes Hamburg zu treffen, sowie der Vorbereitung der Einführung des neuen Schwerbehindertenausweises im Scheckkartenformat.

Hervorzuheben ist ebenfalls die gute Zusammenarbeit mit den Versorgungsverwaltungen der anderen Bundesländer in Form des Vergleichsringes SGB IX, von gemeinsamen Arbeitsgruppen oder des Austausches von Informationen und Wissen sowie der Kooperation insbesondere bei den IT-Verfahren Schweb.NET und PROSID.

Die Statistikeile, die ebenfalls Bestandteil dieses Tätigkeitsberichtes sind, geben Ihnen einen Überblick über die Entwicklung und die Arbeitsergebnisse der Arbeitsfelder des Versorgungsamtes Hamburg.

Der Tätigkeitsbericht zeigt insgesamt unsere Bemühungen, unsere Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zügig und verlässlich zu erbringen. Dies ist nur mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Versorgungsamtes möglich, denen ich für ihre geleistete Arbeit danke.

Vielen Dank für Ihr Interesse an unserem Tätigkeitsbericht und viel Freude am Lesen.

A handwritten signature in black ink that reads 'Anja Domres'.

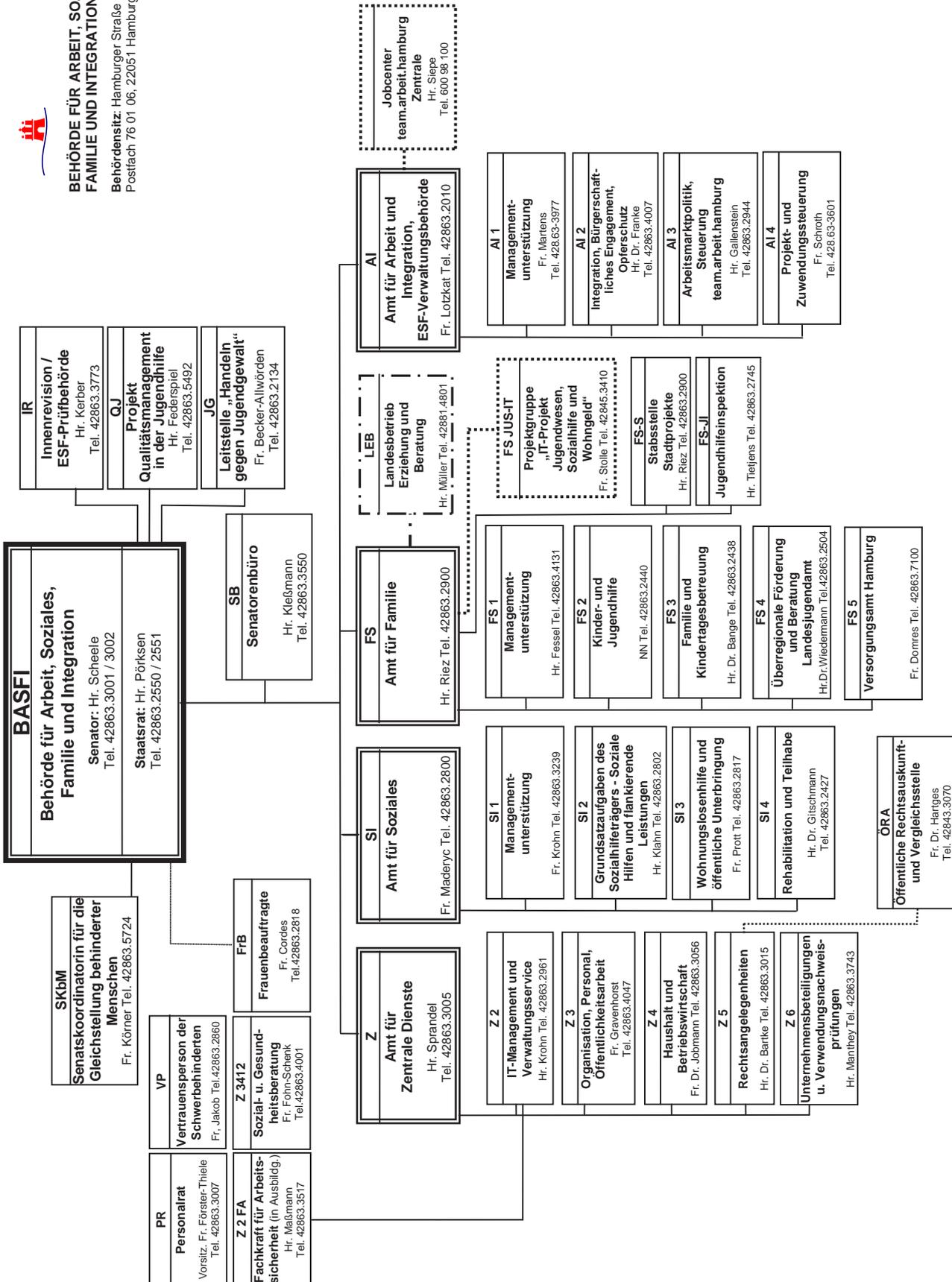
Anja Domres
Leiterin des Versorgungsamtes Hamburg



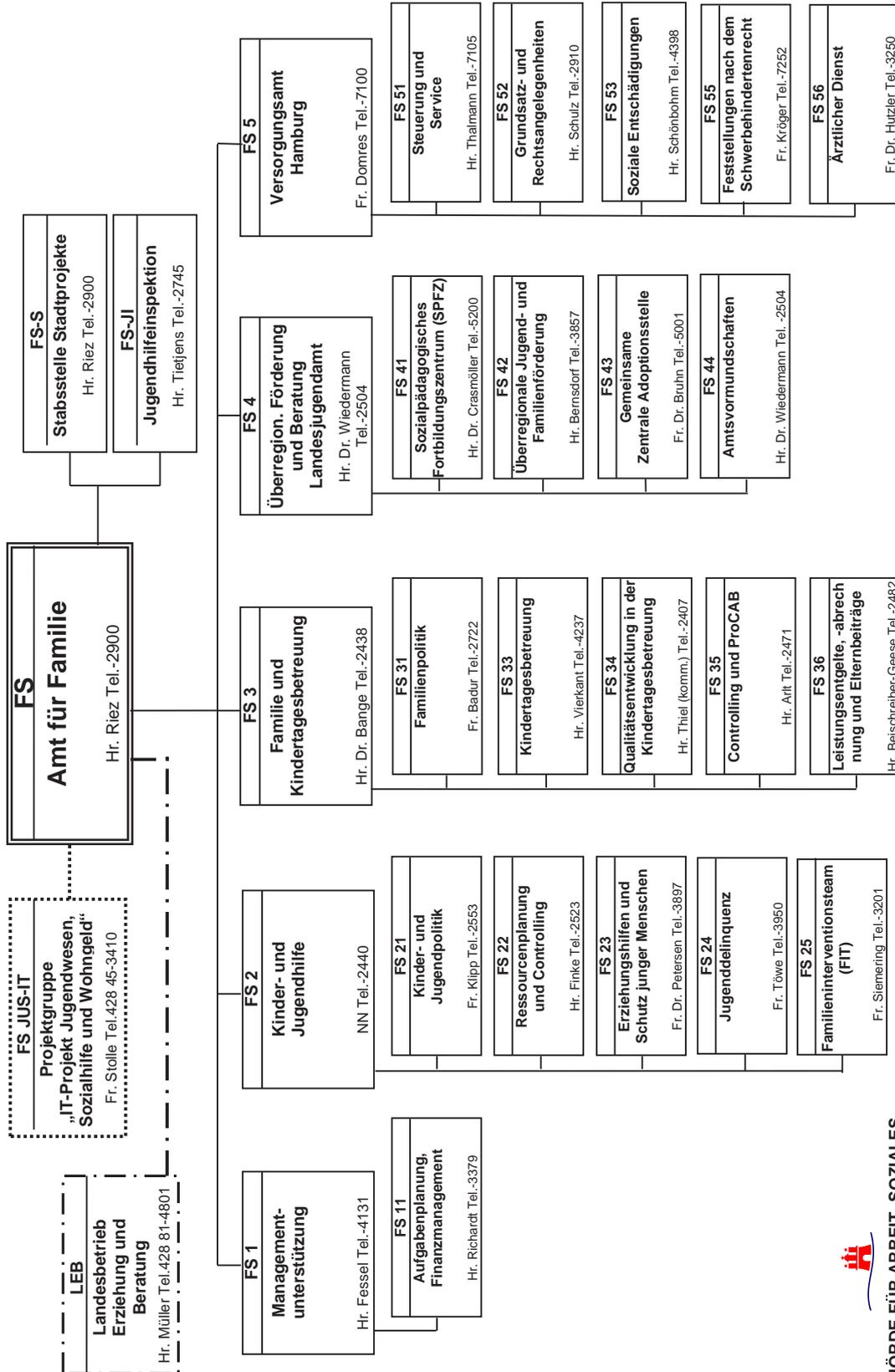
Stand: 01.08.2013

BEHÖRDE FÜR ARBEIT, SOZIALES, FAMILIE UND INTEGRATION (BASFI)

Behördenitz: Hamburger Straße 47, 22083 Hamburg
Postfach 76 01 06, 22051 Hamburg, Telefon: 040-428 63 0



Stand: 15.08.2013

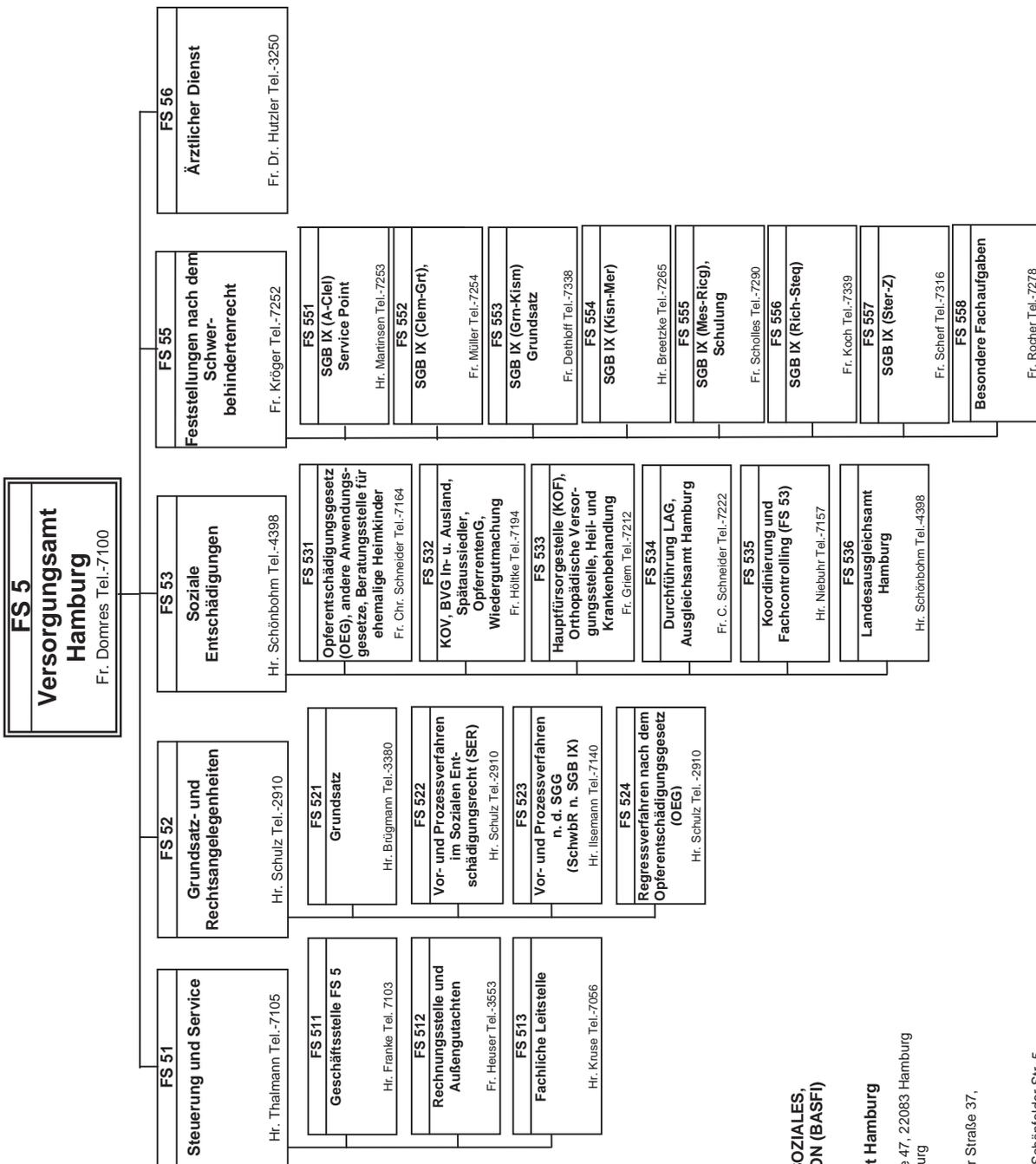


BEHÖRDE FÜR ARBEIT, SOZIALES, FAMILIE UND INTEGRATION (BASFI)
AMT FÜR FAMILIE

Behördensitz: Hamburger Straße 47, 22083 Hamburg
Postfach 76 01 06, 22051 Hamburg
Telefon: 040-428 63-0

Hauptsitz des Amtes: Hamburger Straße 37,
22083 Hamburg
Telefon: 040-428 63-0

Stand: 15.08.2013



**BEHÖRDE FÜR ARBEIT, SOZIALES,
FAMILIE UND INTEGRATION (BASFI)**

**AMT FÜR FAMILIE
Abteilung Versorgungsamt Hamburg**

Behördensitz: Hamburger Straße 47, 22083 Hamburg
Postfach 76 01 06, 22051 Hamburg
Telefon: 040-428 63-0

Hauptsitz des Amtes: Hamburger Straße 37,
22083 Hamburg
Telefon: 040-428 63-0

Hauptsitz der Abteilung: Adolph-Schönfelder-Str. 5,
22083 Hamburg
Telefon: 040-428 63-0

Anschrift sowie Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Versorgungsamt Hamburg
Adolph-Schönfelder-Straße 5, 22083 Hamburg
versorgungsamt.hamburg@basfi.hamburg.de



Dienstgebäude Adolph-Schönfelder-Straße 5



Abteilungsleitung
Leiterin des Versorgungsamtes Hamburg

Frau Anja Domres
Telefon 040 - 428 63 7100
Anja.Domres@basfi.hamburg.de

Vertretung: Herr Manfred Schönbohm
Telefon 040 - 428 63 4398
Manfred.Schoenbohm@basfi.hamburg.de



Leitung des Referats
Steuerung und Service

Herr Jürgen Thalmann
Telefon 040 - 428 63 7105
Juergen.Thalmann@basfi.hamburg.de

Vertretung: Herr Marc Franke
Telefon 040 - 428 63 7103
Marc.Franke@basfi.hamburg.de



Leitung des Referats
Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten

Herr Immo Schulz
Telefon 040 - 428 63 2910
Immo.Schulz@basfi.hamburg.de

Vertretung: Herr Horst Ilsemann
Telefon 040 - 428 63 7140
Horst.Ilsemann@basfi.hamburg.de



Leitung des Referats
Soziale Entschädigungen

Herr Manfred Schönbohm
Telefon 040 - 428 63 4398
Manfred.Schoenbohm@basfi.hamburg.de

Vertretung: Frau Irmtraud Hötke
Telefon 040 - 428 63 7194
Irmtraud.Hoeltke@basfi.hamburg.de



Leitung des Referats
Feststellungen nach dem Schwerbehindertenrecht

Frau Birgit Kröger
Tel.: 040 - 428 63 7252
Birgit.Kroeger@basfi.hamburg.de

Vertretung: Frau Cornelia Dethloff
Telefon 040 - 428 63 7338
Cornelia.Dethloff@basfi.hamburg.de



Leitung des Referates
Ärztlicher Dienst

Frau Dr. Roswitha Funck
Tel.: 040 - 428 63 3250
Roswitha.Funck@basfi.hamburg.de

Vertretung: Frau Ulrike Reutenauer
Telefon 040 - 428 63 3260
Ulrike.Reutenauer@basfi.hamburg.de

Steuerung und Service

Das Thema Modernisierung ist für die Steuerung einer größeren Verwaltungseinheit wie dem Versorgungsamt Hamburg, das sich mit hohen Antragszahlen im Rahmen der Umsetzung gesetzlicher Aufgaben befassen muss und diese effizient und bürgerfreundlich bewältigen will, auch weiterhin von vorrangiger Bedeutung.

Auch im letzten Jahr sind daher wesentliche Anstrengungen für den Ausbau und die Weiterentwicklung der vorhandenen EDV-Programme unternommen worden.

Das Thema Personalentwicklung wird ebenfalls großgeschrieben und aktiv betrieben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen sowohl die qualifizierten Aus- und Fortbildungsprogramme, als auch die systematische Führungskräftequalifizierung, die für diejenigen vorgesehen ist, die erstmalig Führungsaufgaben wahrnehmen.

Die Bereitstellung von Praktikumsplätzen und die Übernahme von Auszubildenden sind für das Versorgungsamt selbstverständlich und haben sich bewährt. Über diesen Weg kann später qualifiziertes Personal mit einem bereits in der Ausbildung erworbenen Fachwissen gewonnen werden.

Außerdem muss an dieser Stelle erneut die gute Zusammenarbeit mit anderen Versorgungsverwaltungen besonders hervorgehoben werden. Insbesondere die Zusammenarbeit durch die gemeinsame Verwendung mehrerer IT-Programme, zu nennen sind hier z. B. die Programme Schweb.NET und PROSID, führt zu einem Austausch von Fachwissen und macht sowohl Kosteneinsparungen als auch Effizienzsteigerungen möglich.

Fachliche Leitstelle

Aufgabe der Fachlichen Leitstelle ist Administration, Anpassung und Weiterentwicklung der EDV-Programme aller Referate. Ihr obliegt es, die Aufgaben zu koordinieren und für einen reibungslosen Geschäftsablauf zu sorgen.

Zurzeit befinden sich u.a. folgende EDV-Programme im Einsatz:

- 1. PROSID**
(Anwendung im Referat Soziale Entschädigungen = SER)
- 2. Schweb.NET**
(Anwendung im Referat Feststellungen nach dem Schwerbehindertenrecht)
- 3. Speculate**
(Anwendung für Spätaussiedler, jüdische Emigranten und politische Häftlinge sowie Lastenausgleich - Hauptentschädigung)
- 4. OBIS**
(Anwendung in der Orthopädischen Versorgungsstelle)
- 5. ALV 2**
(Aktenverwaltungsprogramm SER)
- 6. iznPV**
(Verfahren zum Aufbau und zur Pflege des Krankenkassen- und Pflegeversichertenbestandes)
- 7. iznBEG**
(Verfahren zum Erfassen von Daten nach dem Bundesentschädigungsgesetz).

Die Aufgaben im Rahmen dieser Fachverfahren umfassen insbesondere

- Anpassung der Software an gesetzliche Änderungen und Rechtsprechung,
- Weiterentwicklung der Programme,
- Übernahme von fachbezogenen Administrationsaufgaben,
- Testen u. Freigeben neuer Programme,
- Überarbeiten und Aktualisieren von Textbausteinen,
- Einweisung, Schulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ausblick auf IT-Projekte 2013

Die im Berichtszeitraum begonnene Einführung eines IT-Fachverfahrens zum *Regressmanagement* wird fortgesetzt. Des Weiteren soll mit PAVAS das Thema *digitale Akte* angegangen werden.

SEPA-Einführung im Versorgungsamt Hamburg

Im Oktober 2012 konnten die laufenden und einmaligen Zahlungen aus Landesmitteln nach den verschiedenen Rechtsgebieten des Sozialen Entschädigungsrechts erfolgreich auf den SEPA-Zahlungsverkehr umgestellt werden. Mit diesem von der Finanzbehörde vorgegebenen Termin war Hamburg das erste Bundesland aus dem Verbund der Länder, die das im Landesamt für Statistik und Kommunikation Niedersachsen (LSKN) betriebene und gepflegte Verfahren KOV-DV nutzen, das seine Landeszahlungen im SEPA-Verfahren leistet. Es war also notwendig, das großrechnerbasierte Verfahren KOV-DV, das Erfassungsprogramm PROSID und das BEG-Verfahren rechtzeitig um die Felder IBAN und BIC zu erweitern. Diese Erweiterung ist bei jedem Ablauf und Datenaustausch zu berücksichtigen. Zudem mussten auch die bestehenden Kontoverbindungen umgestellt werden. In den meisten Fällen war dies mit Hilfe eines Konverters möglich. In einigen Problemfällen blieb aber leider nur eine manuelle Nachermittlung. Wegen des großen Engagements der beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere auch im LSKN, konnten die nötigen technischen und organisatorischen Umstellungen zeitgerecht erfolgen, so dass die Zahlungsschnittstelle des Landeshaushaltsverfahrens nahtlos bedient werden konnte und kein/e Anspruchsberechtigte/r auf ihre/seine Zahlung warten musste.

Was sind SEPA, IBAN und BIC?

SEPA ist ein Projekt zur Vereinheitlichung des europäischen Zahlungsverkehrs, welches von

der Europäischen Kommission, der europäischen Zentralbank und dem Europäischen Rat für Zahlungsverkehr getragen wird. SEPA steht für „Single Euro Payments Area“, was übersetzt „Einheitlicher Europäischer Zahlungsverkehrsraum“ heißt. Neben allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union nehmen auch die Länder Island, Norwegen, Schweiz, Liechtenstein und Monaco an SEPA teil. Während ein Bankkonto in Deutschland bisher durch Kontonummer und Bankleitzahl eindeutig identifizierbar war, setzt SEPA auf IBAN und BIC. IBAN steht für „International Bank Account Number“ („Internationale Bankkontonummer“) und BIC für „Business Identifier Code“ („Geschäftskennzeichen“). Dabei ersetzt die IBAN die Kontonummer und der BIC ersetzt die Bankleitzahl. Eine IBAN besteht maximal aus 34 Zeichen (für deutsche Kontoverbindungen aber einheitlich aus 22 Zeichen), eine BIC aus 8 oder 11 Zeichen. Im weiteren Verlauf soll die BIC entfallen, so dass nur noch die IBAN notwendig ist. In Deutschland bilden sich die 22 Stellen einer IBAN folgendermaßen: DE + zweistellige Prüfziffer + 8stellige Bankleitzahl + 10stellige Kontonummer. Leider gibt es aber auch zahlreiche Ausnahmen, Sonder- und Problemfälle. So ist die von der Bundesbank herausgegebene „Übersicht der IBAN-Regeln“ mit Stand vom Dezember 2013 auf 176 Seiten angewachsen und enthält neben der Standardregel mittlerweile 56 Kreditinstitute mit abweichenden Berechnungsregeln. Bei einigen Banken stellt sich beispielsweise die Frage, ob die zum Teil nur 7stelligen Kontonummern vor der Umrechnung rechts, links oder beidseitig mit Nullen aufzufüllen sind. Zur Unterstützung bei der Umrechnung bestehender Kontoverbindungen gibt es das von der Bundesbank empfohlene Tool „Sepa Account Converter“ oder auch andere Softwareprodukte. Diese Tools sind gute Hilfen, haben sich im Laufe der Zeit aber in Ihren Versionen und Ergebnissen stetig verändert und haben so sehr gut das allmähliche Herantasten an die heute gültigen IBAN-Regeln wiedergespiegelt.

Soziale Entschädigungen

Nach dem Sozialen Entschädigungsrecht werden für folgende Personengruppen medizinische und finanzielle Leistungen erbracht:

- Kriegsoffer (auch im Ausland)
- Opfer von Gewalttaten
- Bundeswehrsoldaten und Zivildienstleistende, die im Dienst Gesundheitsschäden erlitten haben
- Impfgeschädigte
- ehemalige politische Häftlinge der früheren DDR
- Opfer rechtsstaatswidriger Verwaltungsmaßnahmen der früheren DDR
- sowie zum Teil deren Hinterbliebene (Witwen, Waisen, Eltern).

Bundesversorgungsgesetz (BVG)

Opfer des 2. Weltkrieges erhalten als Ausgleich für gesundheitliche Schäden Versorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG). Ebenso haben Hinterbliebene einen Anspruch auf Leistungen nach dem BVG, wenn der Ehemann/die Ehefrau, Mutter/Vater oder ein Kind an den Folgen der Kriegsbeschädigung gestorben ist.

Das BVG ist, seitdem es am 01.10.1950 in Kraft getreten ist, vielfach geändert und weiterentwickelt worden. Es sieht inzwischen etliche verschiedene, z.T. komplexe Renteneinzelleistungen vor. Hervorzuheben sind dabei die in den letzten Jahren vermehrt gestellten Anträge von Kriegsbeschädigten auf Pflegezulage wegen Pflegebedürftigkeit. Ist die/der Beschädigte wegen ihrer/seiner Kriegsbeschädigung auf fremde Hilfe angewiesen und reichen die pauschalen Beträge zur Deckung der Kosten nicht aus, so werden ihr/ihm insbesondere die Kosten für Pflegekräfte oder für den Heimaufenthalt erstattet. Die Leistungen der Pflegeversicherung sind gegenüber den Leistungen nach dem BVG nachrangig.

Neben der Rente werden im Wesentlichen die Heil- und Krankenbehandlung mit Badekuren und Rehabilitation, die orthopädische Versor-

gung sowie die Leistungen der Kriegsofferfürsorge erbracht. Das BVG bildet die Basis der Sozialen Entschädigung. Die sogenannten Anwendungsgesetze, wie z. B. das Opferentschädigungsgesetz, sehen grundsätzlich eine entsprechende Anwendung des BVG vor.

Versorgungsfälle (Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene)

2010	2011	2012
4.715	4.050	3.457

Der Rückgang beträgt jährlich ca. 12 %. Dies ist mit dem hohen Alter der Kriegsoffer zu erklären.

Aufwendungen in Euro

2010	2011	2012
23.901 Mio.	20.779 Mio.	18.088 Mio.

Opferentschädigungsgesetz (OEG)

Das Opferentschädigungsgesetz sieht Leistungen für Opfer von Gewalttaten sowie für ihre Hinterbliebenen vor (Leistungsumfang siehe unter „BVG“). Die Antragsgänge bewegen sich seit Jahren auf hohem Niveau (2011 waren es 521 Anträge, 2012 betrug die Antragszahl 575). Auch im Rahmen des Opferschutzes hat das OEG einen hohen Stellenwert.

Rentenfälle

2010	2011	2012
481	498	514

Aufwendungen in Euro

2010	2011	2012
5,0 Mio.	5,6 Mio.	5,5 Mio.

Einrichtung von Trauma-Ambulanzen

Soforthilfe für traumatisierte Opfer von Gewalttaten

In Hamburg starteten bereits Ende 2010 die Vorbereitungen für das Projekt Einrichtung von Traumaambulanzen als Angebote der Soforthilfe für traumatisierte Opfer von Gewalttaten. Geplant war zunächst ein einjähriges Modellprojekt, das evaluiert wird und bei dem dann entschieden wird, ob eine Weiterführung notwendig und sinnvoll ist. Daher wurden im Jahr 2011 Gespräche mit sämtlichen Krankenhäusern in Hamburg geführt, die eine psychologische bzw. psychiatrische Abteilung vorhalten und dort unser Konzept für die Einrichtung von Angeboten der Soforthilfe bzw. von Traumaambulanzen vorgestellt.

Dieses Konzept stieß bei den Kliniken auf ein breites Interesse und es gab mehrere darunter, die sich vorstellen konnten, sich an diesem Projekt zu beteiligen. Eine entsprechende Ausschreibung der Leistung wurde 2011 gestartet und im Jahre 2012 als Vereinbarung mit geeigneten Kliniken abgeschlossen, um den traumatisierten Opfern von Gewalttaten tatsächlich eine schnelle Hilfe anbieten zu können.



Das Projekt Trauma-Ambulanz ist in Hamburg im Dezember 2012 angelaufen. Die Trauma-Ambulanz wird in Form einer Kooperation mit der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI), Amt für Familie, Versorgungsamt und dem Universitätskrankenhaus Hamburg-Eppendorf (UKE), Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie sowie der Klinik für Kinder und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie und der Asklepios Klinik Nord – Ochsenzoll, Klinik für Persönlichkeits- und Traumafolgestörungen durchgeführt.

Um Gewaltopfern nicht nur die Möglichkeiten der Opferentschädigung nach dem OEG, sondern auch speziell diese Soforthilfen anzubie-

ten, wurde es erforderlich, dies zu publizieren und einer möglichst breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Dazu wurde eine Informationsbroschüre in Form eines handlichen Flyers herausgegeben. Grundgedanke dabei ist, dass der Erstkontakt, in den meisten Fällen die Polizei, neben dem OEG-Kurzantrag auch Flyer zur OEG-Entscheidung, aber auch einen Flyer speziell für die Problematik der Soforthilfen für traumatisierte Menschen aushändigen soll.



Der Flyer ist im Internet einsehbar unter:

www.hamburg.de/contentblob/3749892/data/faltblatt-trauma-ambulanz.pdf

Zusätzlich wurde zum Jahresende 2012 eine Presseerklärung des Senats veröffentlicht. Der vollständige Wortlaut ist auf der folgenden Seite abgebildet. Anlass war die Präsentation der Trauma-Ambulanz Hamburg im UKE. Die Hamburger Medien berichteten breit, hier zwei Beispiele:

<http://www.ndr.de/regional/hamburg/trauma107.html>

<http://www.abendblatt.de/hamburg/article112008788/Schnelle-Hilfe-fuer-Opfer-von-Gewalttaten.html>

13. Dezember 2012/basfi13

Soforthilfe für traumatisierte Opfer von Gewalt

Senator Scheele hat Konzept von Asklepios-Klinik Nord, Versorgungsamt und Universitätsklinikums Eppendorf vorgestellt

Opfer von Gewalttaten erleiden in vielen Fällen ein psychisches Trauma. In solchen Fällen reicht eine Krisenintervention beispielsweise durch Ersthelfer und Seelsorger nicht immer aus, um das seelische Gleichgewicht der Betroffenen wiederherzustellen. Oft müssen die Opfer weiter betreut werden, und zwar möglichst schnell. Hamburg hat deshalb heute ein neues Konzept für eine ambulante Soforthilfe für Opfer von Gewalttaten gestartet, bei denen die Tat ein psychisches Trauma auslösen könnte oder bereits ausgelöst hat.

„Es ist wichtig, dass die betroffenen Opfer unmittelbar nach einer Tat entsprechende Hilfsangebote bekommen“, sagt **Sozialsenator Detlef Scheele**. „Oft verhindern Scham und Schuldgefühle, dass die Opfer sich sofort Hilfe suchen. Meist liegt das jedoch auch daran, dass sie die psychischen Folgen einer Tat zunächst nicht einschätzen können. Mit unserem neuen Konzept wollen wir außerdem erreichen, dass langwierige Zuständigkeitsklärungen und Bewilligungsverfahren nicht mehr nötig sind.“

Das Versorgungsamt Hamburg bietet deshalb ab sofort gemeinsam mit der Asklepios-Klinik Nord / Ochsenzoll und dem Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) eine Soforthilfe für traumatisierte Opfer von Gewalttaten an. Männer und Frauen sowie Kinder und Jugendliche, die in Hamburg Opfer einer Gewalttat geworden sind, erhalten auf Kosten der Stadt kurzfristig zunächst bis zu fünf Behandlungsstunden, um bestehende Symptome zu mildern und traumatischen Folgen vorzubeugen.

Dafür ist nur ein kurzer Antrag erforderlich, den

die Betroffenen an das Versorgungsamt Hamburg richten müssen. Die Bewilligung und Bezahlung dieser Behandlungen übernimmt das Versorgungsamt unabhängig davon, welche Stelle später für die Bewilligung und Finanzierung der Therapie zuständig ist. Bei Bedarf kann die Behandlung um weitere Therapiestunden verlängert werden. Das Angebot richtet sich an Opfer einer vorsätzlichen Gewalttat, zum Beispiel an Opfer einer schweren Körperverletzung, eines Überfalls, einer Vergewaltigung, einer sexuellen Misshandlung oder vergleichbaren Taten, die zu einem psychischen Trauma führen können.

Kontaktmöglichkeiten für Opfer

Die Opfer können sich direkt an die nachfolgenden Kliniken wenden und erhalten dort kurzfristig einen ersten Termin. Sie können das auch mit Hilfe der Polizei (z.B. anlässlich der Protokollierung des Vorfalls oder Stellung eines Strafantrages) oder mit Hilfe von Opferberatungsstellen (z.B. Weißer Ring) tun.

Soforthilfe für Erwachsene

Asklepios Klinik Nord Ochsenzoll, Klinik für Persönlichkeits- und Traumafolgestörungen, Langenhorner Chaussee 560, Haus 5, 1. OG, 22419 Hamburg, Telefon: (040) 181 887 – 2428/ - 2590

Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE), Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, Ambulanz für Traumafolgenstörung, Martinistraße 52, Haus W 37, EG, 20246 Hamburg, Tel: (040) 7410 – 53210

Soforthilfe für Kinder und Jugendliche

Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE), Klinik für Kinder und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie, Martinistraße 52, Haus W 35, EG, Telefon: (040) 7410 – 52230

Auskunft und Beratung zur Soforthilfe:

Versorgungsamt Hamburg, Adolph-Schönfelder-Straße 5, 10. OG, 22083 Hamburg
Telefon: (040) 42863 – 7167/ - 7164
E-Mail: traumaambulanz@basfi.hamburg.de

Öffentlichkeitsarbeit

Die schon seit geraumer Zeit betriebene Öffentlichkeitsarbeit des Versorgungsamtes wird kontinuierlich weitergeführt. Die gute Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Hamburger Polizei ist auch im Berichtszeitraum fortgeführt worden und dient auch dazu, den Bekanntheitsgrad des Opferentschädigungsgesetzes zu steigern.

Das Versorgungsamt war auch im Jahre 2012 wieder beim alljährlichen Opferschutztag der Polizei mit einem Informationsstand vertreten. Die Leiterin des Versorgungsamtes Hamburg, Frau Anja Domres und der Leiter der Traumaambulanz des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf, Herr Dr. med. Ingo Schäfer, stellten auf dem Opferschutztag gemeinsam die Einrichtung der Trauma-Ambulanzen in Hamburg vor. Außerdem haben Vertreterinnen und Vertreter des Versorgungsamtes am Opferforum des Weißen Ringes in Mainz teilgenommen.

Am 09.10.2012 waren Studierende des Studienganges Public Management der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) zu Gast im Versorgungsamt Hamburg. Die Studierenden belegten im Rahmen ihres Studiums das Seminar „Soziales Entschädigungsrecht“. Im Versorgungsamt wurde als Bestandteil des Seminars durch das Sachgebiet FS 531 Opferentschädigungsgesetz (OEG) und andere Anwendungsgesetze ein Vortrag zum Thema „Soziales Entschädigungsrecht“ gehalten. Dabei wurde zum einen das OEG und die Entschädigungen für ehemalige Stasi-Verfolgte (StrRehaG, VwRehaG, HHG) als auch die Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder vorgestellt.

Soldatenversorgungsgesetz (SVG), Zivildienstgesetz (ZDG), Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) - einschließlich der sogenannten Opferrente -, Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG), Berufliches Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG)

Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und Zivildienstleistende sowie deren Angehörige erhalten Versorgung, wenn sie in Ausübung ihres Dienstes gesundheitliche Schäden erlitten haben (Leistungsumfang siehe unter „BVG“). Zum 01.07.2011 wurde der Zivildienst abgeschafft und stattdessen ein Bundesfreiwilligendienst eingeführt. Hier können sich Freiwillige für das Allgemeinwohl, insbesondere im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich engagieren. Das Bundesfreiwilligendienstgesetz (BFDG) gehört nicht, wie zuvor das ZDG, zu den Gesetzen der sozialen Entschädigung.

Versorgungsfälle

	2010	2011	2012
SVG	277	272	270
ZDG	3	3	3

Aufwendungen in Euro

	2010	2011	2012
SVG	1.482.000	1.451.000	1.426.000
ZDG	112.000	137.000	102.000

Weiter wird Versorgung nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) und dem Häftlingshilfegesetz (HHG) gewährt. Angeführt sind ferner die Fälle nach den SED - Unrechtsbereinigungsgesetzen, in denen Leistungen nach dem BVG gewährt werden.

Darüber hinaus ist das Versorgungsamt für die Bearbeitung der Anträge auf Gewährung einer besonderen Zuwendung nach § 17a StrRehaG, der sogenannten Opferrente, zuständig. Anspruch auf diese Rente, die im Höchstfall 250 Euro monatlich beträgt, hat, wer in der ehemaligen DDR insgesamt mindestens 180 Tage als politisch Verfolgter in Haft gewesen und wirtschaftlich bedürftig ist.



In Hamburg bezogen Ende 2012 insgesamt 420 Personen die Opferrente. Bislang musste in ca. 35 Fällen der Anspruch wegen einer nachgewiesenen Tätigkeit als ehemaliger Stasi-Mitarbeiter versagt werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für die Bearbeitung der Opferrente zuständig sind, haben die Beratungstage der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) in Hamburg im Juni 2012 zu einem regen Gedankenaustausch mit dem Veranstalter genutzt. Die Weitergabe der wissenschaftlich gewonnenen Erfahrungen war interessant und zudem hilfreich für das Verständnis der täglichen Arbeit.

Versorgungsfälle

	2010	2011	2012
IfSG	52	52	52
HHG	38	39	38
StrRehaG	9	11	10
VwRehaG	1	1	1
Opferrente	427	421	420

Neben den oben erwähnten Leistungen wird soziale Entschädigung auch nach dem BerRehaG gewährt.

Heil- und Krankenbehandlung

Zu den wesentlichen Leistungen der Heil- und Krankenbehandlung gehören die ambulante ärztliche und zahnärztliche Versorgung, die Versorgung mit Arzneimitteln und Zahnersatz, die stationäre Behandlung sowie die Gewährung von Badekuren. Diese Leistungen werden teils

direkt durch die Versorgungsverwaltung, teils in deren Auftrag durch die Krankenkassen erbracht.

Die nachfolgenden Zahlen beziehen sich in erster Linie auf die unmittelbar zu erbringenden Leistungen der Heil- und Krankenbehandlung. Die Geschäftsvorfälle sind wegen der kleiner werdenden Zahl der lebenden Kriegsoffer insgesamt rückläufig. Weitgehend konstant ist die Zahl der Anträge aus dem Bereich der Anwendungsgesetze.

Anträge / Arbeitsvorgänge

2010	2011	2012
1.141	961	968

Kuranträge

2010	2011	2012
59	44	38

Orthopädische Versorgungsstelle

Zu den Leistungen der orthopädischen Versorgung gehört die Gewährung von Hilfsmitteln, insbesondere von Körperersatzstücken. Ebenso wie die gesetzlichen Krankenkassen bedienen sich die Orthopädischen Versorgungsstellen inzwischen bundesweit eines Hilfsmittelpools mit wiederverwendbaren Hilfsmitteln und haben damit gute Erfahrungen gemacht. Überdies hat die Einrichtung dieses Pools nach den Feststellungen des Bundesrechnungshofes zu einer beträchtlichen Kosteneinsparung geführt. Weitere Leistungen im Rahmen der orthopädischen Versorgung sind unter anderem die Gewährung von Zuschüssen für Motorfahrzeuge und deren Instandhaltung sowie die Kostenübernahme für behinderungsbedingt notwendige Zusatzgeräte.

Die Zahl der orthopädisch versorgten Personen ist insgesamt rückläufig.

Versorgungsfälle

2010	2011	2012
1.509	1.415	1.355

Anträge

2010	2011	2012
4.767	4.119	4.145

Kriegsopferfürsorge/ Hauptfürsorgestelle

Neben der Kriegsopferversorgung (Schadensausgleichsfunktion) sieht das Soziale Entschädigungsrecht für den Personenkreis nach dem BVG und nach den Gesetzen, die das BVG für anwendbar erklären, auch Fürsorgeleistungen (KOF) vor. Die KOF-Leistungen orientieren sich am notwendigen Bedarf zur Überwindung einer Notlage und haben keinen entschädigungsrechtlichen Charakter. Ziel der KOF ist es, durch individuelle Hilfen eine angemessene wirtschaftliche Versorgung zu sichern, sofern die BVG-Regelversorgung hierfür nicht ausreicht.

Neben den originären Aufgaben der Kriegsopferfürsorge werden von der Hauptfürsorgestelle auch Ausgleichszahlungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungs Gesetz (BerRehaG) für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet gewährt.

Zahl der Fallakten

2010	2011	2012
790	653	634

Aufwendungen (in Euro)

2010	2011	2012
10.106.000	9.901.000	9.128.000

Landesausgleichsamt

Seit Juni 2010 ist das Landesausgleichsamt Hamburg Teil des Versorgungsamtes Hamburg. Alle Ministerial- und Grundsatzaufgaben in dem umfangreichen Aufgabenbereich der Lastenausgleichsgesetze werden dort wahrgenommen und alle Rechtsmittelverfahren, d.h. Widersprüche (sog. "Beschwerden") gegen Entscheidungen des Ausgleichsamtes sowie Gerichtsverfahren gegenüber einer sonderzuständigen Kammer des Verwaltungsgerichts bearbeitet.

Das Landesausgleichsamt übt die Fachaufsicht über das Ausgleichsamt aus und überwacht neben den Beschwerdeverfahren schwerpunktmäßig die Aktenbearbeitung mit dem Ziel einer kontrollierten Abarbeitung der Restbestände der klassischen Lastenausgleichsverfahren. Das Landesausgleichsamt ist Koordinierungsstelle zwischen dem Bundesausgleichsamt und dem Ausgleichsamt Hamburg. Da die Aufgaben des Lastenausgleichs in der Form der Bundesauftragsverwaltung durchgeführt werden und das Bundesausgleichsamt infolgedessen unfänglich weisungsbefugt ist, sind auch die Landesausgleichsämter institutionell im Grundgesetz verankert (Artikel 120 a GG).

Lastenausgleich

Nach den Lastenausgleichsgesetzen (LAG) werden materielle Schäden und Verluste infolge von Verfolgung, Zerstörung, Vertreibung und Enteignung während der Kriegs- und Nachkriegszeit abgegolten. Entsprechende Anträge können wegen Zeitablaufs allerdings nicht mehr gestellt werden.

Die Aufgaben werden vom Ausgleichsamt Hamburg als Bundesauftragsverwaltung wahrgenommen; die Freie und Hansestadt Hamburg trägt nicht die eigentlichen Entschädigungsleistungen, jedoch die Sach- und Personalkosten für die Durchführung der Aufgaben.

Die Situation im Ausgleichsamt wird geprägt durch ein abschließend zu bescheidendes, stetig abnehmendes Fallvolumen im klassischen Lastenausgleich.

Zahlen jeweils zum Jahresende):

2010	2011	2012
97	68	36

Es handelt sich mittlerweile um ausnahmslos schwierigste Fälle, vorwiegend aus dem Unternehmensbereich. Oftmals nur schwer nachzuweisende Eigentums- und Erbverhältnisse können seit der Wiedervereinigung aufgrund der nunmehr funktionierenden Amtshilfe mit den Behörden in den neuen Bundesländern aufgeklärt werden.

Durch die deutsche Wiedervereinigung und die politischen Veränderungen in Osteuropa sind neue Aufgaben entstanden. Haben Alteiligentümer bzw. deren Erben weggenommene Vermögenswerte in der ehemaligen DDR oder auch in den Vertreibungsgebieten zurückerhalten, verlieren gezahlte Entschädigungen nachträglich ihre Berechtigung. Es ist eine prägende Aufgabe des Ausgleichsamtes geworden, diese Zahlungen zurückzufordern und für den Bund zu vereinnahmen.

Entwicklung der unerledigten Rückforderungsobjekte (Zahlen Jahresende):

2010	2011	2012
788	449	174

Die kontinuierlich abnehmenden Zahlen verdeutlichen, dass die Arbeit des Ausgleichsamtes in den beiden klassischen Aufgabenbereichen Schadensfeststellung und Rückforderung unter den derzeitigen Rahmenbedingungen endlich ist.

Im Jahr 2011 wurde zur Sicherstellung einer zeitnahen Aufgabenerledigung zusammen mit dem Bundesausgleichsamt schriftlich vereinbart, auf der Basis der 2010er Personalkapazität in allen offenen Fällen bis spätestens Ende 2013 abschließende Entscheidungen zu treffen. Personelle Stellenausstattung des Ausgleichsamtes:

2010	2011	2012
13	11	11

Um diese Zusage trotz knapper Personalkapazität halten zu können, wurden im Berichtsjahr 2012 regelmäßig Aufgaben konzentriert, umverteilt bzw. auf die Zeit nach 2013 (z.B. ein Teil der Archivarbeiten) verlegt.

Spätaussiedler

Nach dem Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) - ab 01.01.2005 geändert durch das Zuwanderungsgesetz - haben Spätaussiedler Anspruch auf Unterstützung. Als Spätaussiedler gelten deutsche Volkszugehörige, die die Vertreibungsgebiete nachweislich nach dem 31.12.1992 im Aufnahmeverfahren verlassen und in der Bundesrepublik Deutschland Aufenthalt genommen haben.

Dieser Personenkreis wird im Vertriebenenamt insbesondere zu Fragen des Renten- und Staatsangehörigkeitsrechts beraten. Bei Verlust der im Zusammenhang mit dem Aufnahmeverfahren ausgestellten Bescheinigung werden Zweitschriften erstellt. Die übrigen Zuständigkeiten liegen beim Bundesverwaltungsamt.

Die Aufgabe der Umverteilung jüdischer Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion von Hamburg in ein anderes Bundesland und umgekehrt ist inzwischen an die bezirklichen Ausländerbehörden übergegangen.

Wiedergutmachung für Verfolgte des Nationalsozialismus

Bis zum 31.12.1969 konnte ein Verfolgter des Nationalsozialismus für erlittene materielle und immaterielle Schäden Entschädigung nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) beantragen.

Das Amt für Wiedergutmachung betreut und berät diesen Personenkreis mit Wohnsitz sowohl im In- als auch im Ausland. Die Schwerpunkte sind heute die Gewährung von Renten an Verfolgte und Hinterbliebene, das Wiederaufgreifen abgeschlossener Entschädigungsverfahren im Rahmen der so genannten Zweitverfahrensrichtlinien sowie die Feststellung und Anerkennung von Leidensverschlimmerungen und Spätschäden.

Daneben werden Anträge auf Leistungen nach den Kur- und Heilverfahrensrichtlinien bearbeitet, Abrechnungen mit israelischen Krankenkassen vorgenommen und die Anweisung der gesetzlichen Pflegeversicherungsbeiträge überwacht.

Abgeschlossene Akten des Amtes für Wiedergutmachung wurden dem Staatsarchiv übergeben, da die Akteninhalte wichtige Zeitdokumente darstellen. Die Betreuung wissenschaftlicher Projekte in Form von Akteneinsichtnahmen durch Historiker und Wissenschaftler erfolgt für die hier verbliebenen Akten nach wie vor.

Um die gesetzlichen Lücken der Entschädigungsregelungen des Bundes zu schließen, hat die Stadt Hamburg im Jahre 1988 **die Stiftung "Hilfe für NS-Verfolgte"** gegründet; der Leiter des Referates Soziale Entschädigungen ist entsprechend der Stiftungssatzung dort Vorstandsmitglied.

Außerdem betreut er unmittelbar vereinzelte oder fortlaufende Projekte zugunsten von ehemals Verfolgten (Begegnungscafé für NS-Verfolgte an jedem 1. Mittwoch im Monat) und nimmt an verschiedenen Projekten mit beratender Stimme teil (Konzeptionierung der neuen Gedenkstätte am Lohseplatz/Hafencity; Stiftung Auschwitz-Komitee; Ohlsdorfer Friedensfest).

Durch Unterstützung zahlreicher wissenschaftlicher Forschungsarbeiten und aufgrund der engen Zusammenarbeit mit Instituten (z.B. Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg), Verfolgtenorganisationen (Auschwitz-Komitee, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten u.v.m.) und Verbänden (Jüdische Gemeinde, Roma- und Sinti-Union) sowie durch die Beteiligung des Leiters an zahlreichen Veranstaltungen, Tagungen, Diskussionsforen, Fortbildungsveranstaltungen und Seminaren leistet das Referat für Soziale Entschädigung einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung einer Erinnerungskultur an die Schreckenstaten des Nationalsozialismus.

Gedenkfeier zum 70. Todestag von Helmuth Hübener am 29.10.2012

Anlass war die Hinrichtung von Helmuth Hübener durch das Nazi-Regime vor über 70 Jahren am 27. Oktober 1942, weil er Flugblätter gegen Hitler verteilt hatte. Gerade 17 Jahre alt war der Lehrling der ehemaligen Hamburger Sozialbehörde und somit der jüngste deutsche Widerstandskämpfer, der während der Nazi-Herrschaft hingerichtet wurde.

Die Gedenkfeier wurde von der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI), Fachbereich Wiedergutmachung sowie dem Personalrat in Kooperation mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BDA) in den Räumen der BASFI veranstaltet.



Herr Senator Scheele bei seiner Rede

Unter der Schirmherrschaft der Behördenleitung waren zudem die Schulleitungen und Schülerinnen und Schüler der Helmuth Hübener-Gesamtschule und der Verwaltungsschule Hamburg sowie einige Zeitzeugen vertreten, die in verschiedenen Redebeiträgen und in einer Podiumsdiskussion gegen das Vergessen von Unrecht in der NS-Zeit und für die Stärkung von Zivilcourage heutzutage eintraten.



Die Gedenktafel im Foyer der BASFI, Hamburger Straße 47
Fotos: Georg Chodinski VVN-BDA

Im Anschluss daran wurde ein Kranz an der Gedenktafel im Foyer der Behörde niedergelegt. Auch die Hamburger Medien berichteten breit über diese Veranstaltung, wie z.B. das Hamburger Abendblatt am 30.10.2012:

...Heute erinnert unter anderem die Helmut-Hübener-Stadtteilschule in Barmbek-Nord an den jungen Hamburger. Helmut Hübener sei für die Schüler heute ein großes Vorbild, weil er sich so „mutig und konsequent gegen Unrecht gewehrt hat“, sagte die Schülerin Ashley Dandzo während der Gedenkveranstaltung...

Beratung für ehemalige Heimkinder in Hamburg

Schaffung eines Hilfsfonds für ehemalige Heimkinder



Ehemaligen Heimkindern, denen Unrecht und Leid während ihrer Heimunterbringung zugefügt wurde, sollen Beratung, Betreuung und finanzielle Hilfen (für Rentenersatzleistungen) gewährt werden.

Dazu wurde auf Bundesebene ein Fonds **„Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949 bis 1975“** errichtet, der auf die Heimkinder in der ehemaligen DDR ausgeweitet werden wird.

Dazu wurden in allen alten Bundesländern bis zum 01. Januar 2012 regionale Anlauf- und Beratungsstellen errichtet. Die betroffenen ehemaligen Heimkinder können bei diesen Stellen bis zum 31. Dezember 2014 Anträge auf Leistungen aus dem Fonds stellen. Die Anträge werden in den Anlauf- und Beratungsstellen der Länder bearbeitet und an die Fondsverwaltung im Bund weitergeleitet. Neben dieser Antragsannahme ist die Beratung der Betroffenen ein elementarer Bestandteil der Anlauf- und Beratungsstelle.

Einrichtung der Hamburger Beratungsstelle im Versorgungsamt

Die Anlauf- und Beratungsstelle für Hamburg wurde termingerecht am 2. Januar 2012 im Versorgungsamt, Referat Soziale Entschädigungen, eingerichtet und dort in das Sachgebiet „Opferentschädigungsgesetz (OEG) und andere Anwendungsgesetze“ eingebunden. Die Beratungsstellen sind zuständig nach dem Wohnortprinzip, d.h. die hiesige Beratungsstelle berät alle in Hamburg wohnhaften Heimkinder egal, in welchem Heim sie wann und wie lange untergebracht waren. Verlässliche Fallzahlen gab es zu dem Zeitpunkt noch nicht.

Die dazu notwendigen Vorarbeiten wie die Schaffung von Raum- und Personalressourcen wurden bereits im Laufe des Jahres 2011 aufgenommen und Mitte Dezember 2011 abgeschlossen. Zu dem Zeitpunkt wurden zwei Mitarbeiter (je eine Frau und ein Mann) durch ein sachgebietsinternes Interessenbekundungsverfahren gefunden und jeweils mit der Hälfte ihrer Arbeitszeit in der Beratungsstelle eingesetzt. Parallel dazu wurde eine turnusmäßig tagende Arbeitsgruppe im Versorgungsamt zusammen mit dem ministeriellen Bereich des Amtes für Familie eingerichtet.

Der Hamburger Senat hat am 10. Januar 2012 hierzu eine Presseerklärung veröffentlicht:

Pressestelle des Senats



Neue Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder

Am 2. Januar 2012 wurde im Versorgungsamt eine zentrale Anlaufstelle geöffnet

Ehemalige Heimkinder mit Hamburger Wohnsitz, die von 1949 bis 1975 in der Bundesrepublik Deutschland in einer stationären Erziehungseinrichtung untergebracht waren und dort misshandelt wurden, können sich ab dem kommenden Jahr im Hamburger Versorgungsamt beraten und entschädigen lassen. Damit setzt die Sozialbehörde die Ergebnisse des Berliner Runden Tisches „Heimerziehung“ in Hamburg um.

„Studien zeigen, dass fast alle Betroffenen bis heute unter den psychischen Folgen der Misshandlungen leiden“, sagt **Sozialsenator Detlef Scheele**. „Deshalb freue ich mich, dass wir ehemaligen Heimkindern, die in Hamburg wohnen, in Zusammenarbeit mit Opferverbänden und anderen Institutionen in unserem Versorgungsamt eine professionelle Beratung anbieten können.“

Kinder und Jugendliche, die in der Zeit zwischen 1949 und 1975 in einem westdeutschen Heim untergebracht waren und dort misshandelt wurden, sollen aus einem Gesamtfonds des Bundes in Höhe von 120 Millionen Euro entschädigt werden.

Die Entschädigungen sollen vor allem Sachleistungen umfassen, wie etwa Therapiekosten oder den Ausgleich von Rentenausfällen, um Folgeschäden von Misshandlungen wie Essenszwang, Isolation, sexuelle Übergriffe, Redeverbot oder Schläge zu mildern. Aus dem Rentenersatzfonds sollen Leistungen an Betroffene gezahlt werden, die in Heimen zur Arbeit gezwungen wurden, ohne dass Sozialversicherungsbeiträge abgeführt wurden.

Der Hamburger Senat reagiert damit auf den bundesweiten „Fonds Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1949-1975“, der vom Runden Tisch Heimerziehung in Berlin empfohlen wurde. In den Fonds zahlen je zu einem Drittel der Bund, die Kirchen und die betroffenen Länder und Kommunen ein. Insgesamt sollen 120 Millionen Euro zusammenkommen. Hamburg beteiligt sich mit 1,3 Millionen Euro.

In der neuen Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder im 10. Stock des Versorgungsamts Hamburg, Adolph-Schönfelder-Straße 5, 22083 Hamburg können Betroffene bis zum 31. Dezember 2014 entsprechende Anträge stellen. Die Sprechzeiten sind Montag und Donnerstag jeweils von 8 bis 16 Uhr sowie nach Vereinbarung. Die Telefonnummern sind 040-42863-7171 oder – 7130; die Mailanschrift lautet: heimkinder@basfi.hamburg.de

Erste Erkenntnisse und Erfahrungen

Mitte Dezember 2011 trafen sich zudem die Vertreter der Länder-Beratungsstellen in Köln, um erste Verfahrensfragen zu klären. Für den Beschluss von Richtlinien, nach denen Leistungen an die Betroffenen gewährt werden sollen, sowie weitere Koordinierungsaufgaben im Rahmen des Fonds ist ein länderübergreifender Lenkungsausschuss für fünf Jahre eingerichtet worden.

Der Heimkinderfonds West unterteilt sich in einen "Rentenersatzfonds" und einen "Fonds für Folgeschäden aus der Heimerziehung". Im Rentenersatzfonds sind mögliche Leistungen wegen der Minderung von Rentenansprüchen aufgrund nicht gezahlter Sozialversicherungsbeiträge für in Heimen geleistete Arbeit (während der Unterbringung) konkret z.B. nach dem betroffenen Heimzeitraum zu berechnen. Im Folgeschädenfonds sind die konkreten personenbezogenen Bedarfe mit dem Ziel der Schaffung eines Hilfesystems zum Ausgleich bzw. zur Milderung von Folgeschäden der Heimunterbringung zu ermitteln bzw. mit den Betroffenen zu beraten und zu besprechen, wie beispielsweise ein konkreter Bedarf an Therapien oder Kur- und Heilmaßnahmen o.ä..

Bis Ende 2012 wurden insgesamt ca. 120 Fälle aktenkundig, in denen sich Betroffene an die Beratungsstelle gewandt haben und Zahlungen aus dem Heimkinderfonds begehrten bzw. aufgrund eines konkreten Interesses begonnen haben, sich über Leistungen aus diesem Fonds beraten zu lassen. Wieviele von den 700.000 bis 800.000 Kindern, die in den Jahren 1949 bis 1975 die betreffenden Heime in Deutschland durchlaufen haben sollen, die Fondsleistungen in Anspruch nehmen werden, lässt sich lediglich schätzen.



Beirat für die Hamburger Anlauf- und Beratungsstelle ehemaliger Heimkinder

Nach dem „Abschlussbericht „Runder Tisch Heimerziehung“ sollen bei den Anlauf- und Beratungsstellen für ehemalige Heimkinder *„Beiräte geschaffen werden, an denen Ehemalige (sic. Heimkinder) beteiligt sind, um die Arbeit der Stellen zu unterstützen und aus ihrem Wissen heraus zu begleiten.“*

Die Aufgaben des Beirates werden darin gesehen, als Wissens- und Informationsvertreter und -vermittler die Beratungsstelle zu unterstützen, Projekte zu initiieren oder selbst durchzuführen, in die jeweiligen Organisationen hinein oder aus ihnen heraus die Aufgaben der Beratungsstelle zu unterstützen und ggfs. weiter zu entwickeln.

Diesem Grundsatz folgend ist in Hamburg ein neunköpfiger Beirat geschaffen worden, der sich am 27.04.2012 zur konstituierenden Sitzung unter Teilnahme von Herrn Senator Scheele zusammenfand. Die Sitzungen finden ca. dreimal jährlich statt. Er setzt sich unter Mithilfe der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Hamburg aus Vertretern der beiden großen Kirchen, der Caritas und Diakonie, ehemaligen Heimkindern, der Beratungsstelle Opferhilfe, der Forschungsstelle für Zeitgeschichte, einem Mitarbeiter des ehemaligen Amtes für Heime sowie der Leiterin des Versorgungsamtes zusammen.

Senatsempfang im Hamburger Rathaus

Am 18. Juni 2012 wurde ein Senatsempfang für die betroffenen ehemaligen Heimkinder mit Wohnsitz in Hamburg durchgeführt. Die Zielsetzung dieser Veranstaltung im Hamburger Rathaus war, der Anerkennung und Würdigung des Unrechts, das diesen Menschen größtenteils widerfahren ist, einen angemessenen Rahmen zu bieten. Dies hat Herr Senator Scheele in seiner Rede eindrucksvoll vermittelt.



Foto: Manfred Zielke

Im Rathaus wurde für einen Kreis von 55 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein Senatsempfang im Bürgermeistersaal mit Kaffee/Tee und Kuchen ausgerichtet.

Ausblick für das Jahr 2013

Es beantragen fortlaufend ehemalige Heimkinder Leistungen aus dem Fonds; die Anlauf- und Beratungsstelle wird entsprechend auszustatten sein.

Netzwerke

Feste Mitgliedschaft in Netzwerken in Bezug auf häusliche Gewalt

Das Referat Soziale Entschädigungen hat im Verlaufe des Jahres 2012 seine Verbindungen zu den zahlreichen Opferverbänden in Hamburg weiter vertieft und ist in verschiedensten Netzwerken festes Mitglied wie z. B.:

- dem von der Opferhilfe Hamburg koordinierten Runden Tisch gegen häusliche Männergewalt mit rund 30 verschiedenen Verbänden, Organisationen und Dienststellen,

- dem bei der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Abteilung des Universitätskrankenhauses Eppendorf bestehenden Netzwerkteam zur Erstversorgung, dem u.a. auch Vertreter des Kriseninterventionsteam und des Weissen Rings angehören.

Ruherechte der Grabstätten ehemals NS-verfolgter Roma und Sinti

Die Möglichkeiten zur Umsetzung eines zentralen Anliegens des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, bei Auslaufen der Ruherechte von Gräbern ehemals NS-Verfolgter Roma und Sinti eine Räumung der betreffenden Grabstätten zu verhindern, werden hinsichtlich der auf Hamburger Friedhöfen befindlichen Gräber vom Amt für Wiedergutmachung koordiniert; es gibt unverändert Bestrebungen, eine Lösung auf Bundesebene zu entwickeln. In Hamburg wird eine Lösung in Zusammenarbeit mit der Gräberfürsorge der Geschwister-Scholl-Stiftung angestrebt.

Begegnungscafé für ehemals NS-Verfolgte

Seit April 2009 gibt es für alle von den Nationalsozialisten ehemals Verfolgten mit Wohnsitz in Hamburg die Möglichkeit, sich im sogenannten „Begegnungscafé“ einmal monatlich zu treffen. Das in einem Seniorentreff in den Wallanlagen am Holstenwall jeden ersten Mittwoch im Monat stattfindende Treffen ist mittlerweile zu einer festen Institution geworden, und viele Gäste, darunter auch Senatsmitglieder haben das Begegnungscafé aufgesucht, um die Lebensschicksale der ehemals Verfolgten zu würdigen und persönliche Gespräche zu führen.

Das Treffen dient auch der Beratung und Vermittlung von Informationen; Ausflüge zu Erinnerungs- und Gedenkstätten, wie z.B. nach Bergen-Belsen und zur KZ-Gedenkstätte Neuengamme ergänzen das Programm. Das Begegnungscafé wird vom Leiter des Amtes für Wiedergutmachung koordiniert.

Beitritt als Fördermitglied des Bertini-Preises und Mitgliedschaft in der Jury

Die Behörde ist seit dem Jahre 2011 festes Fördermitglied des BERTINI-Preises, der nach dem autobiografischen Roman von Ralph Giordano „Die Bertinis“ benannt ist. Die einmal jährlich am 27. Januar - dem internationalen Holocaustgedenktag - verliehenen Preise im Gesamtwert von 10.000 Euro werden an junge Menschen vergeben, die sich für ein solidarisches Zusammenleben in Hamburg engagieren.

Der BERTINI-Preis unterstützt Projekte, die gegen die Ausgrenzung von Menschen eintreten, fördert Vorhaben, die Erinnerungsarbeit leisten und die Spuren vergangener Unmenschlichkeit in der Gegenwart sichtbar machen. Er würdigt junge Menschen, die ungeachtet der persönlichen Folgen couragiert eingegriffen haben, um Unrecht, Ausgrenzung und Gewalt von Menschen gegen Menschen in Hamburg zu verhindern.

Der Leiter des Referates Soziale Entschädigungen ist Mitglied in der Jury des BERTINI-Preises und vertritt die Behörde auf der Mitgliederversammlung aller BERTINI-Preis-Förderer.

Weitere Themen / Gremienbeteiligung

Bund-Länder-Besprechung zum Lastenausgleich in Bad Homburg

Der Leiter des Landesausgleichsamtes Hamburg nimmt regelmäßig teil an der einmal jährlich stattfindenden Bund-Länder-Besprechung zum Themengebiet „Lastenausgleich“ mit dem Bundesausgleichsamt, dem Bundesministerium der Finanzen und den Leitern der Landesausgleichsamter der (alten) Bundesländer. Die Tagungen finden am Dienstsitz des Bundesausgleichsamtes in Bad Homburg statt.

Bund-Länder-Besprechung zum Bundesentschädigungsgesetz in Kiel

Der Leiter des Amtes für Wiedergutmachung vertritt die Hamburger Entschädigungsbehörde auf der jährlichen Konferenz von Bund und Ländern zum Themenbereich der NS-Verfolgung,

bei der u.a. regelmäßig auch das Bundesministerium der Finanzen, das Bundesverwaltungsamt und das Auswärtige Amt vertreten sind. Die Tagung des Jahres 2012 fand in Kiel statt.

Grundsatztagungen zum Sozialen Entschädigungsrecht

Das Versorgungsamt war auch im Jahre 2012 durch den Leiter des Referates an den Grundsatztagungen und Arbeitskreisen zum Sozialen Entschädigungsrecht vertreten, die in Köln (Frühjahrstagung) sowie in Osnabrück (Herbsttagung) stattfanden; es waren umfangreiche Tagesordnungen mit etwa jeweils 25 angemeldeten Fachthemen zu besprechen, vorwiegend zur Änderung des BVG, strukturellen Veränderungsplänen zum SVG sowie Neuerungen und Weiterentwicklungen zum OEG.

Feststellungen nach dem Schwerbehindertenrecht

Auf Antrag eines behinderten Menschen ermittelt das Referat Feststellungen nach dem Schwerbehindertenrecht den medizinischen Sachverhalt, holt eine ärztliche Stellungnahme ein und erteilt einen Bescheid über das Vorliegen einer Behinderung, die Höhe des Grades der Behinderung (GdB) sowie über das Vorliegen gesundheitlicher Merkmale. Beträgt der GdB wenigstens 50, wird ein Schwerbehindertenausweis ausgestellt. Der Ausweis dient zur Inanspruchnahme von Rechten und Nachteilsausgleichen beim Arbeitgeber, bei Behörden, in öffentlichen Verkehrsmitteln und sonstigen Einrichtungen. Kommt es zu einer Verschlechterung oder zu einer Besserung des Gesundheitszustandes, wird auf Antrag des behinderten Menschen oder von Amts wegen wiederum der medizinische Sachverhalt ermittelt und eine der aktuellen Situation angepasste Feststellung getroffen.

	2010	2011	2012
Behinderte Menschen gesamt	243.111	246.307	247.229
davon schwerbehinderte Menschen	150.555	151.902	151.386

Antragsaufkommen und durchschnittliche Bearbeitungsdauer

	2010	2011	2012
Eingänge Erstanträge	14.780	14.628	14.195
Eingänge Änderungsanträge (ohne Verfahren von Amts wegen)	16.543	16.310	15.986
Eingänge gesamt	31.323	30.938	30.181
monatliche Erledigungsquote (Fälle)	2.900	2.500	2.350
durchschnittliche Bearbeitungsdauer (in Monaten)	4,14	4,12	4,21

Bei einer gleichbleibenden Einwohnerzahl in Hamburg von ca. 1,75 Mio. belegen die obigen Zahlen, dass jeder 7. Hamburger behindert und jeder 12. schwerbehindert ist.

Neugestaltung der Schwerbehindertenausweise

Durch die Dritte Verordnung zur Änderung der Schwerbehindertenausweisverordnung vom 07.06.2012 wurde den Ländern die Möglichkeit eröffnet, den Schwerbehindertenausweis als Plastikkarte auszustellen. Die Umstellung muss spätestens bis zum 01.01.2015 bundesweit abgeschlossen sein. Ziel des Versorgungsamtes Hamburg ist es, die neuen Schwerbehindertenausweise im zweiten Halbjahr 2013 einzuführen.

Erhöhung der Eigenanteile für Beiblätter zum Schwerbehindertenausweis

Mit dem Gesetz zur Änderung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch vom 05.12.2012 wurden die Eigenanteile für die Beiblätter mit Wertmarke mit Wirkung vom 01.01.2013 von 60 auf 72 Euro (1 Jahr Gültigkeit) bzw. von 30 auf 36 Euro (1/2 Jahr Gültigkeit) angehoben. Zur rechtzeitigen Umsetzung wurden bereits Ende 2012 die Zahlungsvordrucke, Dokumente mit entsprechenden Textbausteinen und Fachanwendungen angepasst.

Erweiterung des Fachverfahrens Schweb.NET / Infothek

Unser Ziel war es, Arbeitsunterlagen wie Abteilungs- und Referatsanordnungen, Urteile, Protokolle, Schulungsunterlagen, Anwenderhandbücher, sonstige Bearbeitungshinweise, Statistiken und vieles mehr geordnet und strukturiert elektronisch abzulegen und somit den „grauen“ und andere Sammelordner abzulösen. Dieses ist mit der Infothek gelungen, die im Rahmen des Fachverfahrens Schweb.NET jetzt allen Nutzerinnen und Nutzern referatsübergreifend zur Verfügung steht.

Der Zugriff auf zentral gepflegte und laufend aktualisierte Wissensbestände auf elektronischem Wege hat diverse Vorteile. So wird beispielsweise der Überblick über vorhandenes Wissen erleichtert und Zeit beim Auffinden von Dokumenten eingespart, da diese „just in time“ zur Verfügung stehen.

Das Verfahren dient der Qualitätssicherung, bietet Transparenz und formale Chancengleichheit und bindet Kolleginnen und Kollegen mit Telearbeitsplätzen besser ein. Und schließlich geht das Wissen beim Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht „verloren“

Die Infothek enthält diverse Sammelordner zu den unterschiedlichsten Themen. Über die Suchfunktion werden alle Fundstellen zu dem jeweils eingegebenen Begriff angezeigt, und die entsprechenden Dokumente können anschließend aufgerufen werden. Bei der Suche innerhalb eines Dokuments wird der gewünschte Begriff markiert.

Über eine sogenannte „To-Do-Liste“ werden die Anwenderinnen und Anwender über aktuelle Einträge in der Infothek unterrichtet. Das Aufrufen eines neuen Eintrags gilt gleichzeitig als Lesebestätigung.

Die Infothek ist so anwenderfreundlich strukturiert, dass künftig eine Erweiterung auch um Materialien aus anderen Rechtsbereichen bei Bedarf möglich ist.

Ärztlicher Dienst

Der Ärztliche Dienst des Versorgungsamtes verfasst gutachterliche Stellungnahmen

- in Antragsverfahren nach dem Sozialen Entschädigungsrecht (SER) sowie nach dem Schwerbehindertenrecht (SchwbR) und zwar sowohl nach Aktenlage als auch nach Untersuchung
- für Widerspruchs- und sozialgerichtliche Streitverfahren
- bei Anträgen auf Gewährung von Badekuren
- für die Bearbeitung von Erstattungsansprüchen gegenüber anderen Sozialleistungsträgern
- in Amtshilfe für andere Versorgungsverwaltungen.

Im Bereich des SER sind bei der Bewertung Fragen der Kausalität zu beantworten, im SchwbR werden die Feststellungen, zum Beispiel über den Grad der Behinderung und die gesundheitlichen Merkmale (Merkzeichen), unabhängig von der Ursache getroffen.

Gutachter

Im Auftrag des Ärztlichen Dienstes des Versorgungsamtes arbeiten zurzeit 55 vertraglich gebundene externe Sachverständige.

Zum einen sind nicht alle medizinischen Fachrichtungen vertreten, zum anderen ist eine Einschaltung externer Gutachter wegen der großen Arbeitsmenge erforderlich.

Zurzeit stehen dem Ärztlichen Dienst neben der Leitung elf interne Vollzeit- und zwei Teilzeitkräfte zur Verfügung. Ziel ist es, noch weitere Außengutachter zu akquirieren. In der Regel werden die Gutachter etwa ein halbes Jahr im Erstfeststellungsverfahren betreut und angeleitet, anschließend erfolgt eine entsprechende Schulung im Neufeststellungsverfahren.

Im Berichtszeitraum haben regelmäßig gemeinsame Schulungen der Außengutachter, sowohl fachlich als auch im Gutachterverfahren Schweb.WEB stattgefunden.

Aufgabenvolumen (interne und externe Gutachter)

	2010	2011	2012
Stellungnahmen SER			
➤ nach Aktenlage	391	365	410
➤ nach Untersuchungen	316	250	267
Stellungnahmen SchwbR			
➤ nach Aktenlage	43.173	42.203	41.007
➤ nach Untersuchungen	1.584	1.741	1.443

Umsetzung der 4. und 5. Verordnung zur Änderung der Versorgungsmedizin-Verordnung

Die 4. Verordnung zur Änderung der Versorgungsmedizin-Verordnung wurde am 28.10.2011 erlassen und trat am 05.11.2011 in Kraft. Sie betrifft im Funktionsbereich ‚Nervensystem und Psyche‘ die Bewertung von „Verhaltens- und emotionalen Störungen mit Beginn in der Kindheit und Jugend“. Außerdem ist der Bereich „Blut, blutbildende Organe, Immunsystem“ unter der Unterkapitelüberschrift „Myeloproliferative und myelodysplastische/myeloproliferative Neoplasien“ neu gefasst.

Die 5. Verordnung zur Änderung der Versorgungsmedizin-Verordnung vom 11.12.2012 trat am 17.10.2012 in Kraft. Sie bewirkt im Bereich „Blut, blutbildende Organe, Immunsystem“ unter der Unterkapitelüberschrift „Akute Leukämien“ eine veränderte Bewertung.

Die Änderungen tragen neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen Rechnung und weisen eine differenzierte Bewertung der Krankheitsbilder und ihrer Auswirkung im Alltag aus.

Fortbildungsmaßnahmen

Um dem hohen Qualitätsanspruch gerecht zu werden, nehmen die Ärztinnen und Ärzte regelmäßig an medizinischen Fortbildungen teil:

- 11. Tag der Arbeitsmedizin in Hamburg am 9.6.2012
- Jubiläumskongress „100 Jahre Deutsche Sportmedizin“ vom 4.- 6.10.2012 in Berlin
- 6. Hamburger Gesundheitstag „Hamburg steht für Hygiene“ am 10.10.2012
- Diabetes-Fortbildung im UKE Hamburg am 22.02.2012

Aktivitäten der leitenden Ärztin

- Fortlaufende Teilnahme am Projekt des Versorgungsamtes „Trauma-Ambulanzen“
- Leitung des 5-tägigen Curriculums „Grundlagen der Ärztlichen Begutachtung“ in der Fortbildungsakademie der Ärztekammer Hamburg
- Fortlaufende Prüfungen „Sozialmedizin“ beim Weiterbildungsausschuss der Ärztekammer Hamburg
- Mitglied des beratenden Ausschusses nach § 11 Sozialgerichtsgesetz (fortlaufend)

Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten

Zu den Aufgaben des Referats für Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten des Versorgungsamtes zählen:

- Durchführung der Widerspruchs- und Sozialgerichtsverfahren auf den Gebieten des Sozialen Entschädigungsrechtes (Bundesversorgungsgesetz und Anwendungsgesetze, insbesondere Opferentschädigungsgesetz) und des Schwerbehindertenrechtes.
- Durchführung der Widerspruchs- und Verwaltungsgerichtsverfahren auf den Gebieten des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes (BVFG, Aufnahme- und Anerkennungsverfahren), des Häftlingshilfegesetzes (HHG) und des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) einschließlich der Opferrente.
- Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen auf den Gebieten des Opferentschädigungsgesetzes (OEG) und der anderen Anwendungsgesetze, sowohl außergerichtlich als auch vor den Zivilgerichten.
- Durchführung der Grundsatzaufgaben des Versorgungsamtes sowie Beratung der anderen Referate in rechtlichen Fragen.

Aufgabenvolumen

	2010	2011	2012
Widersprüche			
SER	112	104	100
SchwBR	6.746	6.684	6.613
Klagen			
SER	40	40	43
SchwBR	630	720	690
Berufungen			
SER	8	7	12
SchwBR	30	25	22
Nichtzulassungsbeschwerden und Revisionen			
SER	2	3	0
SchwBR	2	1	1

Einnahmen aus übergegangenen Schadenersatzansprüchen:

2010	2011	2012
142.911 €	150.787 €	152.690 €

Statistischer Anhang 2012

Soziale Entschädigung

Anerkannte Versorgungsberechtigte im In- u. Ausland nach Gesetzen, dem Grad der Schädigungsfolgen u. nach Personenkreisen (Zahlfälle)	3
Versorgungsberechtigte im Ausland (ohne Polen und Rußland)	4
Versorgungsberechtigte im Inland und im Ausland nach Geburtsjahrgängen (BVG, HHG, SVG, ZDG, OEG, IfSG, StrRehaG, PRHH)	5
Gesamtzahl der Zahlfälle u. reinen Forderungsfälle (Aktenfälle) in den Rentenabschnitten	6
Antragserledigung (Erstanträge) BVG, SVG, ZDG, HHG, IfSG, OEG, StrRehaG, VwRehaG	7
Bestand an anerkannten Beschädigten (Gesamtübersicht aller Bundesländer)	8-10
Bestand an anerkannten Versorgungsberechtigten (Gesamtübersicht aller Bundesländer)	11-15
OEG - Jahresstatistik 1 - Eingänge u. Erledigungen von Erstanträgen, Bestand	16
OEG - Jahresstatistik 2 - Struktur, Veränderungen	17
OEG - Statistik - Antragserledigungen, Rentenbewilligungen u. rentenberechtigte Opfer	18
Entwicklung der Zahlen der Versorgungsberechtigten	19

Heil- und Krankenbehandlung

Anträge und andere Arbeitsvorgänge der Heil- und Krankenbehandlung (außer Kuranträgen)	20
Statistik - Badekuren	21
Statistik des Versehrtenports in Hamburg	22

Orthopädische Versorgungsstelle

Statistik der Versorgung von Kriegsopfern und gleichgestellten Personen innerhalb u. außerhalb des Bundesgebietes	23
Gesamtzahl der orthopädisch Versorgten u. Benutzer bzw. Träger bestimmter Hilfsmittel	23
Im Berichtszeitraum bewilligte Erst- u. Ersatzbeschaffungen von Hilfsmitteln und bewilligte Ersatzleistungen	24

Widerspruchs- und Gerichtsverfahren

Statistik der Sozialgerichtsbarkeit - Vorverfahren Soziales Entschädigungsrecht u. Schwerbehindertenangelegenheiten (einschl. der Fälle der Abhilfe durch das Fachreferat)	25
Eingang u. Erledigung von Widersprüchen u. Klagen (nur Widersprüche des Referates Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten)	26
Eingang u. Erledigung von Berufungen u. Regressverfahren; Vernehmungersuchen, Gerichts- u. ÖRA-Termine	27

Statistischer Anhang 2012

Vorverfahren - Soziales Entschädigungsrecht und Schwerbehindertenangelegenheiten (nur Widersprüche, an deren Erledigung das Referat Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten beteiligt war)	28
Klagen - Soziales Entschädigungsrecht u. Schwerbehindertenangelegenheiten	29
Fremde Berufungen - Soziales Entschädigungsrecht u. Schwerbehindertenangelegenheiten	30
Eigene Berufungen - Soziales Entschädigungsrecht u. Schwerbehindertenangelegenheiten	31
Fremde Revisionen - Soziales Entschädigungsrecht u. Schwerbehindertenangelegenheiten	32
Eigene Revisionen - Soziales Entschädigungsrecht u. Schwerbehindertenangelegenheiten	33
Ärztlicher Dienst	
Medizinische Begutachtungsfälle beim Ärztlichen Dienst (BVG u. Anwendungsgesetze sowie Schwerbehindertenrecht)	34
Schwerbehindertenrecht (SGB IX)	
Antragsentwicklung SchwbR (Erstanträge, Folgeanträge und von Amts wegen eingeleitete Verfahren)	35
Ausgegebene Wertmarken für die unentgeltliche Beförderung	36
Anerkannte Behinderte (GdB 20 - 100), davon Schwerbehinderte (GdB 50 - 100)	37
Behinderte nach Grad der Behinderung	38
Anträge nach dem Schwerbehindertenrecht	39
Bestands- u. Arbeitsstatistik	40
Bestandsstatistik (Gesamtübersicht aller Bundesländer)	41-42
Arbeitsstatistik (Gesamtübersicht aller Bundesländer)	43-44
Spätaussiedler und Wiedergutmachung	
Antragsentwicklung des Sachgebietes Spätaussiedler und Wiedergutmachung	45
Öffentlich untergebrachte Spätaussiedler nach dem Bundesvertriebenengesetz	46
Verwaltung	
Gesetzliche Ausgaben des Versorgungsamtes	47
OEG - Statistik - Ausgaben (Geld u. Sachleistungen) u. Einnahmen aus Regress	48
Abkürzungsverzeichnis	49

Anerkannte Versorgungsberechtigte im In- u. Ausland nach Gesetzen, dem Grad der Schädigungsfolgen u. nach Personenkreisen (Zahlfälle)

Gesetz	BVG		BVG-TV		BVFg		SVG		HHG		ZDG		OEG		IfSG		StrRehaG		VwRehaG		PRHH		insgesamt		Zu-/Abnahme		
	Jan 12	Jan 13	Jan 12	Jan 13	Jan 12	Jan 13	Jan 12	Jan 13	Jan 12	Jan 13	Jan 12	Jan 13															
Beschädigte																											
GdS 30 v.H.	846	730	0	0	441	429	150	151	15	16	0	0	191	207	5	5	0	0	0	0	0	0	0	0	1.657	1.547	-110
GdS 40 v.H.	292	247	0	0	0	0	28	27	3	3	1	1	61	68	3	3	0	0	0	0	0	0	0	0	391	353	-38
GdS 50 v.H.	383	329	0	0	0	0	15	14	4	2	1	1	44	42	2	2	1	1	1	1	0	0	0	0	452	392	-60
GdS 60 v.H.	129	105	0	0	0	0	7	7	4	4	0	0	24	24	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	167	142	-25
GdS 70 v.H.	157	135	0	0	0	0	10	11	2	2	0	0	14	15	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	185	165	-20
GdS 80 v.H.	108	87	0	0	0	0	4	4	1	1	0	0	5	4	8	8	0	0	0	0	0	0	0	0	126	104	-22
GdS 90 v.H.	39	37	0	0	0	0	6	6	0	0	0	0	6	7	6	6	0	0	0	0	0	0	0	0	57	56	-1
GdS 100 v.H.	90	81	0	0	0	0	15	15	0	0	1	1	24	23	18	18	0	0	0	0	0	0	0	0	148	138	-10
zusammen	2.044	1.751	0	0	441	429	235	235	29	28	3	3	369	390	50	50	11	10	1	1	0	0	0	0	3.183	2.897	-286

Hinterbliebene

Witwen	1901	1614	0	0	0	0	35	35	8	8	0	0	47	48	2	2	0	0	0	0	1	1	0	0	1.994	1.708	-286
Waisen	97	90	0	0	0	0	2	0	2	2	0	0	74	68	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	176	161	-15
Eltern	2	2	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	8	8	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	13	10	-3
zusammen	2.000	1.706	3	0	0	0	37	35	10	10	0	0	129	124	2	2	0	0	0	0	2	2	0	0	2.183	1.879	-304
insgesamt	4.044	3.457	3	0	441	429	272	270	39	38	3	3	498	514	52	52	11	10	1	1	2	2	0	0	5.366	4.776	-590

Zu-/Abnahme	-587	-3	-12	-2	-1	0	16	0	-1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-590
--------------------	------	----	-----	----	----	---	----	---	----	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	------

Versorgungsberechtigte im Ausland

(ohne Polen)

EDV-Bestand Januar 2013

Aufenthaltsland mit Länderschlüssel	Beschädigte	Witwen	Waisen	Eltern	Gesamt
Algerien 221					0
Australien 523	108	45			153
Großbritannien 168	78	39	2		119
Hongkong 495	1				1
Indonesien 437		1			1
Irland 135	4	3			7
Israel 441	1	3			4
Japan 442	1				1
Jordanien 445	1				1
Kamputschea 446	1				1
Malaysia 482	1	1			2
Malta 145	1				1
Marokko 252		1			1
Mauritius 253		1			1
Namibia 267	10	4			14
Neuseeland 536	5	4			9
Philippinen 462	2	4			6
Rep. Korea 467		1			1
Rep. Südafrika 263	20	4	1		25
Seychellen 271	1				1
Thailand 476	13	6			19
Türkei 163	6	2		2	10
Volksrep. China 479	2				2
Zaire 246	1				1
Gesamt 24 Länder	257	119	3	2	381

Vorjahr 2011	273	132	4	2	411
---------------------	------------	------------	----------	----------	------------

Versorgungsberechtigte im Inland und im Ausland mit laufenden Versorgungsbezügen (BVG, HHG, SVG, ZDG, OEG, IfSG, StrRehaG, PRHH) n. Geburtsjahrgängen

Stand: Januar 2013

Geburtsjahr	Anzahl	Lebensalter	Geburtsjahr	Anzahl	Lebensalter
Bis 1912	56	100 u. älter = 1,17%	1965	20	110 38 - 47 = 2,30%
1913 - 1914	75	98 - 99 = 1,57%	1966	14	
1915 - 1919	467	93 - 97 = 9,78%	1967	13	
1920 - 1924	1.356	88 - 92 = 28,39%	1968	11	
			1969	14	
			1970	13	
			1971	8	
			1972	6	
			1973	3	
			1974	8	
1925	306	1.330 78 - 87 = 27,85%	1975	15	75 28 - 37 = 1,57%
1926	286		1976	5	
1927	202		1977	11	
1928	131		1978	7	
1929	101		1979	9	
1930	66		1980	9	
1931	61		1981	6	
1932	57		1982	4	
1933	49		1983	1	
1934	71		1984	8	
1935	58	581 68 - 77 = 12,16%	1985	8	76 18 - 27 = 1,59%
1936	54		1986	11	
1937	74		1987	7	
1938	56		1988	8	
1939	52		1989	10	
1940	66		1990	9	
1941	68		1991	6	
1942	45		1992	6	
1943	58		1993	7	
1944	50		1994	4	
1945	41	338 58 - 67 = 7,08%	1995	13	50 8 - 17 = 1,05%
1946	37		1996	5	
1947	28		1997	6	
1948	33		1998	12	
1949	38		1999	3	
1950	29		2000	5	
1951	39		2001	0	
1952	32		2002	1	
1953	31		2003	4	
1954	30		2004	1	
1955	24	259 48 - 57 = 5,42%	2005	1	3 1 - 7 = 0,06%
1956	22		2006	1	
1957	24		2007	0	
1958	27		2008	0	
1959	28		2009	0	
1960	24		2010	1	
1961	17		2011	0	
1962	32		2012	0	
1963	27				
1964	34				
			gesamt	4.776	

Gesamtzahl der Zahlfälle und reinen Forderungsfälle (Aktenfälle) in den Rentenabschnitten

Stand:		Jan. 2012			Stand:		Jan. 2013		
Abschnitt	Gesetz	Zahlfälle	reine Ford.- fälle	Aktenfälle	Abschnitt	Gesetz	Zahlfälle	reine Ford.- fälle	Aktenfälle
Inland:					Inland:				
FS 5311	SVG	123	0	123	FS 5311	SVG	119	1	120
	HHG	16	0	16		HHG	15	0	15
	ZDG	1	0	1		ZDG	1	0	1
	IfSG	32	0	32		IfSG	31	0	31
	PRHH	1	1	2		PRHH	1	1	2
	StrRehaG	9	0	9		StrRehaG	8	0	8
	VwRehaG	1	0	1		VwRehaG	1	0	1
FS 5312	OEG	477	21	498	FS 5312	OEG	333	11	344
	SVG	120	0	120		SVG	117	0	117
	HHG	19	0	19		HHG	19	0	19
	IfSG	20	0	20		IfSG	21	0	21
	StrRehaG	2	0	2		StrRehaG	2	0	2
	OEG				OEG	166	4	170	
Sondergesetze:		821	22	843	Sondergesetze:		834	17	851
FS 5321	BVG	3.630	38	3.668	FS 5321	BVG	3.070	45	3.115
FS 5322	BVFG	435	6	441	FS 5322	BVFG	429	0	429
Gesamt BVG:		4.065	44	4.109	Gesamt BVG:		3.499	45	3.544
Gesamt:		4.886	66	4.952	Gesamt:		4.333	62	4.395
Ausland:					Ausland:				
FS 5312	SVG	29	0	29	FS 5312	SVG	33	0	33
	HHG	4	0	4		HHG	4	0	4
	ZDG	2	0	2		ZDG	2	0	2
Sondergesetze:		35	0	35	Sondergesetze:		39	0	39
FS 5321	BVG	367	9	376	FS 5321	BVG	325	17	342
	BVG-TV	1	2	3		BVG-TV	0	0	0
Gesamt BVG:		368	11	379	Gesamt BVG:		325	17	342
Gesamt:		403	11	414	Gesamt:		364	17	381
FS 53 ges.		5.289	77	5.366	FS 53 ges.		4.697	79	4.776

Abnahme der BVG-Aktenfälle Inlandsversorgung :

2001: - 1405 = 9,0%
 2002: - 1246 = 8,8%
 2003: - 1276 = 9,8%
 2004: - 1191 = 10,2%
 2005: - 1165 = 11,1%
 2006: - 996 = 10,7%
 2007: - 1046 = 12,6%
 2008: - 568 = 7,8%
 2009: - 672 = 10,0%
 2010: - 725 = 12,0%
 2011: - 579 = 10,9%
 2012: - 633 = 13,3%
 2013: - 565 = 13,8%

Auslandsversorgung :

2001: - 96 = 7,6%
 2002: - 91 = 7,9%
 2003: - 84 = 7,9%
 2004: - 75 = 7,6%
 2005: - 98 = 10,8%
 2006: - 83 = 10,3%
 2007: - 69 = 9,5%
 2008: - 72 = 11,0%
 2009: - 56 = 9,6%
 2010: - 60 = 11,4%
 2011: - 51 = 10,9%
 2012: - 38 = 9,1%
 2013: - 37 = 9,8%

Antragserledigung (Erstanträge)

BVG, SVG, ZDG, HHG, IfSG, OEG, StrRehaG, VwRehaG

Berichtszeitraum: Jan. - Dez. 2012

Gesetzliche Grundlage Personenkreis	Anträge im Vorjahr (2011)	Unerledigte Versorgungs- anträge zu Beginn des Berichtszeit- raumes	Im Berichts- zeitraum ein- gereichte Versorgungs- anträge	Spalte 1 und 2 zusammen	durch Bewilligung von laufenden Ver- sorgungsbezügen	Im Berichtszeitraum erledigte Versorgungsanträge durch nur Anerkennung einer Schädigungsfolge bzw. vorüberg. Gesundheitsst.	durch Ablehnung	durch Erledigung aus sonstigen Gründen	insgesamt (Sp. 4 - 7)	Unerledigte Versorgungs- anträge am Ende des Berichtszeit- raumes
Bundesversorgungsgesetz (BVG)										
Beschädigte	5	5	4	9	0	0	2	2	4	5
Witwen (Witwer)	32	13	35	48	27	0	3	2	32	16
Waisen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Elternteile / Elternpaare	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zusammen	37	18	39	57	27	0	5	4	36	21
Soldatenversorgungsgesetz (SVG)										
Beschädigte	40	34	44	78	0	10	14	14	38	40
Witwen (Witwer)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Waisen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Elternteile / Elternpaare	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zusammen	40	34	44	78	0	10	14	14	38	40
Zivildienstgesetz (ZDG)										
Beschädigte	2	1	0	1	0	1	0	0	1	0
Häftlingshilfegesetz (HHG)										
Beschädigte	2	1	0	1	0	0	1	0	1	0
Witwen (Witwer)	0	0	1	1	0	0	1	0	1	0
Waisen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Elternteile / Elternpaare	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zusammen	2	1	1	2	0	0	2	0	2	0
Infektionsschutzgesetz (IfSG)										
Beschädigte	3	4	4	8	0	0	7	0	7	1
Opferentschädigungsgesetz (OEG)										
Beschädigte	518	525	562	1087	33	146	254	65	498	589
Witwen (Witwer)	1	9	4	13	1	0	2	0	3	10
Waisen	1	22	5	27	3	0	0	0	3	24
Elternteile / Elternpaare	1	12	4	16	1	0	1	0	2	14
Zusammen	521	568	575	1.143	38	146	257	65	506	637
Strafrechtl. Reha-Gesetz (StrRehaG)										
Beschädigte	0	0	1	1	0	0	0	0	0	1
VwRehaG										
Beschädigte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Soziales Entschädigungsrecht insges.	605	626	664	1.290	65	157	285	83	590	700

Bestand an anerkannten Beschädigten

(Gesamtübersicht aller Bundesländer)

hier: Beschädigte nach GdS einschl. VB im Ausland

Stand: 31.12.2011

1		2					3				
Land		BVG					SVG				
		2 a	2 b	2 c	2 d	2 e	3 a	3 b	3 c	3 d	3 e
		GdS 25 - 40	% 2 a v. 2 e	GdS 50 - 100	% 2 c v. 2 e	Gesamt	GdS 25 - 40	% 3 a v. 3 e	GdS 50 - 100	% 3 c v. 3 e	Gesamt
1	Baden-Württemberg	7.771	52,3	7.082	47,7	14.853	1.344	72,7	504	27,3	1.848
2	Bayern	8.846	55,5	7.091	44,5	15.937	2.145	74,5	733	25,5	2.878
3	Berlin	1.375	52,2	1.261	47,8	2.636	94	66,7	47	33,3	141
4	Brandenburg	1.445	56,6	1.110	43,4	2.555	62	78,5	17	21,5	79
5	Bremen	953	61,0	610	39,0	1.563	33	48,5	35	51,5	68
6	Hamburg	1.138	55,7	906	44,3	2.044	178	75,7	57	24,3	235
7	Hessen	3.794	52,6	3.413	47,4	7.207	668	66,7	334	33,3	1.002
8	Mecklenburg-Vorp.	980	56,2	764	43,8	1.744	49	64,5	27	35,5	76
9	Niedersachsen	5.288	53,9	4.516	46,1	9.804	1.425	73,3	520	26,7	1.945
10	Nordrhein-Westfalen	10.685	54,5	8.918	45,5	19.603	1.900	70,7	788	29,3	2.688
11	Rheinland-Pfalz	2.957	53,6	2.560	46,4	5.517	736	71,9	287	28,1	1.023
12	Saarland	824	57,7	605	42,3	1.429	210	78,1	59	21,9	269
13	Sachsen	2.853	60,0	1.900	40,0	4.753	68	68,0	32	32,0	100
14	Sachsen-Anhalt	1.407	57,0	1.062	43,0	2.469	46	82,1	10	17,9	56
15	Schleswig-Holstein	1.466	48,5	1.556	51,5	3.022	543	68,2	253	31,8	796
16	Thüringen	1.431	56,0	1.123	44,0	2.554	52	68,4	24	31,6	76
Gesamt		53.213	54,5	44.477	45,5	97.690	9.553	71,9	3.727	28,1	13.280

		4					5				
Land		ZDG					HHG				
		4 a	4 b	4 c	4 d	4 e	5 a	5 b	5 c	5 d	5 e
		GdS 25 - 40	% 4 a v. 4 e	GdS 50 - 100	% 4 c v. 4 e	Gesamt	GdS 25 - 40	% 5 a v. 5 e	GdS 50 - 100	% 5 c v. 5 e	Gesamt
1	Baden-Württemberg	33	60,0	22	40,0	55	137	62,6	82	37,4	219
2	Bayern	30	69,8	13	30,2	43	131	74,0	46	26,0	177
3	Berlin	2	100,0	0	0,0	2	133	60,7	86	39,3	219
4	Brandenburg	4	100,0	0	0,0	4	32	64,0	18	36,0	50
5	Bremen	1	50,0	1	50,0	2	7	58,3	5	41,7	12
6	Hamburg	1	33,3	2	66,7	3	18	62,1	11	37,9	29
7	Hessen	14	60,9	9	39,1	23	36	56,3	28	43,8	64
8	Mecklenburg-Vorp.	2	40,0	3	60,0	5	9	50,0	9	50,0	18
9	Niedersachsen	19	65,5	10	34,5	29	87	61,3	55	38,7	142
10	Nordrhein-Westfalen	29	61,7	18	38,3	47	91	66,9	45	33,1	136
11	Rheinland-Pfalz	3	60,0	2	40,0	5	24	64,9	13	35,1	37
12	Saarland	4	66,7	2	33,3	6	2	40,0	3	60,0	5
13	Sachsen	10	66,7	5	33,3	15	60	72,3	23	27,7	83
14	Sachsen-Anhalt	1	20,0	4	80,0	5	16	55,2	13	44,8	29
15	Schleswig-Holstein	6	85,7	1	14,3	7	14	53,8	12	46,2	26
16	Thüringen	5	83,3	1	16,7	6	32	60,4	21	39,6	53
Gesamt		164	63,8	93	36,2	257	829	63,8	470	36,2	1.299

Bestand an anerkannten Beschädigten

(Gesamtübersicht aller Bundesländer)

hier: Beschädigte nach GdS einschl. VB im Ausland

Stand: 31.12.2011

- Fortsetzung -

		6					7				
		OEG					IfSG				
Land		6 a	6 b	6 c	6 d	6 e	7 a	7 b	7 c	7 d	7 e
		GdS 25 - 40	% 6 a v. 6 e	GdS 50 - 100	% 6 c v. 6 e	Gesamt	GdS 25 - 40	% 7 a v. 7 e	GdS 50 - 100	% 7 c v. 7 e	Gesamt
1	Baden-Württemberg	1.180	69,5	519	30,5	1.699	49	11,4	381	88,6	430
2	Bayern	1.582	77,0	472	23,0	2.054	83	19,0	353	81,0	436
3	Berlin	935	72,1	361	27,9	1.296	19	15,4	104	84,6	123
4	Brandenburg	253	67,3	123	32,7	376	13	14,1	79	85,9	92
5	Bremen	150	74,3	52	25,7	202	2	14,3	12	85,7	14
6	Hamburg	252	68,3	117	31,7	369	12	24,0	38	76,0	50
7	Hessen	773	67,9	365	32,1	1.138	46	17,4	219	82,6	265
8	Mecklenburg-Vorp.	258	73,7	92	26,3	350	8	17,0	39	83,0	47
9	Niedersachsen	1.091	67,0	537	33,0	1.628	29	11,9	215	88,1	244
10	Nordrhein-Westfalen	2.707	69,0	1.217	31,0	3.924	65	13,3	424	86,7	489
11	Rheinland-Pfalz	503	70,3	213	29,7	716	15	9,7	139	90,3	154
12	Saarland	106	76,3	33	23,7	139	6	12,5	42	87,5	48
13	Sachsen	263	68,8	119	31,2	382	35	20,0	140	80,0	175
14	Sachsen-Anhalt	208	68,0	98	32,0	306	14	16,7	70	83,3	84
15	Schleswig-Holstein	252	66,1	129	33,9	381	24	17,4	114	82,6	138
16	Thüringen	220	70,7	91	29,3	311	12	11,5	92	88,5	104
	Gesamt	10.733	70,3	4.538	29,7	15.271	432	14,9	2.461	85,1	2.893

		8					9				
		StrRehaG					VwRehaG				
Land		8 a	8 b	8 c	8 d	8 e	9 a	9 b	9 c	9 d	9 e
		GdS 25 - 40	% 8 a v. 8 e	GdS 50 - 100	% 8 c v. 8 e	Gesamt	GdS 25 - 40	% 9 a v. 9 e	GdS 50 - 100	% 9 c v. 9 e	Gesamt
1	Baden-Württemberg	32	66,7	16	33,3	48	2	50,0	2	50,0	4
2	Bayern	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0
3	Berlin	154	71,3	62	28,7	216	14	58,3	10	41,7	24
4	Brandenburg	47	74,6	16	25,4	63	9	75,0	3	25,0	12
5	Bremen	0	0,0	0	0,0	0	1	0,0	0	0,0	1
6	Hamburg	8	72,7	3	27,3	11	0	0,0	1	100,0	1
7	Hessen	22	73,3	8	26,7	30	3	75,0	1	25,0	4
8	Mecklenburg-Vorp.	46	74,2	16	25,8	62	9	90,0	1	10,0	10
9	Niedersachsen	22	73,3	8	26,7	30	6	66,7	3	33,3	9
10	Nordrhein-Westfalen	31	67,4	15	32,6	46	5	83,3	1	16,7	6
11	Rheinland-Pfalz	6	50,0	6	50,0	12	1	50,0	1	50,0	2
12	Saarland	0	0,0	0	0,0	0	0	0,0	0	0,0	0
13	Sachsen	104	74,3	36	25,7	140	8	80,0	2	20,0	10
14	Sachsen-Anhalt	39	88,6	5	11,4	44	2	100,0	0	0,0	2
15	Schleswig-Holstein	11	73,3	4	26,7	15	0	0,0	2	100,0	2
16	Thüringen	143	72,6	54	27,4	197	11	55,0	9	45,0	20
	Gesamt	665	72,8	249	27,2	914	71	66,4	36	33,6	107

Bestand an anerkannten Beschädigten (Gesamtübersicht aller Bundesländer)

hier: Beschädigte nach GdS einschl. VB im Ausland

Stand: 31.12.2011

- Fortsetzung -

		10				
		Gesamt				
		(nach allen Gesetzen, auch den in Sp. 2 -9 nicht aufgeführten) 1)				
Land		10 a	10 b	10 c	10 d	10 e
		GdS 25 - 40	% 10 a v. 10 e	GdS 50 - 100	% 10 c v. 10 e	Gesamt
1	Baden-Württemberg	10.548	55,1	8.608	44,9	19.156
2	Bayern	12.817	59,5	8.710	40,5	21.527
3	Berlin	2.761	58,6	1.948	41,4	4.709
4	Brandenburg	2.041	59,6	1.381	40,4	3.422
5	Bremen	1.204	62,7	715	37,3	1.919
6	Hamburg	1.607	58,6	1.135	41,4	2.742 ²⁾
7	Hessen	5.356	55,0	4.377	45,0	9.733
8	Mecklenburg-Vorp.	1.467	59,7	991	40,3	2.458
9	Niedersachsen	7.967	57,6	5.866	42,4	13.833
10	Nordrhein-Westfalen	15.513	57,6	11.426	42,4	26.939
11	Rheinland-Pfalz	4.246	56,9	3.220	43,1	7.466
12	Saarland	1.155	60,8	744	39,2	1.899
13	Sachsen	3.717	62,0	2.278	38,0	5.995
14	Sachsen-Anhalt	1.838	59,2	1.265	40,8	3.103
15	Schleswig-Holstein	2.849	57,9	2.071	42,1	4.920
16	Thüringen	1.970	58,0	1.426	42,0	3.396
Gesamt		77.056	57,8	56.161	42,2	133.217

1) z.B. UBG, Polizeirenter, Ehrensoldgesetz

2) Gegenüber Seite 3 differiert die Gesamtzahl um 441 Vorgänge, da die Vorgänge aus dem Bereich BVFG hier nicht mit erfasst sind.

Bestand an anerkannten Versorgungsberechtigten

(Gesamtübersicht aller Bundesländer)

hier: Versorgungsempfänger nach Empfängergruppen mit VB im Ausland

Stand: 31.12.2011

1		2								
Land		B V G								
		2 a	2 b	2 c	2 d	2 e	2 f	2 g	2 h	2 i
		Beschädigte	% 2 a v. 2 i	Witwen	% 2 c v. 2 i	Waisen	% 2 e v. 2 i	Eltern	% 2 g v. 2 i	Gesamt
1	Baden-Württemberg	14.853	47,0	15.762	49,9	985	3,1	18	0,1	31.618
2	Bayern	15.938	43,3	19.632	53,3	1.230	3,3	14	0,0	36.814
3	Berlin	2.636	42,9	3.385	55,1	117	1,9	1	0,0	6.139
4	Brandenburg	2.558	42,7	3.366	56,2	64	1,1	0	0,0	5.988
5	Bremen	1.563	54,5	1.260	43,9	43	1,5	1	0,0	2.867
6	Hamburg	2.044	50,5	1.901	47,0	97	2,4	5	0,1	4.047
7	Hessen	7.207	44,0	8.715	53,1	475	2,9	1	0,0	16.398
8	Mecklenburg-Vorp.	1.744	43,0	2.286	56,3	27	0,7	0	0,0	4.057
9	Niedersachsen	9.804	43,8	11.866	53,0	728	3,3	0	0,0	22.398
10	Nordrhein-Westfalen	19.603	45,7	21.711	50,7	1.528	3,6	10	0,0	42.852
11	Rheinland-Pfalz	5.517	43,9	6.681	53,2	355	2,8	1	0,0	12.554
12	Saarland	1.429	48,2	1.450	48,9	86	2,9	2	0,1	2.967
13	Sachsen	4.753	31,7	10.077	67,3	153	1,0	1	0,0	14.984
14	Sachsen-Anhalt	2.469	38,2	3.926	60,8	67	1,0	0	0,0	6.462
15	Schleswig-Holstein	3.022	40,3	4.190	55,9	276	3,7	4	0,1	7.492
16	Thüringen	2.554	40,6	3.688	58,7	40	0,6	1	0,0	6.283
	Gesamt	97.694	43,6	119.896	53,5	6.271	2,8	59	0,0	223.920

		3								
Land		S V G								
		3 a	3 b	3 c	3 d	3 e	3 f	3 g	3 h	3 i
		Beschädigte	% 3 a v. 3 i	Witwen	% 3 c v. 3 i	Waisen	% 3 e v. 3 i	Eltern	% 3 g v. 3 i	Gesamt
1	Baden-Württemberg	1.848	88,5	195	9,3	38	1,8	7	0,3	2.088
2	Bayern	2.885	83,9	463	13,5	71	2,1	18	0,5	3.437
3	Berlin	141	91,0	9	5,8	5	3,2	0	0,0	155
4	Brandenburg	79	84,9	7	7,5	5	5,4	2	2,2	93
5	Bremen	125	83,9	23	15,4	0	0,0	1	0,7	149
6	Hamburg	235	86,4	35	12,9	2	0,7	0	0,0	272
7	Hessen	1.002	85,1	149	12,7	24	2,0	2	0,2	1.177
8	Mecklenburg-Vorp.	76	82,6	9	9,8	6	6,5	1	1,1	92
9	Niedersachsen	1.945	82,4	360	15,3	43	1,8	12	0,5	2.360
10	Nordrhein-Westfalen	2.688	86,8	331	10,7	67	2,2	9	0,3	3.095
11	Rheinland-Pfalz	1.023	86,7	123	10,4	27	2,3	7	0,6	1.180
12	Saarland	269	91,2	23	7,8	3	1,0	0	0,0	295
13	Sachsen	100	88,5	7	6,2	5	4,4	1	0,9	113
14	Sachsen-Anhalt	56	83,6	6	9,0	5	7,5	0	0,0	67
15	Schleswig-Holstein	796	78,7	189	18,7	21	2,1	5	0,5	1.011
16	Thüringen	76	87,4	3	3,4	8	9,2	0	0,0	87
	Gesamt	13.344	85,2	1.932	12,3	330	2,1	65	0,4	15.671

Bestand an anerkannten Versorgungsberechtigten (Gesamtübersicht aller Bundesländer)

hier: Versorgungsempfänger nach Empfängergruppen mit VB im Ausland

Stand: 31.12.2011

- Fortsetzung -

1		4								
Land		H H G								
		4 a	4 b	4 c	4 d	4 e	4 f	4 g	4 h	4 i
		Beschädigte	% 4 a v. 4 i	Witwen	% 4 c v. 4 i	Waisen	% 4 e v. 4 i	Eltern	% 4 g v. 4 i	Gesamt
1	Baden-Württemberg	219	73,0	75	25,0	6	2,0	0	0,0	300
2	Bayern	177	84,7	30	14,4	2	1,0	0	0,0	209
3	Berlin	219	84,6	36	13,9	4	1,5	0	0,0	259
4	Brandenburg	50	75,8	16	24,2	0	0,0	0	0,0	66
5	Bremen	12	70,6	5	29,4	0	0,0	0	0,0	17
6	Hamburg	29	74,4	8	20,5	2	5,1	0	0,0	39
7	Hessen	64	78,0	17	20,7	1	1,2	0	0,0	82
8	Mecklenburg-Vorp.	18	81,8	4	18,2	0	0,0	0	0,0	22
9	Niedersachsen	142	80,2	34	19,2	1	0,6	0	0,0	177
10	Nordrhein-Westfalen	136	71,2	51	26,7	4	2,1	0	0,0	191
11	Rheinland-Pfalz	37	75,5	12	24,5	0	0,0	0	0,0	49
12	Saarland	5	45,5	6	54,5	0	0,0	0	0,0	11
13	Sachsen	83	66,4	42	33,6	0	0,0	0	0,0	125
14	Sachsen-Anhalt	29	69,0	13	31,0	0	0,0	0	0,0	42
15	Schleswig-Holstein	26	70,3	11	29,7	0	0,0	0	0,0	37
16	Thüringen	53	80,3	13	19,7	0	0,0	0	0,0	66
Gesamt		1.299	76,8	373	22,0	20	1,2	0	0,0	1.692

		5								
Land		Z D G								
		5 a	5 b	5 c	5 d	5 e	5 f	5 g	5 h	5 i
		Beschädigte	% 5 a v. 5 i	Witwen	% 5 c v. 5 i	Waisen	% 5 e v. 5 i	Eltern	% 5 g v. 5 i	Gesamt
1	Baden-Württemberg	55	98,2	1	1,8	0	0,0	0	0,0	56
2	Bayern	43	95,6	1	2,2	1	2,2	0	0,0	45
3	Berlin	2	50,0	1	25,0	1	25,0	0	0,0	4
4	Brandenburg	4	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	4
5	Bremen	2	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	2
6	Hamburg	3	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	3
7	Hessen	23	95,8	1	4,2	0	0,0	0	0,0	24
8	Mecklenburg-Vorp.	5	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	5
9	Niedersachsen	29	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	29
10	Nordrhein-Westfalen	47	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	47
11	Rheinland-Pfalz	5	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	5
12	Saarland	6	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	6
13	Sachsen	15	88,2	0	0,0	2	11,8	0	0,0	17
14	Sachsen-Anhalt	5	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	5
15	Schleswig-Holstein	7	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	7
16	Thüringen	6	85,7	1	14,3	0	0,0	0	0,0	7
Gesamt		257	96,6	5	1,9	4	1,5	0	0,0	266

Bestand an anerkannten Versorgungsberechtigten

(Gesamtübersicht aller Bundesländer)

hier: Versorgungsempfänger nach Empfängergruppen mit VB im Ausland

Stand: 31.12.2011

- Fortsetzung -

1		2								
Land		O E G								
		6 a	6 b	6 c	6 d	6 e	6 f	6 g	6 h	6 i
		Beschädigte	% 6 a v. 6 i	Witwen	% 6 c v. 6 i	Waisen	% 6 e v. 6 i	Eltern	% 6 g v. 6 i	Gesamt
1	Baden-Württemberg	1.699	77,6	144	6,6	335	15,3	11	0,5	2.189
2	Bayern	2.057	81,0	181	7,1	288	11,3	13	0,5	2.539
3	Berlin	1.296	85,9	96	6,4	108	7,2	9	0,6	1.509
4	Brandenburg	376	83,9	35	7,8	36	8,0	1	0,2	448
5	Bremen	202	78,0	23	8,9	34	13,1	0	0,0	259
6	Hamburg	369	74,1	47	9,4	74	14,9	8	1,6	498
7	Hessen	1.138	75,4	123	8,1	237	15,7	12	0,8	1.510
8	Mecklenburg-Vorp.	350	85,0	17	4,1	42	10,2	3	0,7	412
9	Niedersachsen	1.628	80,4	140	6,9	246	12,2	10	0,5	2.024
10	Nordrhein-Westfalen	3.924	77,7	387	7,7	706	14,0	35	0,7	5.052
11	Rheinland-Pfalz	716	77,4	78	8,4	125	13,5	6	0,6	925
12	Saarland	139	72,8	23	12,0	27	14,1	2	1,0	191
6	Sachsen	382	78,0	39	8,0	69	14,1	0	0,0	490
14	Sachsen-Anhalt	306	76,9	32	8,0	57	14,3	3	0,8	398
15	Schleswig-Holstein	381	81,6	24	5,1	54	11,6	8	1,7	467
16	Thüringen	311	87,6	15	4,2	25	7,0	4	1,1	355
Gesamt		15.274	79,3	1.404	7,3	2.463	12,8	125	0,6	19.266

		3								
Land		I f S G								
		7 a	7 b	7 c	7 d	7 e	7 f	7 g	7 h	7 i
		Beschädigte	% 7 a v. 7 i	Witwen	% 7 c v. 7 i	Waisen	% 7 e v. 7 i	Eltern	% 7 g v. 7 i	Gesamt
1	Baden-Württemberg	430	97,3	8	1,8	0	0,0	4	0,9	442
2	Bayern	436	96,0	9	2,0	0	0,0	9	2,0	454
3	Berlin	123	97,6	2	1,6	0	0,0	1	0,8	126
4	Brandenburg	92	93,9	2	2,0	0	0,0	4	4,1	98
5	Bremen	14	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	14
6	Hamburg	50	96,2	2	3,8	0	0,0	0	0,0	52
7	Hessen	265	92,7	6	2,1	0	0,0	15	5,2	286
8	Mecklenburg-Vorp.	47	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	47
9	Niedersachsen	244	95,3	11	4,3	1	0,4	0	0,0	256
10	Nordrhein-Westfalen	489	97,0	10	2,0	1	0,2	4	0,8	504
11	Rheinland-Pfalz	154	96,9	4	2,5	0	0,0	1	0,6	159
12	Saarland	48	90,6	2	3,8	1	1,9	2	3,8	53
13	Sachsen	175	92,1	6	3,2	6	3,2	3	1,6	190
14	Sachsen-Anhalt	84	95,5	3	3,4	0	0,0	1	1,1	88
15	Schleswig-Holstein	138	97,9	2	1,4	0	0,0	1	0,7	141
16	Thüringen	104	99,0	1	1,0	0	0,0	0	0,0	105
Gesamt		2.893	96,0	68	2,3	9	0,3	45	1,5	3.015

Bestand an anerkannten Versorgungsberechtigten (Gesamtübersicht aller Bundesländer)

hier: Versorgungsempfänger nach Empfängergruppen mit VB im Ausland

Stand: 31.12.2011

- Fortsetzung -

1		8								
Land		StrRehaG								
		8 a	8 b	8 c	8 d	8 e	8 f	8 g	8 h	8 i
		Beschädigte	% 8 a v. 8 i	Witwen	% 8 c v. 8 i	Waisen	% 8 e v. 8 i	Eltern	% 8 g v. 8 i	Gesamt
1	Baden-Württemberg	48	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	48
2	Bayern	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
3	Berlin	216	99,5	1	0,5	0	0,0	0	0,0	217
4	Brandenburg	63	95,5	3	4,5	0	0,0	0	0,0	66
5	Bremen	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
6	Hamburg	11	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	11
7	Hessen	30	96,8	1	3,2	0	0,0	0	0,0	31
8	Mecklenburg-Vorp.	62	92,5	5	7,5	0	0,0	0	0,0	67
9	Niedersachsen	31	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	31
10	Nordrhein-Westfalen	46	95,8	1	2,1	1	2,1	0	0,0	48
11	Rheinland-Pfalz	12	92,3	1	7,7	0	0,0	0	0,0	13
12	Saarland	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
6	Sachsen	140	95,2	7	4,8	0	0,0	0	0,0	147
14	Sachsen-Anhalt	44	89,8	4	8,2	1	2,0	0	0,0	49
15	Schleswig-Holstein	15	0,0	1	0,0	0	0,0	0	0,0	16
16	Thüringen	197	98,5	3	1,5	0	0,0	0	0,0	200
	Gesamt	915	96,9	27	2,9	2	0,2	0	0,0	944

		9								
Land		VwRehaG								
		9 a	9 b	9 c	9 d	9 e	9 f	9 g	9 h	9 i
		Beschädigte	% 9 a v. 9 i	Witwen	% 9 c v. 9 i	Waisen	% 9 e v. 9 i	Eltern	% 9 g v. 9 i	Gesamt
1	Baden-Württemberg	4	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	4
2	Bayern	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
3	Berlin	24	96,0	1	4,0	0	0,0	0	0,0	25
4	Brandenburg	12	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	12
5	Bremen	1	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	1
6	Hamburg	1	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	1
7	Hessen	4	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	4
8	Mecklenburg-Vorp.	10	90,9	1	9,1	0	0,0	0	0,0	11
9	Niedersachsen	9	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	9
10	Nordrhein-Westfalen	6	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	6
11	Rheinland-Pfalz	2	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	2
12	Saarland	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0
13	Sachsen	10	90,9	1	9,1	0	0,0	0	0,0	11
14	Sachsen-Anhalt	2	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	2
15	Schleswig-Holstein	2	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	2
16	Thüringen	20	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	20
	Gesamt	107	97,3	3	2,7	0	0,0	0	0,0	110

Bestand an anerkannten Versorgungsberechtigten

(Gesamtübersicht aller Bundesländer)

hier: Versorgungsempfänger nach allen Gesetzen, auch den in Sp. 2 - 9 nicht aufgeführten Gesetzen 1)

Stand: 31.12.2011

- Fortsetzung -

Land	10									11	
										davon einkommensabh. Leistungen	
	10 a	10 b	10 c	10 d	10 e	10 f	10 g	10 h	10 i	11 a	11 b
	Beschädigte	% 10 a v. 10 i	Witwen	% 10 c v. 10 i	Waisen	% 10 e v. 10 i	Eltern	% 10 g v. 10 i	Gesamt	VB	% 11 a v. 11 i
1 Baden-Württemberg	19.156	52,1	16.185	44,0	1.364	3,7	40	0,1	36.745	n.e.	0,0
2 Bayern	21.538	49,5	20.316	0,0	1.592	0,0	54	0,0	43.500	13.013	29,9
3 Berlin	4.704	55,5	3.532	41,7	232	2,7	11	0,1	8.479	1.071	12,6
4 Brandenburg	3.422	49,1	3.433	49,3	104	1,5	7	0,1	6.966	2.756	39,6
5 Bremen	1.919	58,0	1.311	39,6	77	2,3	2	0,1	3.309	687	20,8
6 Hamburg	3.183	59,3	1.994	37,1	176	3,3	16	0,3	5.369	1.103	20,5
7 Hessen	9.733	49,9	9.013	46,2	737	3,8	30	0,2	19.513	6.803	34,9
8 Mecklenburg-Vorp.	2.458	50,6	2.323	47,8	76	1,6	4	0,1	4.861	879	18,1
9 Niedersachsen	13.833	50,7	12.412	45,5	1.019	3,7	22	0,1	27.286	8.602	31,5
10 Nordrhein-Westfalen	26.939	52,0	22.491	43,4	2.307	4,5	58	0,1	51.795	17.730	34,2
11 Rheinland-Pfalz	7.466	50,2	6.899	46,3	507	3,4	15	0,1	14.887	5.089	34,2
12 Saarland	1.899	0,0	1.507	0,0	117	0,0	7	0,0	3.530	976	27,6
13 Sachsen	5.995	36,5	10.182	62,0	235	1,4	5	0,0	16.417	1.919	11,7
14 Sachsen-Anhalt	3.103	43,0	3.984	55,2	130	1,8	4	0,1	7.221	2.473	34,2
15 Schleswig-Holstein	4.920	50,7	4.417	45,5	351	3,6	18	0,2	9.706	3.255	33,5
16 Thüringen	3.396	47,2	3.724	51,7	73	1,0	5	0,1	7.198	2.043	28,4
Gesamt	133.664	50,1	123.723	46,4	9.097	3,4	298	0,1	266.782	68.399	25,6

1) z.B. Polizeirentner, Ehrensoldgesetz, AntiDHG

OEG - Jahresstatistik 1 für 2012

Eingänge und Erledigungen von Erstanträgen, Bestand

Eingänge und Erledigungen

	Beschädigte	Witwen	Waisen	Eltern	gesamt	Prozente *)
1	525	9	22	12	568	
2	562	4	5	4	575	
3	498	3	3	2	506	
4	589	10	24	14	637	
Art der Erledigung						
5	65	0	0	0	65	12,85%
6	433	3	3	2	441	
7	179	1	3	1	184	41,72%
8	33	1	3	1	38	20,65%
9	100				100	54,35%
10	46				46	25,00%
11	147	2	0	1	150	34,01%
12	141	1	0	1	143	95,33%
13	6	1	0	0	7	4,67%
14	107	0	0	0	107	24,26%
insgesamt seit 16.05.1976						
					18.571	
					17.897	
					2.304	12,87%
					11.989	
					7.163	59,75%
					1.121	15,65%
					3.784	52,83%
					2.258	31,52%
					3.714	30,98%
					2.530	
					1.184	31,88%

*) Basis für Zeilen 7, 11 und 14 ist Zeile 6; Basis für Zeilen 8, 9 und 10 ist Zeile 7; Basis für Zeilen 12 und 13 ist Zeile 11

**) gesonderte Erfassung erst ab 1998

OEG - Jahresstatistik 2 für 2012

Struktur und Veränderungen

Anerkennungen

	Vorsorgungsber. Vorjahr	Anerkennungen			Zugang	Vorsorgungsber. gesamt	Prozente *)
		Erstbescheid	Wegfall				
Beschädigte							
15 GdS unter 25	3.961	100	6	9	4.064	87,91%	
16 GdS 30	208	23	24	11	218	4,72%	
17 GdS 40	68	5	7	9	75	1,62%	
18 GdS 50	45	4	4	0	45	0,97%	
19 GdS 60	27	1	1	0	27	0,58%	
20 GdS 70	13	0	0	1	14	0,30%	
21 GdS 80	5	0	0	0	5	0,11%	
22 GdS 90	7	0	0	0	7	0,15%	
23 erwerbsunfähig	26	0	0	0	26	0,56%	
24 Summe (16 - 23)	399	33	36	21	417	9,02%	
Hinterbliebene							
25 Witwenrente	38	1	0	0	39	0,84%	
26 Witwerrente	10	0	0	0	10	0,22%	
27 Halbwaisenrente	73	2	7	2	70	1,51%	
28 Vollwaisenrente	14	0	0	0	14	0,30%	
29 Elternteilrente	7	1	0	0	8	0,17%	
30 Elternpaarrente	1	0	0	0	1	0,02%	
31 Summe(25 - 30)	143	4	7	2	142	3,07%	
32 Anerkennungen Gesamt (15+24+31)	4.503	137	49	32	4.623		
33 Rentenbewilligungen. (32 ohne 15)	542	37	43	23	559	12,09%	

insgesamt seit 16.05.1976	Prozente *)
4.023	76,02%
661	12,49%
115	2,17%
99	1,87%
41	0,77%
17	0,32%
15	0,28%
3	0,06%
41	0,77%
992	18,75%

OEG-Statistik

Antragserledigungen, Rentenbewilligungen u. rentenberechtigte Opfer

1. Antragseingänge und Erledigungen in den Jahren 1994 - 2012

	Eingang	mtl. Durchschnitt	Erledigung	mtl. Durchschnitt	Endbestand
1994	658	55	599	50	433
1995	626	52	607	51	452
1996	658	55	642	54	468
1997	701	58	657	55	512
1998	581	48	661	55	432
1999	606	51	559	47	479
2000	645	54	573	48	551
2001	644	54	624	52	571
2002	628	52	642	54	557
2003	597	50	626	52	528
2004	626	52	663	55	491
2005	732	61	652	54	571
2006	628	52	601	50	598
2007	559	47	606	51	551
2008	557	46	566	47	542
2009	600	50	585	49	557
2010	589	49	546	46	600
2011	521	43	553	46	568
2012	575	48	506	42	637

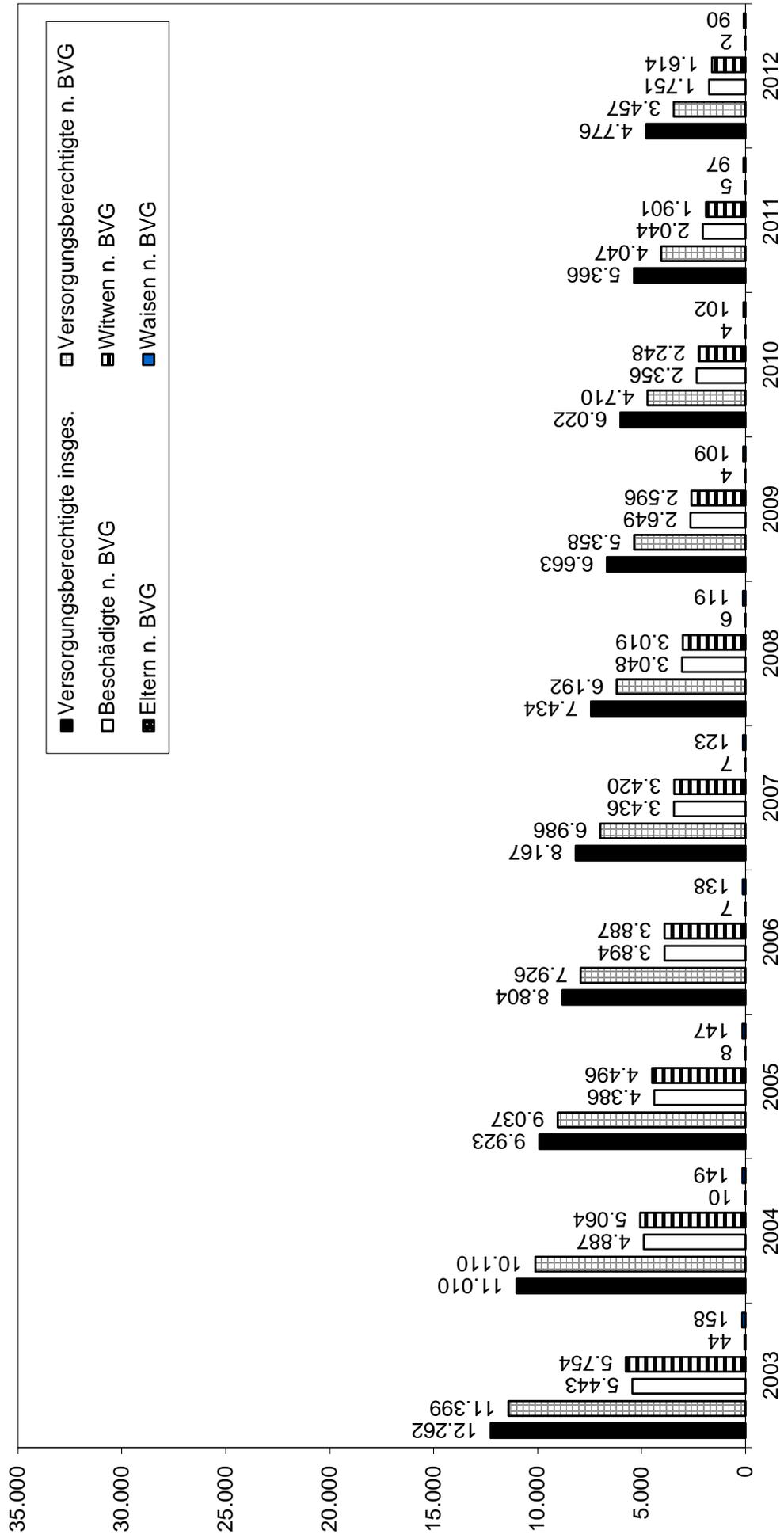
2. Erledigungen und Rentenbewilligungen 1994 - 2012

	Erledigungen	Beschädigte	Hinterbliebene	gesamt	Bewilligungs- quote
1994	599	16	4	20	3,3%
1995	607	12	5	17	2,8%
1996	642	13	22	35	5,5%
1997	657	16	20	36	5,5%
1998	661	24	24	48	7,3%
1999	559	20	5	25	4,5%
2000	573	21	8	29	5,1%
2001	624	27	15	42	6,7%
2002	642	28	11	39	6,1%
2003	626	22	8	30	4,8%
2004	663	31	11	42	6,3%
2005	652	23	10	33	5,1%
2006	601	27	9	36	6,0%
2007	606	17	7	24	4,0%
2008	566	20	10	30	5,3%
2009	585	29	6	35	6,0%
2010	546	18	3	21	3,8%
2011	553	30	2	32	5,8%
2012	506	33	5	38	7,5%

3. Rentenberechtigte Opfer

Stand	Beschädigte	Hinterbliebene	gesamt	Stand	Beschädigte	Hinterbliebene	gesamt
01. Jan 88	102	45	147	01. Jan 01	262	136	398
01. Jan 89	118	45	163	01. Jan 02	280	154	434
01. Jan 90	126	43	169	01. Jan 03	302	156	458
01. Jan 91	128	44	172	01. Jan 04	319	153	472
01. Jan 92	132	53	185	01. Jan 05	334	154	488
01. Jan 93	149	55	204	01. Jan 06	351	156	507
01. Jan 94	163	63	226	01. Jan 07	362	159	521
01. Jan 95	172	68	240	01. Jan 08	378	158	536
01. Jan 96	185	68	253	01. Jan 09	338	144	482
01. Jan 97	193	81	274	01. Jan 10	362	163	525
01. Jan 98	205	104	309	01. Jan 11	370	140	510
01. Jan 99	222	131	353	01. Jan 12	399	143	542
01. Jan 00	238	136	374	01. Jan 13	417	142	559

Entwicklung der Zahlen der Versorgungsberechtigten



Anträge und andere Arbeitsvorgänge der Heil- und Krankenbehandlung (außer Kuranträgen und Widersprüchen)

Zahl der Eingänge

	2011	2012				
1. Zahnersatz						
a) Sachleistung (§ 1o Abs. 1 u. 2 BVG)	203	181				
b) Zuschuss (§ 12 Abs. 2 u. § 18 Abs. 6 BVG)	209	135				
2. KZV-Abrechnungen (Sachleistungen Zahnersatz)	84	57				
3. Heilbehandlung nach § 18c Abs. 3 BVG 1)	38	41				
4. Schadensberichte (§§ 1o Abs. 7 u. 81a BVG)	24	38				
5. Erstattungsansprüche nach §§ 102 - 105 SGB 10						
a) anderer Leistungsträger	55	42				
b) gegen andere Leistungsträger	1	5				
6. Bescheinigung für Heil- u. Krankenbehandlung in Österreich	0	0				
7. Heil- u. Krankenbehandlung im Ausland						
a) wegen Schädigungsfolgen (§ 64a Abs. 1 BVG)	7	18				
b) Zuwendungen (§ 64a Abs. 2 BVG)	42	36				
8. Heil- u. Krankenbehandlung für Polizeirentner	0	0				
9. Vorprüfungen bei Versorgungskrankengeld (§§ 16 ff BVG) 2)						
a) Nichtselbständige	18	40				
b) Selbständige	0	1				
10. Kostenerstattung für selbst durchgeführte Heil- u. Krankenbehandlung						
a) vor Anerkennung (§ 18 Abs. 3 BVG) 5)	139	108				
b) nach Anerkennung (§ 18 Abs. 4 BVG) 5)	13	13				
11. Erstattungsansprüche (§ 18c Abs. 5 BVG)	187	134				
12. Heilbehandlung						
a) nach § 82 SVG 5)	32	37				
b) nach § 48 ZDG 4)	4	0				
13. Anträge auf sonstige Leistungen durch d. VA 3)	73	62				
14. Rentenversicherungsbeträge (§ 22 BVG)						
a) § 22 Abs. 1 BVG	16	19				
b) § 22 Abs. 2 BVG	0	1				
15. Meldungen zur Pflegeversicherung (Stand: Dez.12) (Zahl d. n. § 21 Nr. 1 SGB XI pflegevers. Personen)	Strehag 0	BVG : 210	HHG : 1	SVG : 12	IfSG : 10	OEG : 26

1) Einschl. der Anträge auf medizinische Fußpflege.

2) Bei Zugeteilten; bei Kassenmitgliedern entfällt in der Regel eine Vorprüfung.

3) Bewegungstherapie, Sprachtherapie, Beschäftigungstherapie, Belastungserprobung, Arbeitstherapie.

4) Durch die Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2010 ist der Zivildienst entfallen.

5) Die Daten für 2011 wurden gegenüber dem Bericht 2011 korrigiert.

Statistik- Badekuren 2012

Land	Beschädigte Stand Jan.13	Kuranträge		Von den beantragten Kuren		auf anderer Weise erl.		Durchgeführte Kuren		% von Sp.5 im eigenen Land	im Kurenausgl.	% von Sp.5
		(erl.)	% von Sp.2	(Sp.3) durchgef.	% von Sp.3	abgelehnt	% von Sp.3	9	10			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	13	14
Hamburg	2.897	29	1,0	17	58,6	11	37,9	1	3,4		*)	100,0

*) davon 0 Kuren aus Landesmitteln

Kuranträge	2011	2012
Unerledigte am 1.1.	23	16
Eingänge	21	22
Zusammen	44	38
Erledigt	28	29
Unerledigt am 31.12.	16	9

Anträge	2011	2012
Reisekosten	7	10

Statistik des Versehrtensports in Hamburg im Jahre 2012

		Vorjahr (2011)
1. Mitglieder der VersehrtenSportgemeinschaften	8.563	8.759
Zahl der Teilnehmer	8.563	8.759
Anspruchsberechtigte der Kriegsopferversorgung (Beschädigte) *	21	25
Anspruchsberechtigte der Unfallversicherung	49	52
Anspruchsberechtigte der Krankenversicherung	5.780	5.839
Sonstige Leistungsträger	125	72
Ohne Leistungsträger bzw. ohne Kostenzusage eines Leistungsträgers	2.588	2.771

3. Sportarten der Übungsgruppen

Sportarten	Zahl der Übungsgruppen
Gymnastik in Gruppen	583
Leichtathletik	3
Schwimmen / Wassergymnastik	181
Bewegungsspiele in Gruppen	19
Tischtennis	4
Badminton / Federball	3
Kegeln	5
Sonstige (u.a. Rudern, Ski usw.)	49

4. Übungsleiter

ausgebildet	in Ausbildung	zusätzlicher Gesamtbedarf
331	16	28

* Zur Deckung von Aufwendungen für die Durchführung von Versehrtenleibesübungen erhielt der Behindertensportverband Hamburg e.V. eine Pauschale in Höhe von 6.954,96 €

Statistik der Versorgung von Kriegsoptionen und gleichgestellten Personen innerhalb und auußerhalb des Bundesgebietes

Orthopädisch Versorgte (Stichtag: 31.12. 2012)

Tätigkeit der Orthopädischen Versorgungsstelle (Zeitraum: 1.Jan. bis 31.Dez. 2012)

A.		Vorjahr (2011)	B.		
Gestellte Anträge		4.145	Bearbeitungsfälle insgesamt		
		4.119	1. Anträge ges. Buchst. A einschl. Hausbesuche	4.144	
davon abgelehnte Anträge	72	114	2. Amtshilfe, ärztliche Beratungen, Verordnung u. Abnahme orth. Hilfsmittel	1	
			<u><u>4.145</u></u>		
Orthopädisch Versorgte					
Pos. Nr.	Erhebungsmerkmale		Beschädigte Angehörige, Pflegerpersonen, Hinterbliebene	gesamt	
5009	1	Gesamtzahl d. orthop. Versorgten	957	398	1.355
				Vorjahr	1.415
51		Orthopädisch versorgte Amputierte, Querschnittge- lähmte und Blinde			-4,24%
5100	2	Einseitig Oberschenkelamputierte	89	2	91
5101	3	Einseitig Unterschenkelamputierte	78	1	79
5110	5	Einseitig Oberarmamputierte	38	2	40
5111	6	Einseitig Unterarm- bzw. Handamputierte	33	1	34
5120	7	Doppelbeinamputierte	10	1	11
5131	12	Doppelarm- bzw. Doppelhandamputierte	3	0	3
5149	14	Andere Mehrfachamputierte	0	2	2
5173	24	Querschnittsgelähmte	2	3	5
5180	20	Blinde	13	0	13
52		Benutzer bzw. Träger bestimmter Hilfsmittel			
5210	25	Träger von Apparaten an den oberen Extremitäten	39	10	49
5211	26	Träger von Apparaten an den unteren Extremitäten	23	45	68
5212	27	Träger von Apparaten für den Rumpf	10	13	23
5229	28	Träger orthopädischen Maßschuhwerks	299	50	349
5239	30	Benutzer von Hörgeräten	114	65	179
5260	31	Benutzer handbetr. Rollstühle f. d. Strauengebrauch	43	38	81
5262	33	Benutzer handbetr. Rollstühle f. d. Hausgebrauch	24	19	43
5279	40	Benutzer von elektrisch betriebenen Rollstühlen	6	12	18
5280	34	Besitzer von mit Kostenzuschüssen beschafften Motorfahrzeugen	62	3	65

Orthopädische Versorgungsstelle

Pos. Nr.		Landesergebnis
56	Im Kalenderjahr bewilligte Hilfsmittel - Sachleistungen -	
5601	Beinprothesen	38
5610	Armprothesen	0
5615	Künstliche Augen	34
5617	Perücken	1
5620	Stützapparate für Extremitäten	2
5622	Stützapparate für den Rumpf	0
5640	Orthopädische Schuhe	49
5641	Spezialschuhe	8
5642	Orthopädische Schuhzurichtungen	3
5646	Schuhe für Beinamputierte	9
5647	Schuhe für Beinamputierte, Dreierausrüstung	1
5660	Handbetriebene Rollstühle	10
5670	Elektrisch betriebene Rollstühle	4
5672	Behindertengerechte Betten	2
5673	Hebegeräte zur Umlagerung	0
5677	Hörhilfen	11
5678	Kommunikationsgeräte für Schwersthörgeschädigte	0
5679	Kommunikationsgeräte für Blinde	0
5685	Behindertengerechte Sanitärausstattungen	0
5686	Haltegriffe und Handläufe	0
58	Im Kalenderjahr bewilligte Kostenübernahmen (K) und Zuschüsse (Z) - Ersatzleistungen -	
5803	Zusatzgeräte, automatische Getriebe und ähnliche Vorrichtungen in Motorfahrzeugen (K)	0
5804	Instandsetzungen von Zusatzgeräten, automatischen Getrieben und ähnlichen Vorrichtungen in Motorfahrzeugen (K)	0
5805	Sonstige Änderungen der Bedienungseinrichtungen in Motorfahrzeugen (K)	0
5806	Andere Änderungen an Motorfahrzeugen (K)	0
5809	Mieten zu Abstellmöglichkeiten für Motorfahrzeuge (Z)	17
5830	Beschaffung von Tonaufzeichnungsgeräten (Z)	1

Statistik der Sozialgerichtsbarkeit

(Vorverfahren Soziales Entschädigungsrecht u. Schwerbehindertenangelegenheiten - einschließlich der Fälle der Abhilfe durch das Fachreferat)

Kalenderjahr 2012

Schl. Nr.	Vorver- fahren insges.	davon gegen Verwaltungsakte nach		
		dem BVG	Anhang- gesetzen *)	dem SchwbR
	1	2	3	4
Bestand und Erledigung der Widersprüche - Gesamtüberblick				
	**)	**)	**)	**)
O100 Unerledigte Widersprüche zu Beginn des Berichtszeitraumes **)	2.678	10	164	2.504
O110 Im Berichtszeitraum erhobene Widersprüche (§§ 78, 83, u. 84 SGG)	6.198	19	101	6.078
	Vorjahr			
	6.260	22	112	6.126
O120 Im Berichtszeitraum erledigte Widersprüche	6.558	10	90	6.458
O190 Unerledigte Widersprüche am Ende des Berichtszeitraumes (O100 zuzüglich O110 abzüglich O120)	2.318	19	175	2.124
Erledigte Widersprüche im einzelnen				
Von den im Berichtszeitraum erledigten Widerspruchsverfahren (O120) wurden abgeschlossen				
O310 durch Widerspruchsbescheid	5.231	6	63	5.162
	Vorjahr			
	4.879	16	72	4.791
O311 durch Abhilfe (§ 85 Abs. 1 SGG)	1.138	3	7	1.128
O313 durch Zurücknahme	148	1	20	127
O314 auf sonstige Art	41	0	0	41
Von den erledigten Widerspruchsverfahren (0310) endeten				
O340 mit vollem Erfolg	0	0	0	0
O341 mit teilweisem Erfolg	1.345	0	3	1.342
O342 ohne Erfolg aus formal-rechtlichen Gründen	54	0	3	51
O343 ohne Erfolg aus materiell-rechtlichen Gründen	3.832	6	57	3.769
Zahl der Widerspruchsbescheide (O310)				
O360 die bindend geworden sind	4.161	4	28	4.129
O361 die mit Klageerhebung angefochten wurden	842	2	35	805
O362 deren Rechtsbehelfsfrist noch nicht abgelaufen ist	228	0	0	228

*) Anhangsgesetze sind Gesetze, die das BVG für anwendbar erklären.

***) Korrigierte Daten

Eingang und Erledigung von Widersprüchen und Klagen

(nur Widersprüche, an deren Erledigung das Referat für Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten beteiligt war)

Widersprüche							
2009							
Unerledigt am 1.1. 1.777	BVG	SchwBR	BVFG	BVG	SchwBR	BVFG	Unerledigt am 31.12 2.696
(Monatsdurchschnitt)	95	5.958	0	90	5.043	1	
BVG = einschl. Anwendungsgesetzen	(8)	(497)	(0)	(8)	(420)	(0)	
2010							
Unerledigt am 1.1. 2.696	BVG	SchwBR	BVFG	BVG	SchwBR	BVFG	Unerledigt am 31.12 2.875
(Monatsdurchschnitt)	97	6.941	0	112	6.746	1	
BVG = einschl. Anwendungsgesetzen	(8)	(578)	(0)	(9)	(562)	(0)	
2011							
Unerledigt am 1.1. 2.875	BVG	SchwBR	BVFG	BVG	SchwBR	BVFG	Unerledigt am 31.12 2.308
(Monatsdurchschnitt)	95	6.126	0	104	6.684	0	
BVG = einschl. Anwendungsgesetzen	(8)	(511)	(0)	(9)	(557)	(0)	
2012							
Unerledigt am 1.1. 2.308	BVG	SchwBR	BVFG	BVG	SchwBR	BVFG	Unerledigt am 31.12 1.754
(Monatsdurchschnitt)	76	6.078	5	100	6.613	*	
BVG = einschl. Anwendungsgesetzen	(6)	(507)	(0)	(8)	(551)		

* Aufgabe ist auf die bezirklichen Ausländerbehörden übergegangen.

Klagen gegen Widerspruchsbescheide u. sonstige Verfahren vor dem Sozialgericht/Verwaltungsgericht							
2009							
Unerledigt am 1.1. 993	BVG	SchwBR	BVFG	BVG	SchwBR	BVFG	Unerledigt am 31.12 936
(Monatsdurchschnitt)	41	593	0	76	614	1	
BVG = einschl. Anwendungsgesetzen	(3)	(49)	(0)	(6)	(51)	(0)	
2010							
Unerledigt am 1.1. 936	BVG	SchwBR	BVFG	BVG	SchwBR	BVFG	Unerledigt am 31.12 968
(Monatsdurchschnitt)	42	662	0	40	630	2	
BVG = einschl. Anwendungsgesetzen	(4)	(55)	(0)	(3)	(53)	(0)	
2011							
Unerledigt am 1.1. 968	BVG	SchwBR	BVFG	BVG	SchwBR	BVFG	Unerledigt am 31.12 922
(Monatsdurchschnitt)	30	684	0	40	720	0	
BVG = einschl. Anwendungsgesetzen	(3)	(57)	(0)	(3)	(60)	(0)	
2012							
Unerledigt am 1.1. 922	BVG	SchwBR	BVFG	BVG	SchwBR	BVFG	Unerledigt am 31.12 1.059
(Monatsdurchschnitt)	59	805	6	43	690	*	
BVG = einschl. Anwendungsgesetzen	(5)	(67)	(1)	(4)	(58)		

* Aufgabe ist auf die bezirklichen Ausländerbehörden übergegangen.

Eingang und Erledigung von Berufungen und Regressverfahren; Vernehmungersuchen, Gerichts- und ÖRA-Termine 2012

	Gesamtzahl	davon BVG	AnwG	SchwBR
1. Eigene Berufungen				
Bestand am Jahresanfang	6	0	4	2
Zugang	3	0	1	2
Erledigung	4	0	2	2
Bestand am Jahresende	5	0	3	2

2. Fremde Berufungen				
Bestand am Jahresanfang	58	6	23	29
Zugang	35	5	6	24
Erledigung	30	1	9	20
Bestand am Jahresende	63	10	20	33

3. Regressverfahren *)	
Bestand am Jahresanfang	1.687
Zugang	134
Erledigung	140
Bestand am Jahresende	1.681

4. Betragsmäßige Kostenfestsetzungen	
erstellte Auszahlungsbelege	387

5. Gerichts- u. ÖRA-Termine **)				
SGG-Verfahren:				
BSG	LSG	SG	VG	
0	9	63	46	118

Regressverfahren			
LG	AG	ÖRA	
0	8	0	8

*) Ein Regressverfahren zählt stat. auch dann als nur ein Verfahren, wenn Schadenersatzansprüche gegen mehrere Schädiger in Betracht kommen.

**) Erfasst wird die Zahl, der von einem Terminvertreter wahrgenommenen Sitzungen eines Senats, einer Kammer oder der ÖRA. Die Zahl der verhandelten Einzelfälle bleibt unberücksichtigt. Beim SG werden SER-u. SchwBR-Termine ggf. durch unterschiedliche Terminvertreter wahrgenommen.

Statistik des Referates für Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten

1. Vorverfahren - Soziales Entschädigungsrecht und Schwerbehindertenangelegenheiten (nur Widersprüche, an deren Erledigung das Referat beteiligt war) Erledigungen / Art der Erledigungen

	2011		2012		davon nach....							
	Insgesamt absolut	%	Insgesamt absolut	%	BVG absolut	%	AnWG absolut	%	VerwRS absolut	%	SchwBR absolut	%
1.1 Gesamtzahl der erledigten Widersprüche*	5.229	100,00	6.325	100,00	9	100,00	75	100,00	15	100,00	6.226	100,00
Davon (1.1) wurden erledigt	602	11,51	901	14,25	1	11,11	3	4,00	1	6,67	896	14,39
1.2 - durch volle Abhilfe (§ 85 I SGG)	150	2,87	129	2,04	0	0,00	2	2,67	0	0,00	127	2,04
1.3 - durch Rücknahme des Widerspruchs	4.438	84,87	5.252	83,04	8	88,89	70	93,33	12	80,00	5.162	82,91
1.4 - durch Widerspruchsbescheid	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
1.4.1 mit vollem Erfolg	1.208	23,10	1.345	21,26	0	0,00	3	4,00	0	0,00	1.342	21,55
1.4.2 mit teilw. Erfolg	47	0,90	54	0,85	0	0,00	3	4,00	0	0,00	51	0,82
1.4.3 ohne Erfolg wegen Unzulässigkeit	3.183	60,87	3.853	60,92	8	88,89	64	85,33	12	80,00	3.769	60,54
1.4.4 ohne Erfolg wegen Unbegründetheit	39	0,75	43	0,68	0	0,00	0	0,00	2	13,33	41	0,66
1.5 - auf sonstige Weise												
Von den erledigten Widersprüchen (1.1) hatten	1.810	34,61	2.246	35,51	1	11,11	6	8,00	1	6,67	2.238	35,95
1.6 - insgesamt vollen oder teilweisen Erfolg (1.2 + 1.4.1 + 1.4.2)	3.419	65,39	4.079	64,49	8	88,89	69	92,00	14	93,33	3.988	64,05
1.7 - insgesamt keinen Erfolg (1.3 + 1.4.3 + 1.4.4 + 1.5)												

* Gesamtzahl in 2011 wurde gegenüber dem Tätigkeitsbericht 2011 korrigiert.

Statistik des Referates für Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten

2. Klagen - Soziales Entschädigungsrecht und Schwerbehindertenangelegenheiten Erledigungen / Art der Erledigungen

	2011		2012		davon nach....							
	Insgesamt absolut	%	Insgesamt absolut	%	BVG absolut	%	AnwG absolut	%	VerwRS absolut	%	SchwBR absolut	%
2.1 Gesamtzahl der erledigten Klagen*	696	100,00	708	100,00	12	100,00	28	100,00	7	100,00	661	100,00
Davon (2.1) wurden erledigt												
2.2 - durch volles Anerkenntnis	76	10,92	91	12,85	0	0,00	2	7,14	3	42,86	86	13,01
2.3 - durch Teilerkenntnis / im übrigen Rücknahme	87	12,50	105	14,83	3	25,00	2	7,14	1	14,29	99	14,98
2.4 - durch Rücknahme der Klage	434	62,36	414	58,47	2	16,67	8	28,57	1	14,29	403	60,97
2.5 - durch Urteil	68	9,77	73	10,31	6	50,00	10	35,71	2	28,57	55	8,32
2.5.1 mit vollem Erfolg für Kläger	6	0,86	6	0,85	1	8,33	1	3,57	1	14,29	3	0,45
2.5.2 mit teilw. Erfolg für Kläger	4	0,57	2	0,28	0	0,00	0	0,00	0	0,00	2	0,30
2.5.3 ohne Erfolg, vorher Teilerkenntnis	3	0,43	3	0,42	0	0,00	0	0,00	0	0,00	3	0,45
2.5.4 ohne Erfolg wegen Unzulässigkeit	6	0,86	5	0,71	1	8,33	1	3,57	0	0,00	3	0,45
2.5.5 ohne Erfolg wegen Unbegründetheit	49	7,04	57	8,05	4	33,33	8	28,57	1	14,29	44	6,66
2.6 - auf sonstige Weise	31	4,45	25	3,53	1	8,33	6	21,43	0	0,00	18	2,72
Von den erledigten Klagen (2.1) hatten												
2.7 - insgesamt vollen oder teilweisen Erfolg (2.2 + 2.3 + 2.5.1 + 2.5.2 + 2.5.3)	176	25,29	207	29,24	4	33,33	5	17,86	5	71,43	193	29,20
2.8 - insgesamt keinen Erfolg (2.4 + 2.5.4 + 2.5.5 + 2.6)	520	74,71	501	70,76	8	66,67	23	82,14	2	28,57	468	70,80

* Gesamtzahl in 2011 wurde gegenüber dem Tätigkeitsbericht 2011 korrigiert.

Statistik des Referates für Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten

3. Fremde Berufungen - Soziales Entschädigungsrecht und Schwerbehindertenangelegenheiten Erledigungen / Art der Erledigungen

	2011		2012		davon nach....							
	Insgesamt absolut	%	Insgesamt absolut	%	BVG absolut	%	AnwG absolut	%	VerwRS absolut	%	SchwBR absolut	%
3.1 Gesamtzahl der erledigten fremden Berufungen	30	100,00	29	100,00	1	100,00	8	100,00	1	100,00	19	100,00
Davon (3.1) wurden erledigt												
3.2 - durch volles Anerkenntnis	1	3,33	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
3.3 - durch Teilanerkennnis / im übrigen Rücknahme	5	16,67	3	10,34	0	0,00	1	12,50	0	0,00	2	10,53
3.4 - durch Rücknahme der Berufung oder Klage	18	60,00	10	34,48	1	100,00	0	0,00	0	0,00	9	47,37
3.5 - durch Urteil	6	20,00	9	31,03	0	0,00	3	37,50	1	100,00	5	26,32
3.5.1 mit vollem Erfolg für Kläger	1	3,33	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
3.5.2 mit teilw. Erfolg für Kläger	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
3.5.3 ohne Erfolg, vorher Teilanerkennnis	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
3.5.4 ohne Erfolg wegen Unzulässigkeit	0	0,00	1	3,45	0	0,00	0	0,00	1	100,00	0	0,00
3.5.5 ohne Erfolg wegen Unbegründetheit	5	16,67	8	27,59	0	0,00	3	37,50	0	0,00	5	26,32
3.6 - auf sonstige Weise	0	0,00	7	24,14	0	0,00	4	50,00	0	0,00	3	15,79
Von den erledigten Widersprüchen (3.1) hatten	7	23,33	3	10,34	0	0,00	1	12,50	0	0,00	2	10,53
3.7 - insgesamt vollen oder teilweisen Erfolg (3.2 + 3.3 + 3.5.1 + 3.5.2 + 3.5.3)	23	76,67	26	89,66	1	100,00	7	87,50	1	100,00	17	89,47
3.8 - insgesamt keinen Erfolg (3.4 + 3.5.4 + 3.5.5 + 3.6)												

Statistik des Referates für Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten

4. Eigene Berufungen - Soziales Entschädigungsrecht und Schwerbehinderterangelegenheiten Erledigungen / Art der Erledigungen

	2011		2012		davon nach....							
	Insgesamt absolut	%	Insgesamt absolut	%	BVG absolut	%	AnwG absolut	%	VerwRS absolut	%	SchwBR absolut	%
4.1 Gesamtzahl der erledigten eigenen Berufungen	3	100,00	4	100,00	0	100,00	2	100,00	0	100,00	2	100,00
Davon (4.1) wurden erledigt												
4.2 - Vergleich	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
4.3 - durch Rücknahme der Eigenberufung	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
4.4 - durch Rücknahme der Klage	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
4.5 - durch Urteil	3	100,00	2	50,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	2	100,00
4.5.1 mit vollem Erfolg für Verwaltung	2	66,67	2	50,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	2	100,00
4.5.2 mit teilw. Erfolg für Verwaltung	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
4.5.3 ohne Erfolg, vorher Teilanerkenntnis	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
4.5.4 ohne Erfolg wegen Unzulässigkeit	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
4.5.5 ohne Erfolg wegen Unbegründetheit	1	33,33	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
4.6 - auf sonstige Weise	0	0,00	2	50,00	0	0,00	2	100,00	0	0,00	0	0,00
Von den erledigten Widersprüchen (4.1) hatten												
4.7 - insgesamt vollen oder teilweisen Erfolg (4.2 + 4.4 + 4.5.1 + 4.5.2 + 4.5.3)	2	66,67	2	50,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	2	100,00
4.8 - insgesamt keinen Erfolg (4.3 + 4.5.4 + 4.5.5 + 4.6)	1	33,33	2	50,00	0	0,00	2	100,00	0	0,00	0	0,00

Statistik des Referates für Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten

5. Fremde Revisionen - Soziales Entschädigungsrecht und Schwerbehindertenangelegenheiten Erledigungen / Art der Erledigungen

	2011		2012		davon nach....							
	Insgesamt absolut	%	Insgesamt absolut	%	BVG absolut	%	AnwG absolut	%	VerwRS absolut	%	SchwBR absolut	%
5.1 Gesamtzahl der erledigten fremden Revisionen	4	100,00	1	100,00	0	100,00	0	100,00	0	100,00	1	100,00
Davon (5.1) wurden erledigt												
5.2 - Durch volles Annerkennnis	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
5.3 - durch Teilerkennnis / im Übrigen Rücknahme	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
5.4 - durch Rücknahme der Revision	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
5.5 - durch Rücknahme der Klage	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
5.6 - durch Urteil	3	75,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
5.6.1 mit vollem Erfolg für Kläger	2	50,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
5.6.2 mit teilw. Erfolg für Kläger	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
5.6.3 Zurückweisung	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
5.6.4 ohne Erfolg / vorher Teilerkennnis	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
5.6.5 ohne Erfolg wegen Unzulässigkeit	1	25,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
5.6.6 ohne Erfolg wegen Unbegründetheit	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
5.7 - auf sonstige Weise	1	25,00	1	100,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	100,00
Von den erledigten Widersprüchen (5.1) hatten												
5.8 - insgesamt vollen oder teilweisen Erfolg für Kläger (5.2 + 5.3 + 5.6.1 + 5.6.2 + 5.6.3 + 5.6.4)	2	50,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
5.9 - insgesamt keinen Erfolg für Kläger (5.4 + 5.5 + 5.6.5 + 5.6.6 + 5.7)	2	50,00	1	100,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	1	100,00

Statistik des Referates für Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten

6. Eigene Revisionen - Soziales Entschädigungsrecht und Schwerbehindertenangelegenheiten Erledigungen / Art der Erledigungen

	2011		2012		davon nach....							
	Insgesamt		Insgesamt		BVG		AnwG		VerwRS		SchwBR	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
6.1 Gesamtzahl der erledigten eigenen Revisionen	0	100,00	0	100,00	0	100,00	0	100,00	0	100,00	0	100,00
Davon (6.1) wurden erledigt	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
6.2 - durch Vergleich	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
6.3 - durch Rücknahme der Revision	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
6.4 - durch Rücknahme der Klage	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
6.5 - durch Urteil	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
6.5.1 mit vollem Erfolg für Kläger	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
6.5.2 mit teilw. Erfolg für Kläger	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
6.5.3 Zurückweisung	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
6.5.4 ohne Erfolg / vorher Teilanerkenntnis	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
6.5.5 ohne Erfolg wegen Unzulässigkeit	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
6.5.6 ohne Erfolg wegen Unbegründetheit	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
6.6 - auf sonstige Weise	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Von den erledigten Widersprüchen (6.1) hatten	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
6.7 - insgesamt vollen oder teilweisen Erfolg für Kläger (6.2 + 6.4 + 6.5.1 + 6.5.2 + 6.5.3 + 6.5.4)	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
6.8 - insgesamt keinen Erfolg für Kläger (6.3 + 6.5.5 + 6.5.6 + 6.6)	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00

**Medizinische Begutachtungsfälle beim Ärztlichen Dienst
(BVG u. Anwendungsgesetze sowie Schwerbehindertenrecht)**

Begutachtungsfälle BVG etc.

Berichtsjahr	2011			2012		
	Versorgungsärzte	Fremdgutachter	gesamt	Versorgungsärzte	Fremdgutachter	gesamt
Bestand am Jahresanfang	56	0	56	40	0	40
Zugänge	443	216	659	473	256	729
Erledigungen	399	216	615	425	252	677
unbearbeitet:	60	0	60	35	0	35
teilbearbeitet:	0	0	0	0	0	0
Gesamt:	459	216	675	460	252	712
Bestand am Jahresende	40	0	40	53	4	57

Begutachtungsfälle SchwbR

Berichtsjahr	2011			2012		
	Versorgungsärzte	Fremdgutachter	gesamt	Versorgungsärzte	Fremdgutachter	gesamt
Bestand am Jahresanfang*	1.155	1.659	2.814	424	1.368	1.792
Zugänge	11.765	33.322	45.087	9.449	35.003	44.452
Erledigungen	11.639	32.305	43.944	8939	33511	42.450
unbearbeitet:	734	711	1.445	439	832	1.271
teilbearbeitet:	67	636	703	76	626	702
Gesamt:	12.440	33.652	46.092	9.454	34.969	44.423
Bestand am Jahresende	480	1.329	1.809	419	1.402	1.821

* Beim Bestand der Versorgungsärzte 2011 wurde die Anzahl in gegenüber dem Tätigkeitsbericht 2011 korrigiert.

Antragsentwicklung Schwerbehindertenrecht (SGB IX)

Erstanträge, Folgeanträge und von Amts wegen eingeleitete Verfahren

	Zugänge				Abgänge				Unerledigt am Jahresende				
	Erst- anträge	Folge- anträge	Erst- u. Folge- anträge	Verfahren von Amts wegen	Erst- und Folgeanträge u. Verfahren wegen	Erst- u. Folge- anträge	Verfahren von Amts wegen	Erst- und Folgeanträge u. Verfahren wegen	Erst- anträge	Folge- anträge	Erst- u. Folge- anträge	Verfahren von Amts wegen	Erst- und Folgeanträge u. Verfahren wegen
2003	13.479 (1.123)	14.823 (1.235)	28.302 (2.359)	s.Anm.	14.747 (1.229)	15.743 (1.312)	30.490 (2.541)	s.Anm.	5.260 ^{*)}	5.518 ^{*)}	10.778 ^{*)}	s.Anm.	s.Anm.
2004	14.323 (1.194)	17.859 (1.488)	32.182 (2.682)	s.Anm.	14.546 (1.212)	17.450 (1.454)	31.996 (2.666)	s.Anm.	5.037	5.927	10.964	s.Anm.	s.Anm.
2005	12.934 (1.078)	15.676 (1.306)	28.610 (2.384)	s.Anm.	13.692 (1.141)	16.172 (1.348)	29.864 (2.489)	s.Anm.	4.279	5.431	9.710	s.Anm.	s.Anm.
2006	13.417 (1.118)	16.360 (1.363)	29.777 (2.481)	s.Anm.	12.782 (1.065)	15.278 (1.273)	28.060 (2.338)	s.Anm.	4.914	6.513	11.427	s.Anm.	s.Anm.
2007	13.258 (1.105)	15.931 (1.328)	29.189 (2.432)	s.Anm.	13.444 (1.120)	15.564 (1.297)	29.008 (2.417)	s.Anm.	4.728	6.880	11.608	s.Anm.	s.Anm.
2008	15.625 (1.302)	18.388 (1.532)	34.013 (2.834)	s.Anm.	13.078 (1.090)	15.203 (1.267)	28.281 (2.357)	s.Anm.	7.275	10.065	17.340	s.Anm.	s.Anm.
2009	14.794 (1.233)	16.785 (1.399)	31.579 (2.632)	s.Anm.	14.523 (1.210)	16.301 (1.358)	30.824 (2.569)	s.Anm.	5.340	6.747	12.087	1.048	13.135
2010	14.780 (1.232)	16.543 (1.379)	31.323 (2.610)	2.367 (197)	16.137 (1.345)	18.625 (1.552)	34.762 (2.897)	2.111 (176)	3.983 ^{*)}	4.665 ^{*)}	8.648 ^{*)}	1.304	9.952
2011	14.628 (1.219)	16.310 (1.359)	30.938 (2.578)	3.844 (320)	14.406 (1.201)	15.598 (1.300)	30.004 (2.500)	3.390 (283)	4.205	5.377	9.582	1.758	11.340
2012	14.195 (1.183)	15.986 (1.332)	30.181 (2.515)	4.703 (392)	13.174 (1.098)	15.073 (1.256)	28.247 (2.354)	3.871 (323)	5.226	6.290	11.516	2.590	14.106

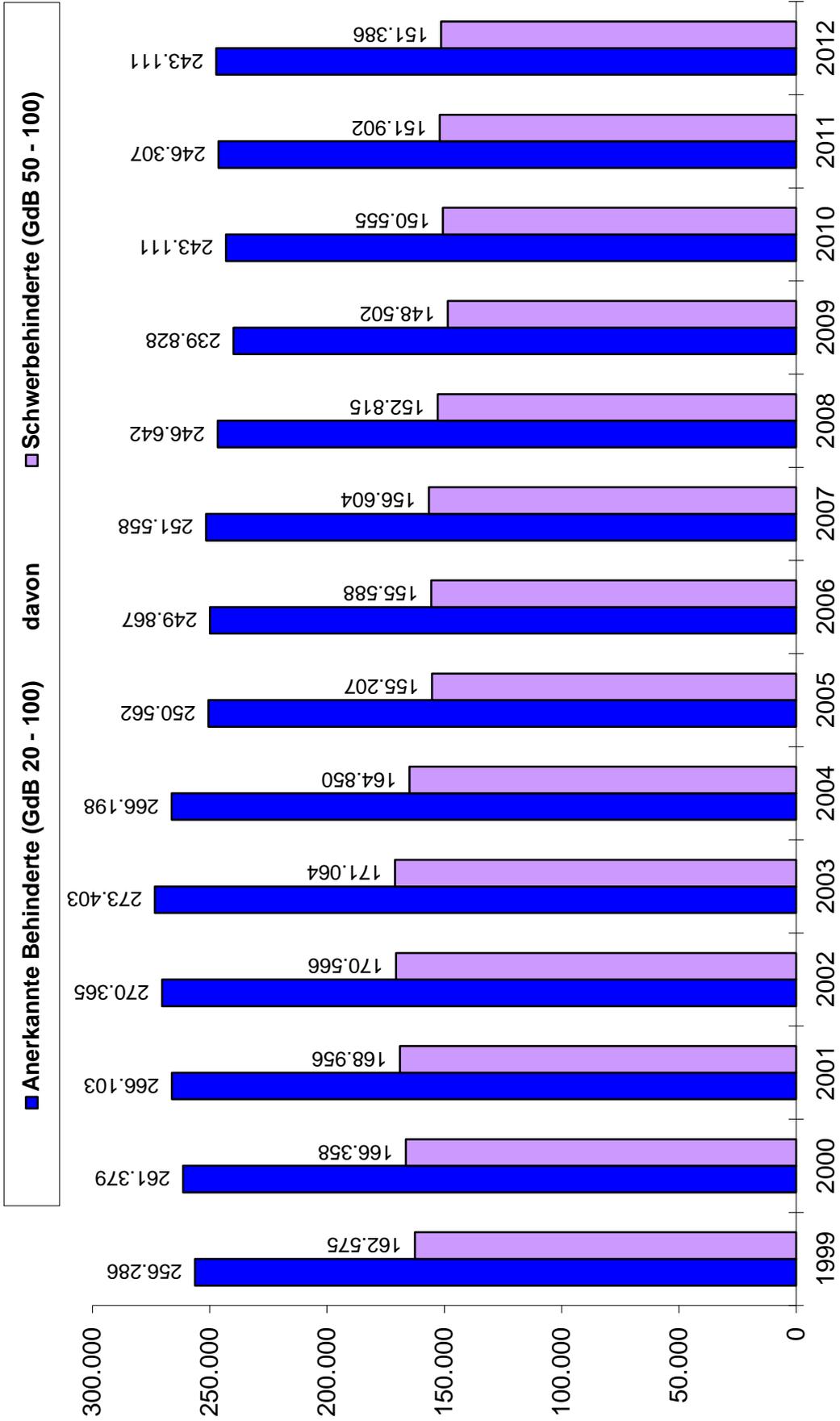
() = monat. Durchschnitt

Ann.: Aus technischen Gründen zur Zeit nicht zu ermitteln.

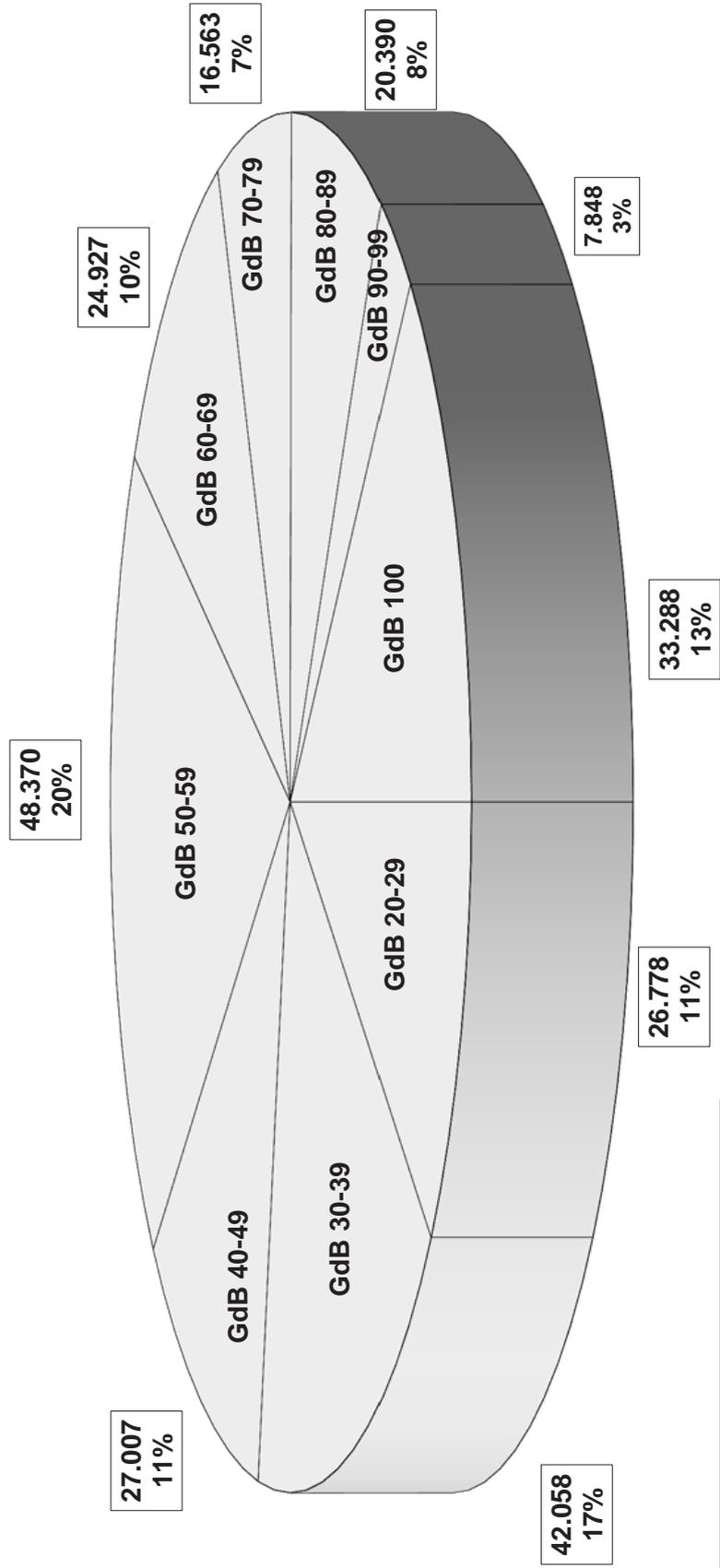
1) Die Zahlen der unerledigten Fälle wurden berichtigt bzw. ergänzt.
*) Die Zahlen wurden rechnerisch bereinigt.

Ausgegebene Wertmarken für die unentgeltliche Beförderung

	2011	2012	2011	2012	2011	2012
	halbjährlich		jährlich		gesamt	
1. Personenkreise:						
Behinderte i. S. d. SchwbR						
Personen i. S. d. dt. öster. Vertrages						
1.1 Entgeltliche Wertmarken						
1.1.1 Schwerbehinderte (ohne 1.1.2 - 1.1.4)	4.002	3.932	20.485	21.070	24.487	25.002
1.1.2 Kriegsbeschädigte	6	9	49	37	55	46
1.1.3 Versorgungsberechtigte	0	2	13	13	13	15
1.1.4 Entschädigungsberechtigte	0	0	1	1	1	1
	4.008	3.943	20.548	21.121	24.556	25.064
1.2 Unentgeltliche Wertmarken						
1.2.1 Schwerbehinderte (ohne 1.2.2 - 1.2.4)	-	-	17.541	17.464	17.541	17.464
1.2.2 Kriegsbeschädigte	-	-	498	421	498	421
1.2.3 Versorgungsberechtigte	-	-	29	30	29	30
1.2.4 Entschädigungsberechtigte	-	-	0	0	0	0
	-	-	18.068	17.915	18.068	17.915
1.1 + 1.2	4.008	3.943	38.616	39.036	42.624	42.979

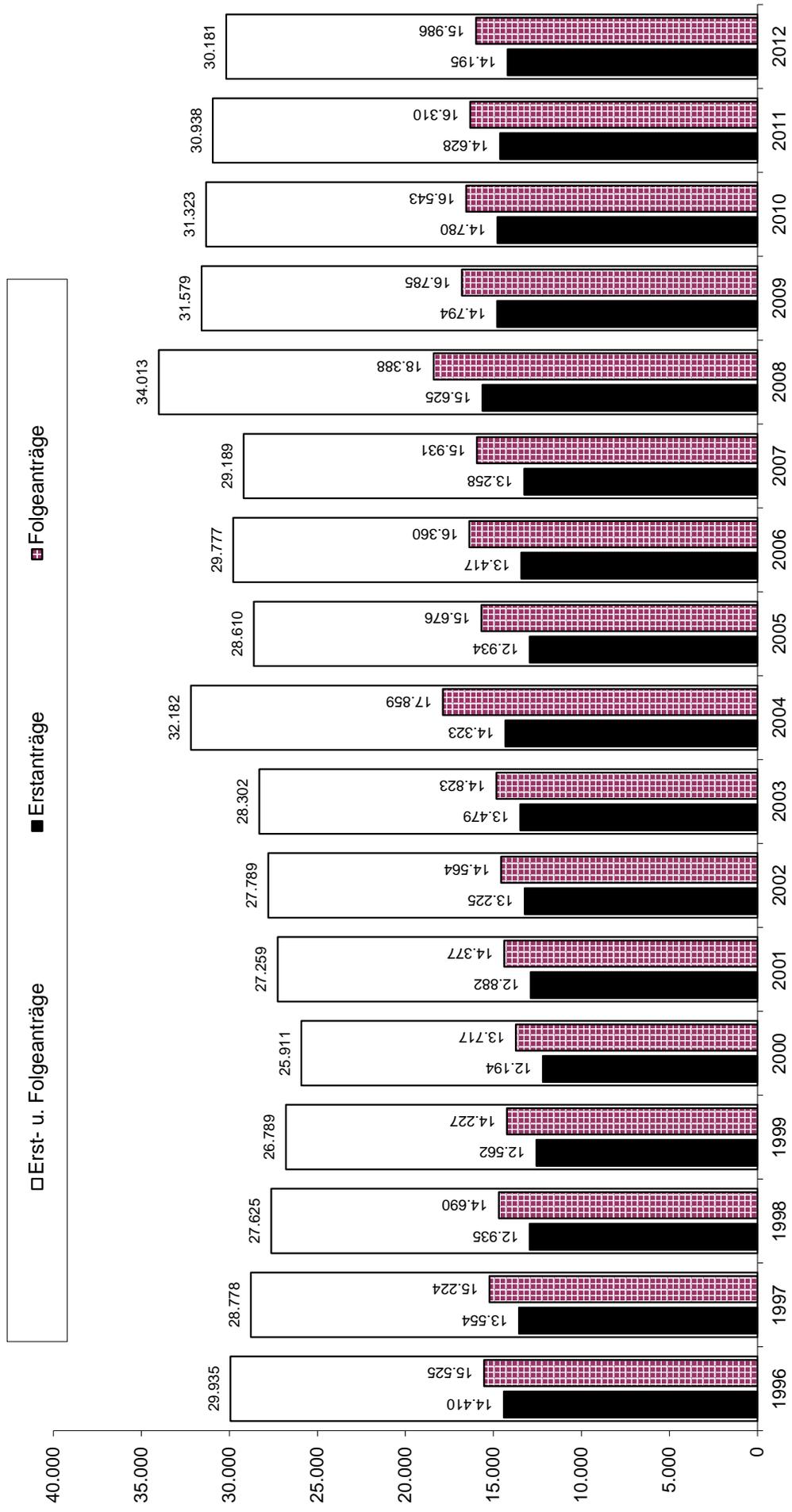


Behinderte nach Grad der Behinderung (GdB)



Einwohnerzahl1,78 Mio
 (Stand: 31.12.2012)
 davon
 8,5% Schwerbehinderte (151.386)
 5,4% Behinderte (95.843)

Anträge nach dem Schwerbehindertenrecht (SGB IX)



Schwerbehindertenrecht (SGB IX) - Bestandsstatistik (Stand 31.12.2012)

1	2	3		4	5			7		8			9			10			
		Zahl d. Behinderten GdB mit Bescheid 20 - 100	Beh. mit GdB 20 - 49 m. Bescheid (von Sp. 3)		Schwerbehinderte (GdB 50 - 100) mit Bescheid (von Sp. 3)	Inhaber gültiger Ausweise	G (ohne aG) (von Sp. 6)	aG (von Sp. 6)	H (von Sp. 6)	RF (von Sp. 6)									
Land	Einwohner in Mio	3a	3b	3a	5a	5b	5c	7a	7b	7c	8a	8b	8c	9a	9b	9c	10a	10b	10c
	Stand: 31.12.2012	abs.	% 3a v. 2 Beh. z. Einw.	abs.	abs.	% 5a v. 2. SB z. Einw.	% 5a v. 3a. SB z. Beh.	abs.	% 7a v. 2. G z. Einw.	% 7a v. 6. G z. SB	abs.	% 8a v. 2. aG z. Einw.	% 8a v. 6. aG z. SB	abs.	% 9a v. 2. H z. Einw.	% 9a v. 6. H z. SB	abs.	% 10a v. 2. RF z. Einw.	% 10a v. 6. RF z. SB
Hamburg	1,78	247.229	13,9	95.843	151.386	8,5	61,2	66.853	3,8	46,8	12.203	0,7	8,5	18.286	1,0	12,8	20.487	1,2	14,3

11	12		13		14		15		16		17		18		19		20		
	BI (von Sp. 6)	B (von Sp. 6)	1. Kl. (von Sp. 6)	Gehörlose ohne G.aG (von Sp. 6)	Hilfflos ohne G.aG (von Sp. 6)	Anzahl der zum WM-Erwerb Berechtigten 1)	Inhaber einer gültigen WM (von Sp. 16)	Beiblatt mit WM gegen Entgelt (von Sp. 17)	Beiblatt mit WM ohne Entgelt (von Sp. 17)										
Land	11a	11b	12a	12b	13a	13b	13c	14a	14b	15a	15b	16a	16b	17a	17b	18a	18b	19a	19b
	abs.	% 11a v. 2 BI z. Einw.	abs.	% 12a v. 2 B z. Einw.	abs.	% 13a v. 2 Kl. z. Einw.	% 13a v. 6 SB	abs.	% 14a v. 2 Kl. z. Einw.	% 15a v. 2 G z. SB	abs.	% 16a v. 2 Ber. z. Einw.	% 16a v. 2 Ber. z. Einw.	abs.	% 17a v. 16a WM z. Ber.	abs.	% 18a v. 17a ent. WM z. WM-Inh.	abs.	% 19a v. 17a unent. WM z. WM-Inh.
Hamburg	2.854	0,2	35.633	2,0	155	0,01	0,1	1.564	1,564	1.971	70.427	4,0	39.565	56,2	22.080	55,8	17.481	44,2	10.424

Schwerbehindertenrecht (SGB IX) - Arbeitsstatistik (Berichtszeitraum 1.1.-31.12.2012)

1	2	3		4		5		6		7		8						
		Einwohner in Mio	Unerledigte Anträge zu Beginn BZ	Anträge nach dem SchwbR im BZ	Antragsquote	Erledigungen	Unerledigte Anträge BZ-Ende	Ausgegebene Wertmarken										
Land	Einwohner in Mio	3a	3b	4a	4b	5a	5b	6a	6b	7a	7b	8a	8b	8c	8d	8e	8f	8g
	Stand: 31.12.2012		Eristanträge	4a + 4b, Erst- u. Andantr.	4c v. 2 in % Antr. zu Einwohner	abs.	% 6a v. 4d, Erledigingsquote	insgesamt	eng. WM	1-Jahres-WM (von 8b)	Halbjahres-WM (v. 8b)	1-Jahres-WM zu WM	% 8a v. 2, 1/2J-WM zu WM					
Hamburg	1,78	9.590	14.195	30.181	15.986	39.771	1,7	28.247	71,0	11.524	17.915	21.121	25.064	17.915	21.121	3.943	15,7	2,4

9	10		11		12	
	Erstmalige Feststellung einer Schwerbehinderung	Rückzahlungen Eigenbeteiligung	Bearbeitungsdauer in Tagen	Fälle "von Amts wegen" einschließlich Nachuntersuchungsfälle	Unerledigte Fälle am Ende des BZ	2.595
Land	9a	9b	9c	10a	10b	10c
	abs.	% 9a v. 2, SB zu Einw.	% 9a v. 6a, SB zu Einw.	Fälle mit voller o. teilweiser Rückzahlung	Unerledigte Fälle z. Beginn d. BZ	Unerledigte Fälle am Ende des BZ
Hamburg	8.554	0,5	30,3	186	1.763	4.703

- 1) G, aG, H, B, Besitzstand ohne G, aG, Gehörl/Hilff, ohne G, aG.
- 2) §§ 44, 48 SGB X ohne Fälle der alleinigen Ausweisausstellung oder der Ausweisverlängerung.
- 3) Wert wurde zum Vorjahr korrigiert.

Schwerbehindertenrecht - Bestandsstatistik (Gesamtübersicht aller Bundesländer)

Stand: 31.12.2011

1 Land	2 Einwohner in Mio	3 Zahl der Behinderten GdB mit Bescheid 20 - 100		4 Beh. mit GdB 20 - unter 50 m. Bescheid (von Sp. 3)	5 Schwerbehinderte GdB 50 - 100 mit Bescheid (von Sp. 3)			6 Inhaber gültiger Ausweise	7 G (ohne aG) (von Sp. 6)			8 aG (von Sp. 6)			9 H (von Sp. 6)			10 Rf (von Sp. 6)		
		3a			5a	5b	5c		7a	7b	7c	8a	8b	8c	9a	9b	9c	10a	10b	
		abs.	% 3a v. 2 Beh. z. Einw.		abs.	% 5a v. 2 SB z. Einw.	% 5a v 3a, SB z. Beh.		abs.	% 7a v. 2, G z. Einw.	% 7a v. 6, G z. Ausw.	abs.	% 8a v. 2, aG z. Einw.	% 8a v. 6, aG z. Ausw.	abs.	% 9a v. 2, H z. Einw.	% 9a v. 6, H z. Ausw.	abs.	% 10a v. 2, Rf z. Einw.	% 10a v. 6, Rf z. Einw. Ausw.
1 Baden-Württemberg	10,77	1.583.331	14,7	530.668	1.052.663	9,8	66,5	913.941	430.445	4,0	47,1	98.598	0,9	10,8	118.216	1,1	12,9	124.975	1,2	13,7
2 Bayern	12,60	1.567.644	12,4	450.162	1.117.482	8,9	71,3	1.107.725	426.477	3,4	38,5	105.708	0,8	9,5	142.143	1,1	12,8	143.993	1,1	13,0
3 Berlin	3,48	593.935	17,1	188.222	405.713	11,7	68,3	351.751	162.609	4,7	46,2	28.401	0,8	8,1	34.363	1,0	9,8	43.364	1,2	12,3
4 Brandenburg	2,50	420.537	16,8	118.702	301.835	12,1	71,8	238.729	129.825	5,2	54,4	25.047	1,0	10,5	32.962	1,3	13,8	38.942	1,6	16,3
5 Bremen	0,66	99.054	15,0	36.377	62.677	9,5	63,3	58.284	26.340	4,0	45,2	4.530	0,7	7,8	7.259	1,1	12,5	7.403	1,1	12,7
6 Hamburg	1,76	246.307	14,0	94.405	151.902	8,6	61,7	142.801	67.688	3,8	47,4	12.386	0,7	8,7	18.452	1,0	12,9	21.235	1,2	14,9
7 Hessen	6,07	1.137.936	18,8	412.921	725.015	12,0	63,7	600.574	257.775	4,2	42,9	48.047	0,8	8,0	59.759	1,0	10,0	74.063	1,2	12,3
8 Mecklenburg-Vorpommern	1,63	309.160	18,9	105.508	203.652	12,5	65,9	162.958	87.495	5,4	53,7	13.366	0,8	8,2	21.132	1,3	13,0	24.452	1,5	15,0
9 Niedersachsen	7,93	1.257.493	15,9	509.933	747.560	9,4	59,4	670.691	355.438	4,5	53,0	60.800	0,8	9,1	99.457	1,3	14,8	92.029	1,2	13,7
10 Nordrhein-Westfalen	17,85	2.984.117	16,7	1.225.764	1.758.353	9,9	58,9	1.697.880	880.991	4,9	51,9	167.087	0,9	9,8	194.177	1,1	11,4	253.770	1,4	14,9
11 Rheinland-Pfalz	4,00	730.606	18,2	320.341	410.265	10,2	56,2	322.434	126.407	3,2	39,2	34.869	0,9	10,8	43.319	1,1	13,4	41.126	1,0	12,8
12 Saarland	1,01	244.963	24,2	115.908	129.055	12,7	52,7	91.939	37.743	3,7	41,1	10.178	1,0	11,1	10.534	1,0	11,5	13.056	1,3	14,2
13 Sachsen	4,14	669.427	16,2	227.605	441.822	10,7	66,0	356.419	153.467	3,7	43,1	32.065	0,8	9,0	53.235	1,3	14,9	57.497	1,4	16,1
14 Sachsen-Anhalt	2,32	368.477	15,9	151.899	216.578	9,3	58,8	175.484	77.894	3,4	44,4	12.975	0,6	7,4	27.541	1,2	15,7	27.392	1,2	15,6
15 Schleswig-Holstein	2,84	507.659	17,9	189.467	318.192	11,2	62,7	251.853	141.644	5,0	56,2	25.215	0,9	10,0	33.988	1,2	13,5	33.342	1,2	13,2
16 Thüringen	2,22	352.510	15,9	125.482	227.028	10,2	64,4	193.404	97.461	4,4	50,4	15.820	0,7	8,2	23.943	1,1	12,4	30.256	1,4	15,6
Gesamt	81,76	13.073.156	16,0	4.803.364	8.269.792	10,1	63,3	7.336.867	3.459.699	4,2	47,2	695.092	0,9	9,5	920.480	1,1	12,5	1.026.895	1,3	14,0

1) Fälle mit GdB unter 30 v. H. werden nicht erfasst

Schwerbehindertenrecht - Bestandsstatistik
(Gesamtübersicht aller Bundesländer)

- Fortsetzung -

Stand: 31.12.2011

Land	11			12			13			14	15	16		17		18		19	20	
	BI (von Sp. 6)			B (von Sp. 6)			1. Kl. (von Sp. 6)			Gehörlose ohne G.aG (von Sp. 6)	Hilfflos ohne G.aG (von Sp. 6)	Anzahl der zum WM-Erwerb Berechtigten		Inhaber einer gültigen WM (von Sp. 16)		Beiblatt mit WM gegen Entgelt (von Sp. 17)		Beiblatt mit WM ohne Entgelt (von Sp. 17)	Beiblatt ohne WM (von Sp. 17)	
	11a	11b	11c	12a	12b	12c	13a	13b	13c			16a	16b	17a	17b	18a	18b	19a	19b	
1 Baden-Württemberg	9.709	0,1	1,1	235.312	2,2	25,7	1.218	0,011	0,13	4.061	2.643	440.490	4,1	150.575	34,2	74.999	49,8	75.576	50,2	114.960
2 Bayern	14.932	0,1	1,3	296.587	2,4	26,8	1.159	0,009	0,10	5.811	4.261	537.761	4,3	178.911	33,3	97.360	54,4	81.551	45,6	121.370
3 Berlin	3.440	0,1	1,0	87.884	2,5	25,0	171	0,005	0,05	2.393	743	191.010	5,5	95.113	49,8	53.870	56,6	41.243	43,4	22.937
4 Brandenburg	4.242	0,2	1,8	64.059	2,6	26,8	124	0,005	0,05	609	502	132.470	5,3	35.240	26,6	21.504	61,0	16.309	46,3	41.185
5 Bremen	622	0,1	1,1	14.716	2,2	25,2	50	0,008	0,09	368	342	30.083	4,6	17.288	57,5	10.253	59,3	7.035	40,7	5.788
6 Hamburg	2.878	0,2	2,0	35.802	2,0	25,1	168	0,010	0,12	1.545	1.957	71.252	4,0	39.742	55,8	22.406	56,4	17.335	43,6	10.645
7 Hessen	5.393	0,1	0,9	135.460	2,2	22,6	664	0,011	0,11	2.775	n.e.	268.716	4,4	94.994	35,4	51.139	53,8	43.855	46,2	84.691
8 Mecklenburg-Vorpommern	2.996	0,2	1,8	43.104	2,6	26,5	24	0,001	0,01	438	1.300	88.713	5,4	30.788	34,7	15.310	49,7	15.478	50,3	20.993
9 Niedersachsen	10.411	0,1	1,6	176.326	2,2	26,3	1.047	0,013	0,16	1.832	2.591	364.442	4,6	109.661	30,1	47.462	43,3	62.199	56,7	105.383
10 Nordrhein-Westfalen	21.811	0,1	1,3	421.397	2,4	24,8	2.007	0,011	0,12	3.168	6.196	890.637	5,0	369.824	41,5	210.128	56,8	159.696	43,2	23.916
11 Rheinland-Pfalz	4.356	0,1	1,4	86.224	2,2	26,7	387	0,010	0,12	1.022	620	164.653	4,1	45.643	27,7	26.798	58,7	21.533	47,2	47.435
12 Saarland	1.445	0,1	1,6	22.602	2,2	24,6	83	0,008	0,09	259	319	48.504	4,8	12.238	25,2	6.243	51,0	5.995	49,0	18.011
13 Sachsen	6.974	0,2	2,0	103.802	2,5	29,1	217	0,005	0,06	3.220	2.123	191.105	4,6	65.102	34,1	31.949	49,1	33.153	50,9	25.696
14 Sachsen-Anhalt	3.470	0,1	2,0	49.403	2,1	28,2	93	0,004	0,05	1.594	578	93.154	4,0	29.943	32,1	12.549	41,9	17.394	58,1	25.113
15 Schleswig-Holstein	4.250	0,1	1,7	64.751	2,3	25,7	346	0,012	0,14	1.24	1.650	145.918	5,1	51.851	35,5	27.007	52,1	24.844	47,9	48.687
16 Thüringen	3.455	0,2	1,8	50.072	2,3	25,9	79	0,004	0,04	1.382	956	99.889	4,5	33.318	33,4	18.218	54,7	15.100	45,3	30.773
Gesamt	100.384	0,1	1,4	1.887.501	2,3	25,7	7.837	0,010	0,11	30.601	26.781	3.758.797	4,6	1.360.231	36,2	727.195	53,5	638.296	46,9	747.583

Schwerbehindertenrecht - Arbeitsstatistik (Gesamtübersicht aller Bundesländer)

Berichtszeitraum : 1.1.2011 - 31.12.2011

1 Land	2 Einwohner in Mio	3 Unerledigte Anträge zu Beginn BZ	4 Anträge nach dem SchwbR im BZ				5 Antrags- quote	6 Erledigungen		7 Unerledigte Anträge BZ-Ende	8 Ausgegebene Wertmarken						
			4a Erstanträge	4b Änderungs- anträge	4c 4a + 4b, Erst- u. Ändantr.	4d 3 + 4c, Anträge u. Unerledigte		6a abs.	6b % 6a v. 4d, Erledigungs- quote		8a insgesamt	8b entg. WM	8c unentg. WM	8d 1-Jahres-WM (von 8b)	8e Halbjahres-WM (v. 8b)	8f % 8e v. 8b, 1/2-J-WM zu WM	8g % 8a v. 2, WM zu Einwohnern
1 Baden-Württemberg	10,77	57.965	86.135	175.584	261.719	319.684	2,4	260.995	81,6	58.689	165.130	86.125	79.005	67.915	18.210	21,1	1,5
2 Bayern	12,60	21.298	118.482	135.788	254.270		2,0	311.586			178.911	97.360	81.551	86.864	10.496	10,8	1,4
3 Berlin	3,48	19.831	35.096	46.451	81.547	101.378	2,3	81.547	80,4	19.831	106.050	64.807	41.243	53.870	10.937	16,9	3,1
4 Brandenburg	2,50	23.495	30.515	38.732	69.247	92.742	2,8	72.842	78,5	19.900	37.813	21.504	16.309	17.121	4.383	20,4	1,5
5 Bremen	0,66	1.234	5.979	7.765	13.744		2,1	12.291			17.288	10.253	7.035	8.055	2.198	21,4	2,6
6 Hamburg	1,76	8.653	14.628	16.310	30.938	39.591	1,8	30.004	75,8	9.587	42.624	24.556	18.068	20.548	4.008	16,3	2,4
7 Hessen	6,07	36.372	63.102	108.218	171.320	207.692	2,8	177.825	82,6	29.867	101.898	57.019	44.879	45.533	11.486	20,1	1,7
8 Mecklenburg-Vorpommern	1,63	12.961	19.414	19.413	38.827	51.788	2,4	40.508	78,2	11.280	33.426	17.550	15.876	13.347	4.203	23,9	2,0
9 Niedersachsen	7,93	48.086	71.551	85.896	157.447	205.533	2,0	153.583	74,7	51.950	120.783	55.647	65.136	40.056	15.591	28,0	1,5
10 Nordrhein-Westfalen	17,85	95.334	191.776	250.500	442.276	537.610	2,5	438.395	81,5	99.215	458.594	275.450	183.144	213.222	62.228	22,6	2,6
11 Rheinland-Pfalz	4,00	23.712	37.200	49.304	86.504	110.216	2,2	86.362	78,4	23.854	48.331	26.798	21.533	20.632	6.166	23,0	1,2
12 Saarland	1,01	9.477	9.722	15.493	25.215	34.692	2,5	24.825	71,6	9.867	13.321	7.245	6.076	5.089	2.156	29,8	1,3
13 Sachsen	4,14	19.260	40.374	33.924	74.298	93.558	1,8	75.169	80,3	18.389	70.869	36.468	34.401	28.227	8.241	22,6	1,7
14 Sachsen-Anhalt	2,32	14.563	22.447	17.857	40.304	54.867	1,7	39.883	72,7	14.984	33.079	14.664	18.415	10.713	3.951	26,9	1,4
15 Schleswig-Holstein	2,84	13.147	27.215	32.069	59.284	72.431	2,1	57.615	79,5	14.816	43.813	29.219	14.594	23.322	5.897	20,2	1,5
16 Thüringen	2,22	14.636	25.684	22.568	48.252	62.888	2,2	47.854	76,1	15.034	33.318	18.218	15.100	15.211	3.007	16,5	1,5
Gesamt	81,76	420.024	799.320	1.055.872	1.855.192	1.994.670	2,3	1.911.284	96,3	397.263	1.505.248	842.883	662.365	669.725	173.158	20,5	1,8

1) nur Erstanträge (Sp. 3 u. 7), dadurch ausgeh. v. Sp. 3 Berechnung in den Sp. 4d, 6b, 7 mittels Formeln nicht möglich

Schwerbehindertenrecht - Arbeitsstatistik (Gesamtübersicht aller Bundesländer)										
- Fortsetzung -										
Land	Berichtszeitraum : 1.1.2011 - 31.12.2011									11
	9			10			11			
	Erstmalige Feststellung einer Schwerbehinderung			Rückzahlungen Eigenbeteiligung			Bearbeitungs- dauer			
	9a	9b	9c		11a	11b				
	abs.	% 9a v. 2, SB zu Einw.	% 9a v. 6a, SB zu Erledig.	Fälle mit voller o. teilweiser Rückzahlung	bei Erst- anträgen	bei Änderungs- anträgen				
1 Baden-Württemberg	53.308	0,5	20,4	1.059	2,8	2,7				
2 Bayern	62.629	0,5	20,1	1.656	2,2	2,9				
3 Berlin	18.267	0,5	22,4	797	5,0	6,1				
4 Brandenburg	1) n.e.	0,0	0,0	406	3,1	3,6				
5 Bremen	2.682	0,4	21,8	156	2,6	2,6				
6 Hamburg	9.479	0,5	31,6	203	3,6	4,1				
7 Hessen	43.722	0,7	24,6	338	2,1	2,1				
8 Mecklenburg-Vorpommern	10.283	0,6	25,4	137	3,8	4,1				
9 Niedersachsen	30.013	0,4	19,5	796	2,7	2,8				
10 Nordrhein-Westfalen	122.682	0,7	28,0	16.192	3,0	3,0				
11 Rheinland-Pfalz	24.492	0,6	28,4	182	3,2	3,4				
12 Saarland	7.253	0,7	29,2	90	3,7	4,3				
13 Sachsen	32.553	0,8	43,3	756	3,6	4,8				
14 Sachsen-Anhalt	9.787	0,4	24,5	152	3,9	3,1				
15 Schleswig-Holstein	19.212	0,7	33,3	283	2,5	2,3				
16 Thüringen	25.684	1,2	53,7	102	3,5	3,7				
Gesamt	472.046	0,6	24,7	23.305	3,2	3,5				

1) keine Angabe durch fehlenden Datenabgleich mit den Meldebehörden möglich

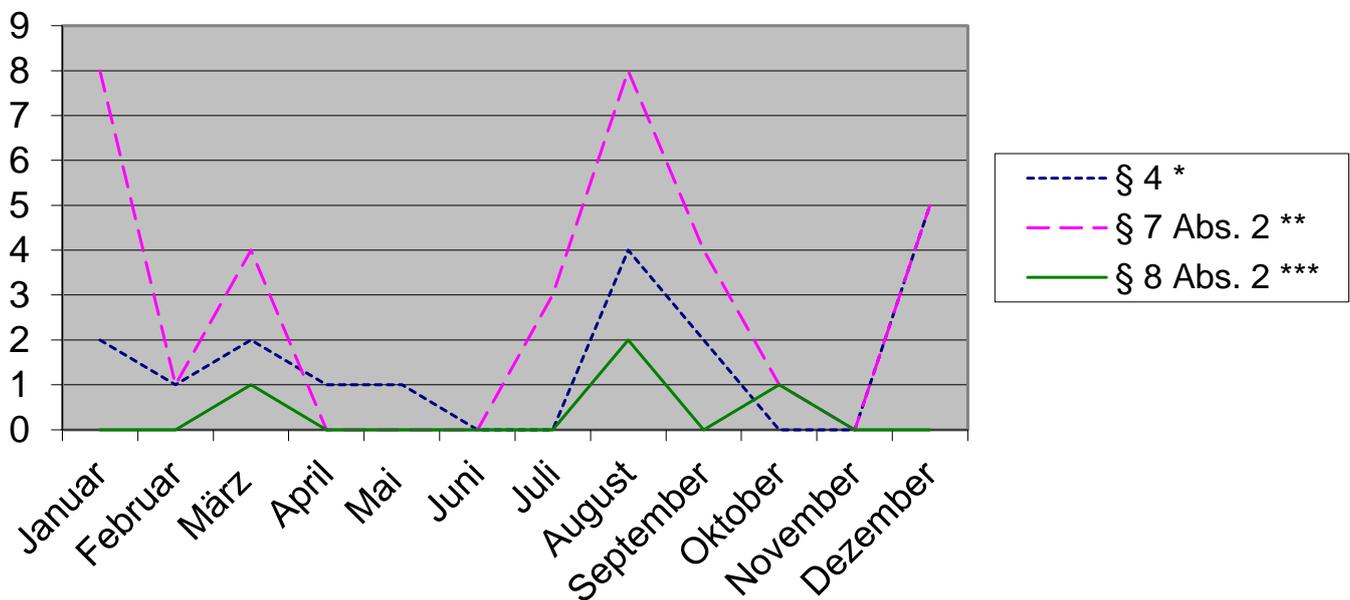
Antragsentwicklung des Sachgebietes Spätaussiedler und Wiedergutmachung

2012	Januar		Februar		März		April		Mai		Juni		Juli		August		September		Oktober		November		Dezember		Gesamt			
	Eing.	Erl.	Eing.	Erl.	Eing.	Erl.	Eing.	Erl.	Eing.	Erl.	Eing.	Erl.																
BVFG Bes./Aus.	0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0	
anerk.	0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0	
abgel.	0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0	
sonst.	0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0	
§ 17 a StrRehaG 2)	6		1		0		3		4		0		0		2		3		1		2		1		23		17	
anerk.	1		1		0		4		0		0		5		2		1		0		0		0		2		0	
abgel.	0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0	
sonst.	1		0		0		0		0		0		0		0		5		0		0		0		1		0	
Umwert. J.E.	0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0	
zugest.	0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0	
abgel.	0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0	
StepH	0		0		1		1		0		0		1		0		0		1		0		0		0		5	
anerk.	1		0		0		0		2		0		0		0		0		0		0		0		1		0	
abgel.	0		0		0		0		0		0		0		1		0		0		0		0		0		0	
sonst.	0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0	
HHG	0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0	
anerk.	0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0	
abgel.	0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0	
sonst.	0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0	
§ 17 StrRehaG	0		2		1		0		1		0		0		1		0		0		0		0		0		5	
anerk.	1		1		1		1		1		1		0		0		0		0		0		1		0		0	
abgel.	0		0		1		0		0		0		0		0		0		0		0		1		0		0	
sonst.	0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0		0	
Gesamt	6	4	3	2	2	2	4	5	5	3	0	2	1	5	3	3	4	6	1	0	3	3	1	4	33	39	0	0

- 1) Kapitalentschädigung
- 2) Opferrente

Öffentlich untergebrachte Spätaussiedler nach dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG)

2012	Anzahl	§ 4 *	§ 7 Abs. 2 **	§ 8 Abs. 2 ***
Januar	10	2	8	0
Februar	2	1	1	0
März	7	2	4	1
April	1	1	0	0
Mai	1	1	0	0
Juni	0	0	0	0
Juli	3	0	3	0
August	14	4	8	2
September	6	2	4	0
Oktober	2	0	1	1
November	0	0	0	0
Dezember	10	5	5	0
Gesamt	56	18	34	4



* = § 4 BVFG:

** = § 7 Abs. 2 BVFG:

*** = § 8 Abs. 2 BVFG:

deutsche Volkszugehörige (Spätaussiedler)

Ehegatten und Abkömmlinge des Spätaussiedlers

übrige Familienangehörige des Spätaussiedlers, die nicht § 7 Abs. 2 BVFG zugeordnet werden konnten

Gesetzliche Ausgaben des Versorgungsamtes

1. Bundesmittel (T€)	<u>2011</u>	<u>2012</u>
Bundesmittel gesamt	22.595	22.595
- davon Bundesversorgungsgesetz	20.779	18.088
- davon orthop. Versorgung sowie Heil- und Krankenbehandlung	746	661
- davon Soldatenversorgungsgesetz	1.451	1.426
- davon Häftlingshilfegesetz	174	167
- davon Zivildienstgesetz	137	102
gesamt	22.541	19.783
2. Landesmittel (T€)		
Opferentschädigungsgesetz	5.615	5.510
Infektionsschutzgesetz	1.480	1.484
StrRehaG u. VwRehaG	114	43
gesamt	7.209	7.037
3. Ausgaben insgesamt (T€)	29.750	26.820
4. Erstattungen durch den Bund (T€)		
- OEG Geld- und Sachleistungen (22 v.H.)	1.231	1.222
- StrRehaG (65 v.H.)	69	23
- VwRehaG (57 v.H.)	4	4
Erstattungen (T€) gesamt	1.304	1.249

OEG-Statistik-Ausgaben (Geld- u. Sachleistungen) und Einnahmen aus Regress

Jahr	Renten	Übrige Geldleistungen	Geldleistungen gesamt	Sachleistungen	Ausgaben gesamt	Einnahmen d. Regreß
1983	517.453	343.659	861.112	888.428	1.749.540	71.434
1984	863.786	168.000	1.031.786	723.289	1.755.075	61.457
1985	967.301	209.148	1.176.449	804.498	1.980.947	118.693
1986	878.459	208.936	1.087.395	677.800	1.765.195	106.423
1987	1.004.801	204.071	1.208.872	782.444	1.991.316	120.233
1988	1.164.017	165.004	1.329.021	743.076	2.072.097	110.878
1989	1.433.573	192.415	1.625.988	1.034.124	2.660.112	97.730
1990	1.411.086	136.233	1.547.319	863.696	2.411.015	123.990
1991	1.641.418	320.368	1.961.786	1.094.090	3.055.876	168.081
1992	2.064.473	353.214	2.417.687	1.323.638	3.741.325	201.084
1993	2.045.604	510.465	2.556.069	1.494.624	4.050.693	231.818
1994	2.221.143	317.000	2.538.143	1.663.800	4.201.943	321.361
1995	2.582.000	213.000	2.795.000	1.208.000	4.003.000	250.000
1996	3.034.000	721.000	3.755.000	1.356.000	5.111.000	284.000
1997	3.380.000	334.700	3.714.700	1.536.800	5.251.500	240.000
1998	4.179.000	421.000	4.600.000	3.581.000	8.181.000	246.000
1999	TDM 4.184	817	5.001	2.973	7.974	193
2000	TDM 4.600	1.700	6.300	2.000	8.300	259
2001	TDM 4.919	228	5.147	2.157	7.304	295
2002	T€ 2.624	170	2.794	1.017	3.811	161
2003	T€ 2.898	173	3.071	1.086	4.157	112
2004	T€ 3.130	186	3.316	1.167	4.483	127
2005	T€ 3.089	193	3.282	1.419	4.701	90
2006	T€ 2.830	193	3.023	1.618	4.641	122
2007	T€ 2.977	212	3.189	1.444	4.633	133
2008	T€ 2.455	209	2.664	1.630	4.294	125
2009	T€ 3.922	242	4.164	1.660	5.824	126
2010	T€ 2.632	245	2.877	2.096	4.973	143
2011	T€ 3.332	250	3.582	2.033	5.615	153
2012	T€ 3.174	248	3.422	2.087	5.509	153

Abkürzungsverzeichnis

AAG	=	Aussiedler-Aufnahmegesetz
AG	=	Amtsgericht
AnpG	=	Anpassungsgesetz
AnwG	=	Anwendungsgesetze
BGH	=	Bundesgerichtshof
BSG	=	Bundessozialgericht
BVFG	=	Bundesvertriebenengesetz
BVG	=	Bundesversorgungsgesetz
GdB	=	Grad der Behinderung
GdS	=	Grad der Schädigungsfolgen
HHG	=	Häftlingshilfegesetz
IfSG	=	Infektionsschutzgesetz
KB	=	Kriegsbeschädigte
LG	=	Landgericht
LSG	=	Landessozialgericht
Merkzeichen: aG	=	außergewöhnliche Gehbehinderung
B	=	Berechtigung zur Mitnahme einer Begleitperson
Bl	=	Blindheit
G	=	erhebliche Beeinträchtigung der Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr
H	=	Hilflosigkeit
1. Klasse	=	Benutzung der 1. Wagenklasse bei Eisenbahnfahrten mit Fahrausweis 2. Klasse
RF	=	Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht oder Gebührenermäßigung beim Fernsprechhauptanschluß
OEG	=	Opferentschädigungsgesetz
ÖRA	=	Öffentliche Rechtsauskunfts- u. Vergleichsstelle
OLG	=	Oberlandesgericht
OVSt	=	Orthopädische Versorgungsstelle
PRHH	=	Polizeirentner Hamburg (§ 139 HmbBG)
Schwbr	=	Schwerbehindertenrecht
SER	=	Soziales Entschädigungsrecht
SG	=	Sozialgericht
SGB	=	Sozialgesetzbuch
SGG	=	Sozialgerichtsgesetz
StepH	=	Stiftung ehemaliger politischer Häftlinge
StrRehaG	=	Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz
SVG	=	Soldatenversorgungsgesetz
TV	=	Teilversorgung
UBG	=	Gesetz über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen
Umvert. J.E.	=	Umverteilung Jüdischer Emigranten
VA	=	Versorgungsamt
VB	=	Versorgungsberechtigte/Versorgungsempfänger
VerwRS	=	Verwaltungsrechtssache
VwRehaG	=	Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz
WM	=	Wertmarke
ZDG	=	Zivildienstgesetz